

OST-WEST-Informationen

Vierteljahresschrift Nr. 3/2001 Nov. 01, 13.Jg. S 40.-, DM 6.-, sFr 5.-,

Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz
Center for the Study of Balkan Societies and Cultures Graz

Gewerkschaften zwischen Politik und Interessen- vertretung

Dossier: Jugoslawien ein Jahr
nach dem Sturz
Milosevićs

INHALT

13. Jahrgang 3/2001

3

Die „alt-neue“ Gewerkschaftsbewegung: Eine Zwischenbilanz

von Walter Sauer

9

Südosteuropa: Gewerkschaften im Überblick

von Peter Scherrer

14

Die Osterweiterung aus der Perspektive des Europäischen Gewerkschaftsbundes

von Peter Seideneck

17

Belarus: Gewerkschaften – Kern der Opposition

von David Mandel

DOSSIER: JUGOSLAWIEN

I

Serbien 2001: Schwierigkeiten eines verspäteten Neubeginns

von Mladen Lazić

VII

Die Übergangskrise in Serbien: Einige Thesen

von Aleksandar Fatić

XIV

Medien: Unveränderter Druck der Regierungsparteien

von Veran Matić

21

Ukraine: Zwischen Willfährigkeit und Unabhängigkeit

Interview mit Vladimir Zlenko

25

Südosteuropa: Gewerkschaften für einen Stabilitätspakt mit sozialer Dimension

von Grigor Gradev

30

Polen:

Weniger Gewerkschafts- mitglieder, geringerer Schutz

von Frank Hantke

34

Ungarn:

... hat ihre Schuldigkeit getan?

von Béla Galgóczi

37

Serbien:

„Sozialer Dialog“ in weiter Ferne

von Darko Marinković

42

Chronologie

Editorial

Mehr als zehn Jahre nach der „Wende“ sind die Gewerkschaften Ost- und Südosteuropas mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert:

- Sie haben ihren einst quasi offiziellen Status ausnahmslos verloren und werden von Regierungen und Öffentlichkeit nur als private Interessenverbände betrachtet.
- Ihr Einfluss auf nationaler Ebene hat sich verringert, die Mitgliederzahlen sind stark gesunken – in kaum einem Land ist auch nur annähernd die Hälfte der Berufstätigen gewerkschaftlich organisiert, und in den meisten Klein- und Mittelbetrieben ist es den Gewerkschaften noch immer nicht gelungen, Fuß zu fassen.
- Sie sind zwar in den meisten Ländern in sozialpartnerschaftliche (tripartite) Gremien eingebunden, sitzen dort jedoch oft einer geschlossenen Front von Arbeitgeber- und Regierungsvertretern gegenüber; ihre Chancen, sich durchzusetzen, halten sich in Grenzen.
- Die finanziellen Mittel sind äußerst beschränkt. Der überwiegende Teil der eingehobenen Mitgliedsbeiträge bleibt auf Betriebsebene, die Gewerkschaftsapparate und im Besonderen die -zentralen sind unterbesetzt.
- Die Gewerkschaften sind gespalten. Meist gibt es nicht nur zwei Dachverbände, welche die in der Gesellschaft existierende Kluft zwischen den Anhängern der Nachfolgeparteien der ehemaligen KPs und den antikommunistischen und zumeist neoliberalen Reformkräften widerspiegeln, sondern noch eine Vielzahl von selbständigen Branchen- und Betriebsgewerkschaften.
- Viele Gewerkschaften sind noch immer „parteiorientiert“, wenngleich die neoliberale Regierungspolitik „ihrer“ Parteien sie in den letzten Jahren immer wieder auf Distanz zu den „Mutterparteien“ gezwungen hat.

In dieser schwierigen Situation haben die osteuropäischen Gewerkschaften die Unterstützung durch westliche Gewerkschaften, die mit dem alltäglichen Umgang mit den Mechanismen der Marktwirtschaft und den Methoden der Unternehmer vertraut sind, bitter nötig. In den EU-Beitrittsländern sind sie deshalb durchwegs Mitglied im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), der alle Strömungen der europäischen Gewerkschaftsbewegung umfasst und – so Peter Seideneck in seinem Beitrag – auf kooperative statt paternalistische Zusammenarbeit setzt.

Diese Hilfe ist aber auch aus westlicher Sicht von entscheidender Bedeutung. Schwache Gewerkschaften im Osten und Südosten oder gar die Herausbildung eines gewerkschaftsfreien Raumes gefährden auch die Sozialstandards in Westeuropa.

Das Dossier dieser Ausgabe versucht eine vorläufige Bilanz der Entwicklungen in Jugoslawien ein Jahr nach dem Sturz Slobodan Miloševićs. Der Machtantritt des neuen jugoslawischen Präsidenten Vojislav Koštunica und einer von der vereinten ehemaligen Opposition DOS gestellten Regierung in Serbien haben große Hoffnungen auf zügige Reformen sowohl im Lande als auch im Ausland geweckt. Doch angesichts der enormen Probleme, mit denen das Land konfrontiert ist – man denke nur an die danieder liegende Wirtschaft und die geringen Lebensstandards –, waren von der neuen Führung, selbst bei maximalen Reformanstrengungen, keine Wunderdinge zu erwarten. Das Dossier beleuchtet die ersten Reformserfolge der neuen Machthaber ebenso wie ihre Misserfolge, und geht auch auf die Kontinuitäten ein, die über den Sturz Miloševićs hinaus bestehen. Zu den größten Problemen, die viele politische Energien binden, gehören die bisher ausgebliebenen Antworten auf die zentralen Fragen nach der zukünftigen völkerrechtlichen Ordnung des Landes: Wie geht es mit der Föderation zwischen Serbien und Montenegro weiter, was geschieht mit dem Kosovo? Die Autoren des Dossiers analysieren auch die sich noch im Fluss befindliche politische Landschaft; die sehr heterogene DOS-Koalition hat bereits einen Ausdifferenzierungsprozess begonnen und einige soziale Akteure, wie die Gewerkschaften, haben ihren Platz in der neuen Ordnung noch nicht gefunden. Auch bedenkliche Tendenzen machen sich (wieder) bemerkbar: Die Medien haben noch nicht den Grad an Freiheit erlangt, den sie sich im Oktober 2000 erhofften, und auch die korrupten Strukturen des alten Regimes haben sich als sehr anpassungsfähig erwiesen.

Die nächste Ausgabe der OWG hat das Ausmaß und die Entwicklung der Auslandsinvestitionen in Ost- und Südosteuropa sowie deren politische, soziale und ökonomische Folgen zum Inhalt. Das Dossier analysiert die Veränderungen in der Russischen Föderation seit dem 11. September.

Ulf Brunnbauer, Johann Gaisbacher

Titelbild: Peter Scherrer

Die „alt-neue“ Gewerkschaftsbewegung: Eine Zwischenbilanz

von Walter Sauer

■ Das Ende des Realsozialismus bedeutete für die Gewerkschaften in Ost- und Südosteuropa einen enormen Rollenverlust. Die Adaption an kapitalistische Bedingungen erweist sich als sehr schwierig, obwohl sich auch neue Chancen boten. ■

Für die europäischen Gewerkschaften brachten die politischen Umwälzungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas seit 1989 einen erheblichen Handlungsbedarf mit sich. Demokratiepolitisch wurde das Ende des „realen Sozialismus“ sowohl von den gewerkschaftlichen Dachverbänden – Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, Weltverband der Arbeitnehmer, Europäischer Gewerkschaftsbund – als auch von den nationalen westlichen Gewerkschaftsbünden einhellig begrüßt. Gewerkschaftspolitisch hingegen bestanden angesichts des sozialpolitischen Desinteresses der meisten neu an die Macht gekommenen Regierungen von Anfang an erhebliche Bedenken: Praktisch ganz Osteuropa war nun für die Expansion der multinationalen Konzerne geöffnet, die starke und geachtete Stellung der Arbeiterbewegung in den betroffenen Ländern brach weitgehend zusammen bzw. wurde politisch als „Überbleibsel des Kommunismus“ verleumdet, grundlegende Arbeitnehmerrechte wurden in Frage gestellt; ein halber Kontinent drohte sich zu einem arbeits- und sozialrechtlichen Experimentierfeld, zu einer „gewerkschaftsfreien Zone“ zu entwickeln. Dass dadurch auch soziale Standards im Westen unter Druck geraten würden, war realistischerweise zu befürchten.

Als neue Schwerpunkte der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa kristallisierten sich daher die folgenden heraus:

- organisatorische Stärkung und Festigung einer unabhängigen und demokratischen Gewerkschaftsbewegung
- Modernisierung und Absicherung von sozialen Standards auf möglichst hoher Ebene
- Aufbau einer funktionierenden gewerkschaftlichen Gegenmacht gegen die Dominanz multinationaler Konzer-

ne und sozial uninteressierter, oft gewerkschaftsfeindlicher Regierungen

Rückblickend muss heute gesagt werden, dass das ärgste Szenario – die Entstehung einer gewerkschaftsfreien Zone in Mittel- und Osteuropa – verhindert werden konnte. Die internationale Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung in der Region hat dazu einen großen Beitrag geleistet. Auf der anderen Seite aber ist es im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung in den einzelnen Staaten (ganz zu schweigen von den kriegerischen Ereignissen auf dem Balkan) zu einem teilweise starken Absinken der sozialen Standards gekommen. Auch in Zukunft muss daher die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung in Mittel- und Osteuropa ein wichtiges Element der internationalen Gewerkschaftsaktivitäten bilden.

Die „Transformation“ als gewerkschaftliches Problem

Um die besonderen Herausforderungen, mit denen unsere gewerkschaftlichen Partner in Mittel- und Osteuropa konfrontiert sind, verstehen zu können, müssen nicht nur ihre besonderen Erfahrungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Betracht gezogen werden, sondern auch der Verlauf des Systemwechsels, also des Übergangs vom Sozialismus (osteuropäischer Prägung) zum Kapitalismus (US-amerikanischer Prägung) und seine Folgen für Politik und Wirtschaft, aber auch Mentalität. Diese tiefgreifende gesellschaftspolitische Entwicklung, die oft als „Transformation“ bezeichnet wird, ist nicht nur ungeplant, „schockartig“ und daher vielfach chaotisch vor sich gegangen, sondern zum großen Teil ohne oder sogar gegen die Arbeiterbewegung und ihre Interessen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht kann über den Systemwechsel folgende Bilanz gezogen werden:

Gesellschafts- und demokratiepolitisch bekennen sich die Verfassungen aller Reformländer zum Privateigentum an Produktionsmitteln (Grund und Boden, Industriekapital etc.), zu den grundlegenden bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten (gleiches und freies Wahlrecht, Meinungs- und Organisationsfreiheit, Medienfreiheit etc.) sowie zur staatlichen Gewaltenteilung. In der Praxis freilich lässt die Umsetzung dieser Grundrechte für das Gros der Bevölkerung nach wie vor zu wünschen übrig; während sich einheimische

Walter Sauer ist internationaler Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Unternehmergruppen (oft mit zweifelhaftem Hintergrund) und multinationale Konzerne aller Freiheiten erfreuen, sind das politische Engagement einzelner Staatsbürger/innen oder von Nichtregierungsorganisationen ungern gesehen, die Freiheit der Medien steht vielfach nur auf dem Papier, staatliche Behörden haben sich weitgehend aus sozialen und ökologischen Verantwortungsbereichen zurückgezogen, reaktionäre ideologische Tendenzen wie Antisemitismus, Rassismus oder Monarchismus feiern fröhliche Urständ. Für alle Staaten der Region gilt, dass der Abbau stalinistischer Strukturen und Verhaltensmuster in der Verwaltung sowie die Ausrottung der Korruption noch lange Zeit in Anspruch nehmen wird. All dies behindert auch Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit. In einigen Ländern der Region sind zwar einigermaßen stabile staatliche und politische Rahmenbedingungen gegeben (vor allem in den sog. Beitrittskandidaten der ersten Reihe wie z.B. Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien), andere jedoch sind noch weit davon entfernt (etwa Albanien oder Bulgarien, ganz abgesehen von den meisten Nachfolgestaaten Jugoslawiens). Bemerkenswert ist die Entwicklung im größten und bedeutendsten Staat der Region, in der Russischen Föderation, wo die politische Stabilisierung mit einer verstärkt autoritären Regierungspraxis Hand in Hand geht (schon 1995 hatten Umfragen zufolge zwei Drittel der russischen Bevölkerung „Ordnung“ höher bewertet als „Demokratie“).

Wirtschaftspolitisch haben die gezielte Zerstörung des osteuropäischen Wirtschaftsraums, die teilweise ideologisch bedingte Öffnung der Märkte für westliche Produkte sowie die überhastet und vielfach korrupt durchgeführte Privatisierung der verstaatlichten Industrien in den meisten Ländern zu einer schweren Wirtschaftskrise geführt; hinzu kamen das plötzliche Fehlen einer staatlichen Wirtschaftslenkungs politik sowie die generell ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (etwa in Bezug auf die Auslandsverschuldung). Kein Wunder, dass in den ersten Jahren nach 1990 die Industrieproduktion in Russland auf die Hälfte zurückging, in Bulgarien um ein Drittel, in den meisten anderen Staaten um bis zu 20 %. Generell kam es in allen Reformstaaten zu einem mehr oder weniger starken Absinken des Bruttoinlandsprodukts und damit des Lebensstandards, wobei die Entwicklung je nach nationalen Rahmenbedingungen allerdings sehr unterschied-

lich verlief und nicht zuletzt davon beeinflusst wurde, ob die wirtschaftlichen Strukturveränderungen eher gleitend und somit sozialverträglicher durchgeführt wurden oder ohne entsprechende Vorbereitung („Schocktherapie“).

In sozialpolitischer Hinsicht war die Entwicklung während des Übergangsprozesses zur Marktwirtschaft nicht nur durch eine tiefgreifende Unsicherheit über die Zukunft der öffentlichen Leistungssysteme (Gesundheits- und Pensionswesen z.B.), sondern auch durch einen markanten Sozialabbau gekennzeichnet, teils bedingt durch die wirtschaftliche Rezession, teils aber auch bewusst politisch gesteuert; Letzteres kam beispielsweise in der bis Mitte der 1990er Jahre üblichen, mit dem Internationalen Währungsfonds ausgehandelten „Lohnregulierung“ zum Ausdruck, welche die Kollektivvertragsfreiheit auf betrieblicher Ebene außer Kraft setzte und dadurch das Lohnniveau künstlich niedrig hielt. Faktisch sanken die Reallöhne in den ersten Jahren nach der „Wende“ überall, sogar in den erfolgreichsten Reformländern: in der Tschechischen Republik und in Ungarn zwischen 1990 und 1993 um jeweils 10 - 15 %, in Polen um etwa 30 %, in Bulgarien um 56 %, in Rumänien um 60 %. Eine Trendwende, allerdings von niedrigem Niveau aus, konnte (zunächst in den heutigen EU-Beitrittskandidaten der ersten Gruppe) erst wieder ab der Mitte der neunziger Jahre verzeichnet werden. Hinzu kommt das in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (GUS), in Südosteuropa und auf dem Balkan häufige Phänomen der Lohnrückstände – Löhne und Gehälter werden oft über viele Monate hinweg nicht oder nur teilweise ausbezahlt (nicht immer deshalb, weil es den staatlichen Unternehmen an Geld fehlt, sondern weil es für Geschäftsführer oft vorteilhafter ist, das Geld im Ausland anzulegen oder es in Tochterunternehmen zu investieren). Bedingt durch wirtschaftliche Transformation und neue Technologien stieg auch die Arbeitslosigkeit sehr stark; Statistiken der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge lag sie 1999 in Tschechien bei 8,8 %, in Ungarn bei 7 %, in der Slowakei bei 16,2 %, in Slowenien bei 7,6 % (wobei in allen Fällen von starken regionalen Unterschieden sowie von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist).

Aus heutiger Sicht steht außer Zweifel, dass die Lohn- und Sozialstandards in den unmittelbar an die Europäische Union angrenzenden mitteleuropäischen Re-

formländern (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) sowie teilweise auch im baltischen Raum in einer Aufwärtsentwicklung begriffen sind, dass jedoch die südost- und osteuropäische Region noch für lange Zeit ein Niedriglohngebiet bleiben wird. Fehlende Infrastruktur und Inlandsmärkte sowie politische Instabilität stehen einer Steigerung der Produktivität entgegen. Um diese zu erzielen, wäre vor allem die Schaffung einheimischer Märkte und ausreichender inländischer Kaufkraft von Nöten. Dies wiederum setzt eine funktionierende Arbeitsmarktstruktur sowie die Existenz von Arbeitnehmerorganisationen voraus, die in der Lage sind, für die unselbständig Beschäftigten einen gerechten Anteil an den betrieblichen Erträgen bzw. am Wirtschaftswachstum durchzusetzen. Reform und Stärkung der Gewerkschaften zählen somit auch zu den Schlüsselementen eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Mittel- und Osteuropa.

Veränderungen in der Gewerkschaftsbewegung

Nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Reformstaaten, auch die Gewerkschaften selbst haben sich entscheidend verändert. Veränderungen in drei Bereichen sollen im Folgenden behandelt werden: die heutige Position der Gewerkschaften im gesellschaftlichen und politischen System der mittel- und osteuropäischen Länder, ihre organisatorischen Strukturen und ihr Selbstverständnis sowie schließlich ihre Arbeitsweise und Aktivitäten.

Gesellschaftliche und politische Funktion

Im „realen Sozialismus“ der osteuropäischen Länder hatten die Gewerkschaften als die gesellschaftliche Organisation der Arbeiterklasse eine wichtige und staatstragende Stellung innegehabt. Die Zuerkennung eines bestimmten Kontingents an Parlamentsmandaten an den Gewerkschaftsbund (wie auch an andere gesellschaftliche Organisationen) in der früheren Deutschen Demokratischen Republik war in dieser Hinsicht zwar ein Sonderfall, doch sah auch die Verfassung der Sowjetunion das Recht der Gewerkschaften vor, Kandidaten zur Wahl in die Sowjets aller Ebenen aufzustellen; in den übrigen osteuropäischen Ländern, etwa in Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei, wurden Gewerkschaftsfunktionäre

von der jeweiligen Nationalen Front bei der Zusammenstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt. Die führenden Repräsentanten der Gewerkschaftsverbände bekleideten zugleich wichtige staatliche Posten und verfügten über beträchtlichen politischen Einfluss. Auf betrieblicher und arbeitsrechtlicher Ebene entsprachen dieser privilegierten politischen Position weitgehende – wenn auch nicht in die Praxis umgesetzte – Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte der lokalen Gewerkschaftsorganisationen. Auch auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet war die Bedeutung der Gewerkschaften enorm, was etwa in der Verwaltung tausender Ferienheime, Sanatorien oder Kultureinrichtungen zum Ausdruck kam. Als Gegenleistung wurde von den Gewerkschaften erwartet, als „Transmissionsriemen“ für die jeweilige Kommunistische Partei zu funktionieren (der Begriff „Transmissionsriemen“ wurde übrigens 1922 von Lenin geprägt). Die Partei vertrat ihren Absolutheitsanspruch als führende politische Kraft der realsozialistischen Gesellschaft auch gegenüber der Gewerkschaftsbewegung.

Demgegenüber haben sich heute die Rahmenbedingungen für die Position der Gewerkschaftsbewegung drastisch verändert. Die Gewerkschaften in den Reformstaaten haben ihren bisherigen quasi öffentlich-rechtlichen Status ausnahmslos verloren und werden von Regierungen und Öffentlichkeit nur als private Interessensverbände betrachtet. Zwar ist eine offene Missachtung der im Rahmen der ILO vereinbarten Gewerkschaftsrechte, wie etwa in Weißrussland, eher selten, ihren früheren politischen Einfluss, ihre Funktion als Karriereleiter sowie ihre Bedeutung für den Freizeit- und Kulturbereich haben die Gewerkschaften heute jedoch überall weitgehend verloren. Praktisch in allen Ländern sind die Arbeitnehmerorganisationen, nicht zuletzt aufgrund internationaler Einflussnahme etwa der ILO oder internationaler Gewerkschaftsverbände, in „dreigliedrigen“ Beratungsgremien der Sozialpartner und der Regierungen vertreten, doch kommt diesen keine besondere praktische Bedeutung zu; von der konservativen Regierung Ungarns wurde der soziale Dialog durch die Errichtung des „Nationalen Arbeitsrats“ 1998 sogar deutlich abgewertet. Gerade im Hinblick auf den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur Europäischen Union, der gut vorbereitet sein und von einer breiten Willensbildung der Bevölkerung inklusive der Sozialpartner getragen werden sollte, for-

dert jedoch der Europäische Gewerkschaftsbund zu Recht eine Intensivierung des sozialen Dialogs; diese Forderung hat sich mittlerweile auch die EU-Kommission zu eigen gemacht.

Auch eine politisch abgesicherte Vertretung der Arbeiterbewegung in den Parlamenten besteht nicht mehr. In mehreren Ländern hat sich vielmehr eine weitgehende politische Abstinenz der Gewerkschaften durchgesetzt (Spitzenfunktionäre dürfen keiner politischen Partei angehören), so in Slowenien oder in der Tschechischen Republik (wenngleich die ursprünglich strikte Haltung von ČMKOS durch die Wahl führender Gewerkschafter als parteiunabhängige Kandidaten in den Senat aufgelockert wurde). In anderen Ländern bzw. Organisationen gehören führende Funktionäre als Personen den jeweiligen Parlamenten an (meist als Abgeordnete sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien), etwa in Ungarn oder bei der polnischen OPZZ. In der russischen Duma haben den Gewerkschaften nahestehende Abgeordnete eine „Gewerkschaftslobby“ gegründet. Sonderfall ist die Gewerkschaftszentrale Solidarność in Polen, die traditionell auch als politische Partei auftritt bzw. eng mit konservativen Parteien verflochten ist (bis vor kurzem war die Wahlaktion Solidarność sogar die führende Regierungspartei).

Struktur und Selbstverständnis

In Bezug auf die gewerkschaftlichen Organisationsformen ist die Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas vor allem durch folgende vier Elemente gekennzeichnet:

Erstens durch den Zerfall der früher bestehenden einheitlichen und straff zentralisierten Gewerkschaftsbünde in zahlreiche lokale, regionale, Branchen- oder Richtungsgewerkschaften, die nun entweder vollkommen selbständig agieren oder sich lose in neuen Dachorganisationen zusammengeschlossen haben. Die Ursachen dafür sind im Wiederaufleben von oft traditionellen Betriebs- oder Branchenidentitäten zu suchen, aber auch in politischen, nationalen und personellen Konflikten. Klassische Beispiele dafür sind etwa, vereinfacht dargestellt, das Auseinanderbrechen des früheren ungarischen Gewerkschaftsbundes SZOT in vier Nachfolgeverbände, der Zerfall des Bundes der Gewerkschaften Jugoslawiens in einzelne Republikverbände (die sich dann wiederum in mehrere Organisationen aufspalteten) oder die Ausdifferenzierung der tschechi-

schen Gewerkschaftsbewegung in ČMKOS, ASO und KUK.

Zweitens war die gewerkschaftliche Entwicklung während der Transformationsperiode durch die innere Reform der meisten traditionellen Gewerkschaftsbünde gekennzeichnet. Oft unter erheblichen Konflikten wurden neue organisatorische Strukturen aufgebaut, eine politische und ideologische Neuorientierung vorgenommen. Ansätze zu solchen Reformbestrebungen hatte es natürlich schon früher gegeben, doch sollte ihnen der Durchbruch erst im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der Jahre 1989/90 gelingen; starke Eigeninteressen von Regional- oder Branchenverbänden, daraus resultierender Kompetenz- und Ressourcenmangel auf der zentralen Ebene sowie die Reformunwilligkeit von Funktionären auf der mittleren Ebene standen (und stehen) solchen Reformen häufig entgegen. Ideologisch kam es in den meisten Fällen zu einer Absage an die „Transmissionsriemen“-Theorie, zu einer Auflösung des Naheverhältnisses zur Kommunistischen Partei und zum Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund; programmatisch werden der Übergang zur Marktwirtschaft, Privatisierungen etc. im Prinzip bejaht bzw. wurde in den meisten Fällen der Beitritt zur westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung – vor allem zum Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG) und zum Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) sowie – auf Branchenebene – zu den Internationalen oder Europäischen Berufsekretariaten vollzogen; einhellig wird von den meisten Gewerkschaftsbünden in Mittel- und Osteuropa der Beitritt ihrer Länder zur Europäischen Union, in vielen Fällen aber auch zur NATO befürwortet. Als typische Beispiele für solche „Reformen von innen“ können etwa die Entwicklungen im damaligen Tschechoslowakischen Gewerkschaftsbund (ČSKOS) genannt werden, der im März 1990 den internen Reformtendenzen durch einen kompletten Austausch der Führung sowie durch die Auflösung der regionalen Strukturen schlagartig zum Durchbruch verhelfen konnte; ebenfalls 1990 fanden analoge Strukturveränderungen im Landesverband der ungarischen Gewerkschaften (MSZOSZ) oder in der Konföderation der Unabhängigen Syndikate Bulgariens (KNSB) statt. Die sich über Jahre hinziehende Entwicklung im Verband der unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR) gipfelte im Jahr 2000 im Beitritt zum IBFG – zu-

gleich die Beilegung eines Jahrzehnte währenden ideologischen und politischen Konflikts. Als hingegen noch nicht abgeschlossen müssen die internen Erneuerungsbestrebungen im All-Polnischen Gewerkschaftsverband OPZZ oder im Serbischen Gewerkschaftsbund (SSS) gelten.

Drittens kam es zu einem oft spektakulären Entstehen neuer gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsähnlicher Organisationen. Im Unterschied zu den vorhin beschriebenen „traditionellen“ Bündeln, die sich reformierten, nahmen die „neuen“ einen vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit für sich in Anspruch, verfolgten teilweise deklariert (partei-)politische Zielsetzungen und verfügten häufig über bedeutende ausländische Unterstützung. Vielfach aus kleinen intellektuellen Dissidentenzirkeln entstanden, denen die Gründung einer „Gewerkschaftsorganisation“ manchmal die einzige legale oder halblegale Möglichkeit einer politischen Tätigkeit eröffnete, lag der Erfolg dieser Verbände kurzfristig im Aufbau einer breiten, vielfach spontan agierenden Volks- oder Menschenrechtsbewegung antikomunistischer Prägung. Bei der notwendigen Institutionalisierung (z.B. der regelmäßigen Einhebung von Mitgliedsbeiträgen) und im Bereich der professionellen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen stießen sie jedoch rasch an ihre Grenzen. Als Modellfall dieses Organisationstyps ist zweifellos die polnische Solidarność zu nennen, der zum einen über lange Zeiträume hinweg die Mobilisierung großer Teile der Arbeiterschaft im Kampf gegen Kriegsrecht und Sozialismus in Polen gelungen ist, die zum anderen jedoch die notwendige Abgabe politischer Funktionen an die neugewählte Staatsmacht, die Distanzierung von den Prozessen der Parteienbildung sowie die Herausforderungen einer gewerkschaftlichen Interessensvertretung nur mit Schwierigkeiten meistert. Nach dem Vorbild von Solidarność konnten in den Anfangsjahren der Transformation allerdings nur Podkrepa in Bulgarien bzw. Frația in Rumänien auf ähnliche Erfolge verweisen. In den (wohlhabenderen) mitteleuropäischen Reformländern setzte sich dieses Modell einer „Gewerkschaft“ genannten Protestbewegung von Arbeitnehmern auf Dauer nicht durch; entweder kam es hier überhaupt nicht zu derartigen Tendenzen (etwa in der Tschechoslowakei – wohl in erster Linie dadurch, dass sich in diesem Land die Unterstützung des US-amerikanischen Gewerkschaftsbunds AFL-CIO bereits 1990 auf den „reformier-

ten“ Dachverband ČMKOS konzentrierte und für Neugründungen somit wenig Spielraum blieb) oder es sahen sich auch die „neuen“ Gewerkschaften früher oder später gezwungen, zum klassischen Modell eines Dachverbands von Branchengewerkschaften mit Schwerpunkt auf professioneller Interessensvertretung auf Betriebs-, Branchen- oder nationaler Ebene zurückzukehren (z.B. Demokratische Liga in Ungarn, Neodvisnost in Slowenien).

Viertens blieben in mehreren Ländern auch Gewerkschaftsorganisationen in stalinistischer Tradition bestehen bzw. wurden neu gegründet. So wurde etwa vom letzten Vorsitzenden der von den Reformern aufgelösten Revolutionären Gewerkschaftsbewegung der ehemaligen ČSSR (ROH) im April 1991 die Gründung eines Gewerkschaftsverbandes für Böhmen, Mähren und die Slowakei in Angriff genommen (welcher im Bereich der heutigen Tschechischen Republik nicht ohne Einfluss besteht). Analog ist für die Russische Föderation die Politik der Gewerkschaft Agroindustrie (eines Mitgliedsverbands des erwähnten russischen FNPR) einzuschätzen, die entgegen der Position ihrer eigenen Dachorganisation eine wichtige Rolle im Weltgewerkschaftsbund spielt und in einem Bündnis mit der kommunistischen Partei Russlands steht (der Weltgewerkschaftsbund, derzeit in Übersiedlung von Prag nach Athen begriffen, hat durch den Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa weitgehend an Einfluss verloren, vereinigt jedoch noch immer starke Gewerkschaftsbünde aus Ländern der Dritten Welt, vor allem des arabischen und asiatischen Raums; im Rahmen einer gewerkschaftlichen Globalisierungsstrategie wird daher zu gegebener Zeit ein Dialog zwischen den westlichen Dachverbänden und dem WGB zu beginnen sein). Das Resultat all dieser komplizierten und sehr fluktuierend verlaufenden Entwicklungen ist bislang in allen mittel- und osteuropäischen Ländern ein mehr oder weniger vielfältiger „gewerkschaftlicher Pluralismus“ verschiedenster, zueinander in Konkurrenz stehender gewerkschaftlicher Organisationen unterschiedlicher Struktur und Richtung.

Gewerkschaftliche Interessensvertretung

Die gewerkschaftliche Interessensvertretung in den Ländern Mittel- und Osteuropas steht vor ungeheuren Herausforderungen. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und gezielt durchgeführtem Sozi-

alabbau (um die „Standortqualität“ für ausländische Investoren zu verbessern), wenig transparenten Privatisierungsprozessen, volkswirtschaftlichen Umstrukturierungen auf breitester Ebene und vielen anderen Veränderungen ist die Notwendigkeit wirksamer gewerkschaftlicher Aktivitäten umso größer. Gewerkschaftliche Aktivitäten zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen gab es zwar auch im früheren System, im Wesentlichen aber blieben sie eingebettet in eine politisch vorgegebene Übereinstimmung zwischen der politischen Führung, dem betrieblichen Management und der Gewerkschaft (die einen Teil der Sozialleistungen verwaltete). Gemeinsam versuchte man, die Vorgaben des Wirtschaftsplans zu erfüllen. Dies änderte sich schlagartig durch den Systemwechsel: Plan und zentrale Wirtschaftslenkung fielen weg, arbeitsrechtliche Bestimmungen auf nationaler Ebene konnten kaum mehr durchgesetzt werden, die Betriebe blieben sich selbst überlassen oder standen vielfach vor der Übernahme durch neue, unbekannte Eigentümer; vielfach mussten neue Produkte entwickelt, neue Exportmärkte erschlossen werden. Ein wichtiger Bestandteil dieses Veränderungsprozesses war, zunächst auf betrieblicher Ebene die Rollenverteilung zwischen Eigentümern, Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretern zu klären und ein funktionierendes System der Auseinandersetzung über Löhne und Gehälter, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen etc. einzurichten. Da landes- oder branchenweite Regelungen ohnehin kaum funktionierten, musste der Schwerpunkt zunächst auf der Betriebsebene liegen, d. h. auf dem Abschluss handhabbarer Betriebsvereinbarungen (in den Reformstaaten meist „Kollektivverträge“ genannt). Dadurch verstärkte sich natürlich die Gefahr des Betriebssyndikalismus.

Entscheidende Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene wurden und werden in Mittel- und Osteuropa häufig nicht in Bezug auf Löhne, sondern um den Erhalt traditioneller Sozialeinrichtungen bzw. -leistungen geführt. Von den neuen Eigentümern bzw. einem nunmehr rein betriebswirtschaftlich denkenden Management werden betriebliche Kindergärten, Sportanlagen, Erholungsheime oder Kaufhäuser aus Kostengründen in der Regel nicht weitergeführt. Da übergeordnete Sozialeinrichtungen für die Beschäftigten jedoch oft nicht mehr oder noch nicht bestehen, bricht dadurch ein großer Teil der sozialen Versorgung der Bevölkerung zu-

sammen. Die Schließung betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen hat zudem zum Hinausdrängen zahlreicher Frauen aus dem Arbeitsmarkt geführt. Vor allem in den ärmeren Ländern der Region sehen viele Gewerkschaften ihre Hauptaufgabe daher in einem sehr traditionellen Sinn – in der Sicherung einer sozialen Grundversorgung; dabei bedient man sich nicht nur einer Verhandlungsstrategie, sondern in vielen Fällen auch des betrieblichen Streiks.

Kollektivvertragsverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf Branchenebene sind, wenngleich sie in ihrer Wichtigkeit zunehmend erkannt werden, immer noch relativ selten. Dies liegt zum einen an der schlechten Organisation und Zersplitterung der Arbeitgeberverbände, aber auch daran, dass Vereinbarungen auf dem Papier häufig ohnehin nicht eingehalten werden (siehe das Problem der ausständigen Lohnzahlungen in den GUS- und südosteuropäischen Ländern). Regierungen – nicht zuletzt aufgrund eines mangelhaften Demokratieverständnisses – fühlen sich vielfach nicht an Verträge oder Vereinbarungen mit den Sozialpartnern gebunden. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen nehmen daher sehr oft einen politischen, gegen die Regierung gerichteten Charakter an. In einigen GUS-Mitgliedsländern ist es sogar üblich, Streikkomitees auf Initiative der Betriebsleitungen zu gründen, um öffentliche Unterstützung für wirtschaftliche Forderungen der Firma gegenüber den Behörden zu erhalten. Häufig werden Anliegen von Arbeitslosen, Pensionisten oder besonders unter Druck stehenden Arbeitnehmer(innen)gruppen in Form von spektakulären Demonstrationen, unterstützt durch symbolische Streiks in den Betrieben, zum Ausdruck gebracht.

Angesichts fortschreitender Privatisierung und einer Zunahme der Auslandsinvestitionen haben es die gewerkschaftlichen Interessensvertreter schließlich immer stärker auch mit ausländischen Partnern oder Eigentümern zu tun. Im Wesentlichen wird diese Entwicklung von den Gewerkschaften der verschiedenen Länder positiv bewertet, auch wenn in unterschiedlicher Intensität spezielle sozial- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen eingefordert werden. Eine zusammenfassende Evaluierung der bislang gesammelten gewerkschaftlichen Erfahrungen mit dem Engagement multinationaler Konzerne in Osteuropa steht leider noch aus. Einzelbeispielen, die von verschlechterten Ar-

beitsbedingungen und einer Diskriminierung gewerkschaftlicher Aktivisten berichten, stehen mindestens ebenso viele positive Erfahrungen gegenüber, wobei hierbei von den Betriebsgewerkschaften in Osteuropa häufig die Unterstützung westeuropäischer oder US-amerikanischer Betriebsräte bzw. Gewerkschaften in Anspruch genommen wird. Gerade aus der Sicht des ÖGB sollte die gewerkschaftliche bzw. betriebsrätliche Unterstützung der Arbeitnehmervertretungen in den österreichischen oder von Österreich aus koordinierten Firmen in Mittel- und Osteuropa stärker wahrgenommen werden.

Das Organisationsspektrum in Zentraleuropa – ein Überblick

In der Tschechischen Republik ist die Tschechisch-Mährische Gewerkschaftskonföderation (ČMKOS) zwar nicht der einzige, zweifellos aber der zentrale Ansprechpartner in gewerkschaftlichen Fragen. ČMKOS repräsentiert mit derzeit 30 sehr autonom agierenden Einzelgewerkschaften einen Großteil der tschechischen Wirtschaftsbranchen und verfügt in allen Bezirken Tschechiens über regionale Vertretungen und Beratungsbüros. International ist ČMKOS Mitglied von IBFG und EGB, auf nationaler Ebene spielt die Konföderation die führende Rolle bei der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der sog. Tripartit, dem Beratungsgremium der Regierung mit den Sozialpartnern. Organisationspolitisch einschränkend muss allerdings festgestellt werden, dass wesentliche Industriegewerkschaften ČMKOS nicht (oder nicht mehr) angehören, etwa die Verbände Landwirtschaft und Eisenbahn, die einen eigenen, losen Dachverband (die Assoziation der selbständigen Gewerkschaften) gegründet haben, sowie die Gewerkschaften der Kultursphäre, die seit 1990 über einen eigenen Dachverband (KUK) verfügen. Weiters bestehen ein nicht einflussloser kommunistischer Gewerkschaftsverband sowie eine kleine christ-demokratisch orientierte Organisation. Die eindeutig größte Organisation aber ist mit über 900.000 zahlenden Mitgliedern ČMKOS; insgesamt liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei ungefähr 30 %.

Wie angesichts der bis 1993 gemeinsamen Geschichte nicht anders zu erwarten, ist die Situation in der Slowakischen Republik ähnlich; die Dominanz eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes konnte

sich hier sogar noch stärker erhalten als in Tschechien. Die Konföderation der slowakischen Gewerkschaftsverbände (KOZ SR) vereinigt heute 38 (ebenfalls sehr eigenständige) Branchengewerkschaften mit insgesamt 700.000 zahlenden Mitgliedern. Außerhalb von KOZ SR bestehen mehrere kleine Organisationen, so die Kultur-gewerkschaft KUK sowie ein christdemokratisch orientierter Verband; Versuche des früheren Ministerpräsidenten Mečiar, regierungstreue („gelbe“) Gewerkschaften zu installieren, spielen heute keine Rolle mehr. Insgesamt sind in der Slowakei etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Auch KOZ SR ist Mitglied von IBFG und EGB.

Im Unterschied zu den beiden vorgenannten Ländern ist Ungarn durch eine starke Auffächerung der gewerkschaftlichen Strukturen, aber auch durch die zunehmende Bereitschaft zu Zusammenarbeit und einheitlicher Aktion gekennzeichnet. Derzeit bestehen sechs anerkannte Gewerkschaftskonföderationen (jeweils mit Mitgliedsverbänden in allen oder einigen Branchen). Der Landesverband der ungarischen Gewerkschaften (MSzOSz), der Verband der Autonomen Gewerkschaften (ASzSz), die Demokratische Liga (VDSz) und der Verband der Arbeiterräte (MOSz) vereinigen in erster Linie Gewerkschaften aus der Industrie, während das Forum der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit (SzEF) und der Gewerkschaftsverband der Intellektuellen (ÉSzt) den Öffentlichen Dienst repräsentieren. Alle sechs ungarischen Bünde gehören dem EGB an; MSzOSz, Liga und Autonome sind darüber hinaus auch Mitglieder des IBFG, während die Arbeiterräte dem Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) beigetreten sind. Gemessen an den Mitgliedszahlen gelten MSzOSz und SzEF (mit jeweils ca. 400.000 Mitgliedern) als die größten Organisationen; insgesamt wird die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Ungarn auf etwa 1,2 Mio. geschätzt, was einen Organisationsgrad der Beschäftigten von etwa 30 % ergibt. Die Zusammenarbeit zwischen den sechs Bünden und ihren Gewerkschaften hat sich seit dem Abkommen von Mátraháza (23. Mai 2000) wesentlich verbessert; so werden internationale Aktivitäten, die Bildungsarbeit sowie die Vorbereitung auf den EU-Beitritt eng koordiniert. Mit EU-Fragen befasst sich insbesondere die gemeinsame Integrationskommission der ungarischen Gewerkschaften (<http://business.matav.hu/uzlet/mszeib>). Die sechs Konföderationen bil-

den zusammen weiters die Arbeitnehmerseite im dreigliedrigen Sozialpartnertreue, dem Landesarbeitsrat (OMT), der seit seiner „Reform“ durch die gegenwärtige Regierung im Jahr 1998 allerdings nur mehr eine beratende Funktion erfüllt.

Auch im kleinen Slowenien haben organisations- und parteipolitische Differenzen zu einer Aufsplitterung der Gewerkschaftsbewegung geführt. Die mit Abstand bedeutendste Arbeitnehmerorganisation des Landes ist der Verband der unabhängigen Gewerkschaften Sloweniens (ZSSS), welcher als einziger slowenischer Gewerkschaftsverband dem EGB angehört. ZSSS vereint 20 Branchengewerkschaften mit insgesamt 370.000 Mitgliedern und verfügt als einziger Verband auch über territoriale Organisationseinheiten in allen Bezirken. An den Sitzungen des dreigliedrigen Wirtschafts- und Sozialrats nehmen darüber hinaus noch vier weitere, von der Regierung als „repräsentativ“ angesehene Organisationen teil: Konfederacija 90 (eine vor allem an der adriatischen Küste sowie in einzelnen Branchen stark verankerte Organisation) sowie die kleinen Gewerkschaftsbünde Pergam, Neodvisnost und Alternativa. Außerdem bestehen – vor allem im öffentlichen Dienst – zahlreiche Betriebs- oder Sektorgewerkschaften, die überhaupt keinem Dachverband angeschlossen sind. Ein weiteres schwerwiegendes Problem stellt die trotz intensiver und weit fortgeschrittener Verhandlungen immer noch fehlende Einigung über eine gemeinsame Nutzung der Gewerkschaftsräumlichkeiten dar; wie ein Damoklesschwert hängt über den Gewerkschaften daher die Drohung der rechtsgerichteten Parteien, eine Verstaatlichung des Gewerkschaftsvermögens durch das Parlament zu fordern. Umso bemerkenswerter ist der Umstand, dass der gewerkschaftliche Einfluss auf die Gestaltung arbeitnehmerrelevanter Bereiche der slowenischen Politik relativ hoch ist und es gelungen ist, einen im europäischen Vergleich relativ hohen Organisationsgrad von etwa 50 % zu erhalten.

In Polen ist die gewerkschaftliche Situation von der Existenz zweier großer, einander weitgehend konträr gegenüberstehender Gewerkschaftszentralen gekennzeichnet. Auf der einen Seite besteht die Nationale Gewerkschaftskommission NSZZ Solidarność, entstanden aus der Protestbewegung der frühen 1980er Jahre gegen das damalige sozialistische Regierungssystem. NSZZ Solidarność ist international gleichzeitig Mitglied von IBFG

und WVA (eine Besonderheit) sowie auch des EGB und verfügte durch ihre engen Verbindungen zur katholischen Kirche und zu den konservativen Parteien sowie ihre starke Vertretung im Parlament über großen politischen Einfluss (bis zu den heurigen Parlamentswahlen bildete die Wahlaktion Solidarność die führende Regierungspartei). Trotz erheblicher Bemühungen, stärkere Branchenstrukturen aufzubauen, liegt der gewerkschaftliche Schwerpunkt von NSZZ Solidarność allerdings nach wie vor auf der Betriebs- bzw. der Regionalebene. Als Gegenpol zu Solidarność besteht der All-Polnische Gewerkschaftsverband OPZZ als Nachfolgeorganisation der früheren Einheitsgewerkschaft. OPZZ steht in einem Naheverhältnis

zur Sozialdemokratischen Partei und ist über diese ebenfalls im Parlament vertreten. International hat OPZZ den postkommunistischen Weltgewerkschaftsverband verlassen und führt Verhandlungen über einen Beitritt zum Europäischen Gewerkschaftsbund. Neben ideologischen und parteipolitischen Differenzen belastet vor allem das ungelöste Problem der Verteilung des Gewerkschaftsvermögens das Verhältnis zwischen den beiden großen Zentralen, neben denen noch zahllose unabhängige Betriebs- oder Sektorgewerkschaften bestehen. Laut groben, unbestätigten Schätzungen von wissenschaftlicher Seite dürfte der Organisationsgrad in Polen bei ca. 20 % der Industriebeschäftigten liegen.

Gewerkschaften in der GUS und im Baltikum – ein kurzer Überblick

Der Zerfall der Sowjetunion hatte auch die Auflösung des früheren sowjetischen Gewerkschaftsverbandes zur Folge. Wichtigster gewerkschaftlicher Ansprechpartner in Russland ist die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR) mit 43 Mitglieds- und sechs assoziierten Branchengewerkschaften, die insgesamt etwa 34 Mio. Menschen vereinigen; die Anzahl der beitragszahlenden Mitglieder wird allerdings nur auf ein Drittel geschätzt (was angesichts der oft monatelang nicht ausgezahlten Löhne kein Wunder ist); unter den regionalen Strukturen kommen jenen von Moskau und St. Petersburg besondere Bedeutung zu. FNPR ist – ebenso wie die zwei kleineren Gewerkschaftsverbänden VKT und KTR – seit dem Jahr 2000 Mitglied des IBFG. Parlamentsabgeordnete aus allen russischen Gewerkschaften haben sich in der Duma zu einer Gewerkschaftslobby namens „Solidarnost“ zusammengeschlossen und versuchen die Politik der Regierung (etwa hinsichtlich eines neuen Arbeitsgesetzes) in gewerkschaftlichem Sinn zu beeinflussen. Auch wenn der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Regierung vieles zu wünschen übrig lässt und über die Verhältnisse in den Regionen nur wenig bekannt ist, muss der politische und organisatorische Spielraum der russischen Gewerkschaftsbewegung dennoch als weit größer eingeschätzt werden als in den Nachbarstaaten Ukraine und Weißrussland. Gegen die Regierungen beider Länder wurde in den letzten Jahren mehrfach Beschwerde im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation wegen Verletzung der in den ILO-Konventionen grundgelegten Assoziationsfreiheit eingebracht. In allen übrigen GUS-Staaten können Gewerkschaften unter mehr oder weniger externen und internen Schwierigkeiten operieren; als einzige Organisation wurde bislang der Gewerkschaftsrat von Moldawien (CSRM) in den IBFG aufgenommen.

Die kleinen baltischen Staaten sind durch ein breites organisatorisches Spektrum gekennzeichnet. In Estland dominiert der Zentralverband der Estnischen Gewerkschaften (EAKL) mit etwa 50.000 Mitgliedern vorwiegend aus dem Industriebereich; die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft haben eigene Dachverbände gebildet. In Litauen gehören der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund „Vereinigung“ (LPSS) sowie die Litauische Arbeiterunion (LDS) dem IBFG an, die christdemokratische Arbeitsföderation dem WVA. In Lettland besteht nur eine Organisation, der Freie Lettische Gewerkschaftsbund (LBAS), der sich dem IBFG angeschlossen hat.

Walter Sauer

Gewerkschaften im Überblick

von Peter Scherrer

■ Angesichts der sehr unterschiedlichen politischen Entwicklung der Staaten Südosteuropas ist es nicht verwunderlich, dass sich auch die Situation der Gewerkschaften in diesen Ländern unterscheidet. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten, wie z.B. den starken politischen Bedeutungsverlust, den die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt hinnehmen mussten. ■

Peter Scherrer arbeitet an einem Forschungsprojekt zum Thema „Internationale Gewerkschaftskooperation – Gewerkschaften in Südosteuropa“ am Europäischen Gewerkschaftsinstitut, Brüssel.

Einleitung

Als jemand, der seit vielen Jahren insbesondere mit den Arbeitnehmervertretungen in den Ländern Südosteuropas kooperiert, bekommt man von politisch Interessierten oftmals die Frage gestellt: „Wie steht es denn um die Gewerkschaften auf dem Balkan?“ Darauf zu antworten fällt mitunter schwer, aber würde man denn fragen: „Wie steht es denn um die Gewerkschaften in der EU?“ Dass es z.T. sehr beachtliche Unterschiede zwischen den Organisationen gibt, die eins gemeinsam haben, nämlich die Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten gegenüber den Arbeitgebern und den Regierungen, ist nur zu offensichtlich. Vergleicht man z.B. die Stellung der Gewerkschaften im Vereinigten Königreich mit derjenigen der Gewerkschaften in Schweden oder Norwegen, so sind die Kontraste enorm und vielen Interessierten bekannt. Warum sollte das also „auf dem Balkan“ und in Mittel- und Osteuropa anders sein? Die Unterschiede müssen – vor dem Hintergrund der verschiedenen Entwicklungen in den einzelnen Ländern – zwangsläufig noch größer sein. Diese Fragestellung, wie es um die Gewerkschaften auf dem Balkan bestellt sei, wirft also eher ein Licht auf die Wahrnehmungsweise des Fragestellers, wird doch der Südosten Europas als die „trouble zone“, da wo es doch jetzt seit zehn Jahren „irgendwie immer Krieg“ gab, wahrgenommen.

Fragen müsste man eher: „In welcher Verfassung können die Gewerkschaften in Republiken des ehemaligen Jugoslawien, in Albanien, Rumänien und Bulgarien sein?“ Es ist allzu offensichtlich, dass die politische und wirtschaftliche Entwicklung höchst unterschiedlich verlief. Da Gewerkschaften Teil der sich verändernden Gesell-

schaften sind, ist ihre Entwicklung natürlich maßgeblich auch durch diese Veränderungen bestimmt. Dieser kurze Beitrag kann über die Entwicklung und die Verfassung der Gewerkschaften auf dem Balkan daher nur einen groben Überblick geben.

Albanien

In keinem anderen Land des Balkans war (und ist es teilweise heute noch) die Arbeit der Gewerkschaften so massiv durch die politischen Parteien und deren (mitunter auch gewalttätigen) Auseinandersetzungen geprägt wie in Albanien. Wie in der Politik so zerfällt auch bei den Gewerkschaften die Landschaft in zwei Lager. Die „Vereinigung der unabhängigen Gewerkschaften Albaniens“ (BSPSH) unterstützt die Demokratische Partei des ehemaligen Präsidenten (1992-97) Sali Berisha. Mehr oder weniger deutlich wird im Wahlkampf zur Unterstützung der Demokratischen Partei aufgerufen. Die BSPSH wurde nach dem Zusammenbruch des Regimes von Enver Hoxha gegründet und versteht sich als „demokratische“ Alternative zur „Konföderation der Gewerkschaften Albaniens“ (KSSH). Der Konföderation werden enge Verbindungen zur Sozialistischen Partei nachgesagt. Bei den Wahlen zum Parlament verhält sich die KSSH weitgehend neutral. Da die KSSH aus dem schon unter Hoxhas Zeiten existierenden Gewerkschaftsdachverband hervorgegangen ist, dürften viele ihrer Mitglieder der regierenden Sozialistischen Partei sehr nahe stehen. Bis 1997, dem Jahr des Kollapses Albaniens, waren die Rechte der Gewerkschaften deutlich limitiert. Öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen oder gar Streiks unterlagen strengen Restriktionen. Der Regierungswechsel zur ersten Regierung Nano sorgte für ein deutlich entspannteres Klima. Zahlreiche Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung konnten durchgesetzt werden. Erstmals wurden ernsthafte Tarifverhandlungen geführt und es kam zu freiwilligen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Streitobjekt ist seitdem immer noch der Nationale Arbeitsrat, ein sozialpartnerschaftliches (tripartites) Gremium, in dem die Regierung, die Arbeitgeber und beide Gewerkschaftsvereinigungen vertreten sind. Die Regierung hat bislang wenig dazu getan dieses Gremium mit Leben zu füllen. Große Konferenzen, die unter anderem durch internationale Organisationen wie das International Labour Office (ILO) organisiert wurden, sollten dem sozialen Dialog mehr Bedeutung verschaffen. Bislang hat die Regierung aber kaum et-

was unternommen, um diesen Dialog zu fördern. Zahlreiche Protestkundgebungen, Demonstrationen und Streiks in den letzten zwei Jahren waren die Folge.

Beide Konföderationen verfügen über eine Mitgliedschaft in einer internationalen Dachorganisation.

Bosnien-Herzegowina

Keine Gewerkschaftsorganisation hat unter dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien so zu leiden gehabt wie die Bünde der Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina. In Bosnien-Herzegowina gibt es zwei gewerkschaftlich relevante Dachorganisationen. In Sarajevo, in dem im Krieg zerschossenen, mittlerweile wieder ansehnlich renovierten „Dom Sindikata“ (Gewerkschaftshaus) ist der Gewerkschaftsbund Bosnien-Herzegowinas untergebracht. Dieser Nachfolgeorganisation des ehemaligen Bundes der Gewerkschaften Bosnien-Herzegowinas gehören 16 Branchengewerkschaften an. Die Dachorganisation hat etwa 40 Kreisorganisationen auf dem Gebiet der bosnisch-kroatischen Föderation. Vor dem Krieg umfasste die Organisation 900.000 Mitglieder. Heute dürften es deutlich weniger als 200.000 sein. In Banja Luka hat der Gewerkschaftsbund der Republika Srpska seinen Sitz. Er dürfte heute real deutlich weniger als 100.000 Mitglieder haben. Während des Krieges haben nur wenige Organisationen ihre Arbeit aufrechterhalten. Im Vordergrund stand die Versorgung der Mitglieder mit humanitären Hilfsgütern. Nach dem Krieg erhielten die Gewerkschaften in der bosnisch-kroatischen Föderation massive Hilfe von Gewerkschaften aus Westeuropa, vom EGB und IBFG (der dort seit über vier Jahren ein Büro mit mehreren Mitarbeitern unterhält). Der christliche WVA unterstützt vereinzelt Branchengewerkschaften.

Die Gewerkschaftsorganisationen beider Landesteile sind in ihrem internen Reformprozess nur sehr begrenzt voran gekommen. Im Wesentlichen sind noch die gleichen Funktionäre in den entscheidenden Positionen, die auch schon vor dem Zerfall Jugoslawiens die Geschicke der Gewerkschaften bestimmten. Für junge Menschen sind die Gewerkschaften nicht attraktiv. Interne Streitigkeiten haben sowohl in der Republika Srpska wie auch in der bosnisch-kroatischen Föderation die Bünde nachhaltig politisch wie finanziell geschwächt. In der Öffentlichkeit wird das Bild der Gewerkschaften durch gelegentliche Streikandrohungen, Streikaktionen, Aufrufe zu Protesten und Demonstrationen gegen die Politik der Regierung be-

stimmt. Eine konstruktive Politik, wie z.B. die Erarbeitung von Gesetzesentwürfen und Programmen zur Bekämpfung der massiven Arbeitslosigkeit ist nur in Ansätzen erkennbar. Der alte Politikraster, dass die Gewerkschaft von der Regierung verlangt dies und jenes zu tun oder zu unterlassen, dominiert das Verhalten der Gewerkschaften. In der bosnisch-kroatischen Föderation wird dem Gewerkschaftsbund eine Nähe zur Partei Ilija Izetbegovićs SDA nachgesagt. Einige der Funktionäre unterstützen die SDA, offen rufen die Gewerkschaften aber nicht zur Unterstützung einer bestimmten Partei auf. Auch in der Republika Srpska gibt es keinen öffentlichen Aufruf an die Mitglieder eine bestimmte Partei zu wählen. In beiden Teilen Bosnien-Herzegowinas gibt es keine oppositionellen Gewerkschaftsbünde.

In jüngster Zeit gibt es Anzeichen einer verbesserten Kooperation der Dachorganisationen. Beide Verbände haben eine Vereinbarung unterzeichnet in einem Ausschuss regelmäßig gemeinsam über die Gewerkschaftspolitik in ganz Bosnien-Herzegowina zu beraten. Ebenso haben die Gewerkschafter im Bezirk Brčko im Februar dieses Jahres eine Gewerkschaftsorganisation gegründet, die sowohl Serben als auch Kroaten und Bosnier vertritt. Erste, wenn auch zaghafte Schritte in Richtung verstärkter Zusammenarbeit sind gemacht. Das Tempo der positiven Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina ist allerdings ernüchternd langsam.

Bulgarien

Gewerkschaftliche Vertretung in Bulgarien konzentriert sich im Wesentlichen auf zwei Verbände. Die „Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens“ (KNSB) ist die Nachfolgerin der alten Staatsgewerkschaften. Sie hat in den vergangenen zehn Jahren einen beachtlichen internen Reformprozess initiiert und ist nach wie vor der größte gewerkschaftliche Dachverband. Die Mitgliederzahl wird mit 415.000 angegeben. Noch vor zwei Jahren hatte die KNSB über 650.000 Mitglieder. Viele der Mitglieder der KNSB-Gewerkschaften unterstützen bei Wahlen die Parteien des linken Spektrums, es gibt aber keine formelle Bindung und auch keine offizielle Unterstützung (wie z.B. Wahlaufrufe) für einzelne Parteien. Die zweite gewerkschaftliche Kraft von Bedeutung ist die „Konföderation Podkrepa“. Sie wurde als strikt antikommunistische und oppositionelle Gewerkschaft im Februar 1989 gegründet. Podkrepa hat in den ersten Jahren vehement und öffentlich die Union der demo-

kratischen Kräfte (UDK) unterstützt. Nachdem die UDK einen deutlich wirtschaftsliberalen Kurs verfocht, der gegen fundamentale Forderungen der Gewerkschaften gerichtet war, konnte auch eine noch so konzessionsbereite Gewerkschaft wie Podkrepa nicht mehr an der Unterstützung der UDK festhalten. Podkrepa ging auf Distanz zur UDK und gibt sich heute parteipolitisch neutral. Einen ähnlich dramatischen Mitgliederverlust wie die KUGB hat auch Podkrepa erfahren. Mitte der neunziger Jahre hatte Podkrepa noch fast 500.000 Mitglieder. Heute dürften es realistischer Weise unter 100.000 sein. Beide Bünde sind Mitglieder im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und seit Dezember 1995 auch Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

Unter den Gewerkschaften gibt es noch die Vereinigung „Edinstvo“. Dieser Verband wurde auf Initiative des orthodoxen Flügels der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) gegründet. Anfang der neunziger Jahre hatte diese Organisation mehrere tausend Mitglieder, heute ist sie faktisch bedeutungslos. Als dritte Kraft wurde sie abgelöst von der Gewerkschaft „Promjana“. Dieser Verband ist eine Abspaltung der Podkrepa. Sie vereinigt seit 1996 Gewerkschafter, die den Kurs der festen Unterstützung der UDF nicht ändern wollten. Promjana unterstützt gegenwärtig den Kurs der neuen Regierung und hat im Wahlkampf offen für den Thronfolger Simeon geworben. Kürzlich erhielt Promjana Zulauf von mehreren tausend Dock- und Hafenarbeitern, die vorher in der KNSB organisiert waren.

Kennzeichnend für alle Gewerkschaften ist, dass sie z.T. dramatisch an Mitgliedern verloren haben.

Jugoslawien (Serbien und Montenegro)

Serbien

Schaut man sich die gewerkschaftliche Szene in Serbien an, so findet man eine deutliche Polarisierung zwischen Organisationen, die in heftiger Opposition zum Regime Miloševićs standen, und einer damals eher „regierungsloyalen“ Arbeitnehmervereinigung.

In diesen Tagen wird der unabhängige Gewerkschaftsbund „UGS Nezavisnost“ sein zehnjähriges Bestehen feiern. Nezavisnost (deutsch: Unabhängigkeit) stand von Anfang an in deutlicher Opposition zum damals herrschenden Regime Slobodan Miloševićs. Nezavisnost hat nach dem

Sturz Miloševićs deutlich an Mitgliedern gewonnen. Zu seiner Entmachtung haben die Mitglieder von Nezavisnost einen wesentlichen Beitrag geleistet. Entgegen ihrer sonst üblichen Zurückhaltung und Neutralität bei Wahlen in Serbien rief Nezavisnost bei den Wahlen im vergangenen Jahr erstmals zur Unterstützung des Oppositionsbündnis DOS auf; jetzt steht sie aber der Regierung wieder kritisch gegenüber. Nezavisnost und sein Vorsitzender Branislav Čanak genießen unter den Gewerkschaften bei weitem das größte Vertrauen. Nezavisnost ist Mitglied des IBFG.

Eine Abspaltung von Nezavisnost ist die „Assoziation Freier und Unabhängiger Gewerkschaften“. Seit 1996 organisiert diese Vereinigung Arbeiter und Angestellte vornehmlich in der Region um Belgrad. Sie ist die bei weitem kleinste Organisation und ihr Gründer und erster Präsident Dragan Milovanović bekleidet in der Đinđić Regierung das Amt des Arbeitsministers. Die „Assoziation“ vereint gerade mal 2 % der Arbeitnehmer Serbiens. Ihr Erfolg ist der Unterstützung durch die „Demokratische Partei“ des Premierministers Zoran Đinđić geschuldet.

Die dritte und größte Organisation der Gewerkschaften ist die „Konföderation der Gewerkschaften Serbiens“. Sie ist der gewerkschaftliche Dachverband, der auch schon zu Titos Zeiten die Interessen der „Werk tätigen“ vertreten hat. So wie sie sich damals als „Transmissionsriemen der Partei“ verstanden hatte, so folgte sie auch ergeben in jeder Hinsicht dem Kurs des Milošević-Regimes. Sie vertritt gegenwärtig 29 % der abhängig Beschäftigten. Unorganisierte Gewerkschaften (Betriebssyndikate und regionale Verbände) machen einen Anteil von 7 % aus.

Kosovo

Die Gewerkschaftsbewegung des Kosovo ist in ganz besonderer Weise durch die politischen Ereignisse der vergangenen zwölf bis dreizehn Jahre geprägt. Vor dem Entzug des Autonomiestatus der „serbischen Provinz Kosovo“ vereinigte die Gewerkschaftsföderation „Kosovo i Metohija“ im Wesentlichen die dort lebenden serbischen und – wenn auch deutlich weniger – albanischen Arbeitnehmer. Gleichzeitig mit der Zunahme von Repressalien und Unterdrückung der albanischen Bevölkerung durch die Belgrader Machthaber entstand ein albanischer Parallelstaat mit all den notwendigen staatsbildenden Organen. Dabei wurde auch ein Gewerkschaftsbund, der die albanischen Arbeitnehmer organisierte, geschaffen.

Der große Streik der Bergarbeiter des Trepča Kombinats in der Mine „Stan Ter“ (albanisch) bzw. „Stari Trg“ (serbisch) im Februar 1990 wirkte wie ein Katalysator für die Schaffung der Gewerkschaften. Der „Dachverband der Vereinigung der unabhängigen Gewerkschaften Kosovas“ (BSPK) zählte 24 Mitgliedsverbände und organisierte mehrere hunderttausend Mitglieder. Während der folgenden zehn Jahre bis zum Ausbruch der Kosovo-Kriege am 24. März 1999 war der BSPK aber ein Verband, der größtenteils Arbeitslose vereinte, da die meisten albanischen Beschäftigten aus den Betrieben entlassen und durch serbische Arbeitskräfte ersetzt wurden. Serbische Flüchtlinge aus der Krajina und aus Bosnien wurden im Kosovo angesiedelt, für sie brauchte man dringend Arbeitsplätze. Die Albaner, die nicht direkt gekündigt wurden, verließen aus Solidarität ihre Jobs. Die Arbeit des BSPK bestand in der Organisation von humanitärer Hilfe und konkreter Solidarität mit bedürftigen Familien. Anfänglich unterstützte der BSPK den Kurs des friedlichen Widerstandes. Mitte der neunziger Jahre wurde der gesamte Vorstand durch die Generalversammlung ausgewechselt. Zu Ibrahim Rugova, dem Führer der gemäßigten LDK, ging der Verband auf Distanz. Öffentlich verhielt sich der Gewerkschaftsdachverband „parteilosophisch neutral“.

Die brutale Vertreibung der Albaner durch die serbischen Militärs führte auch zu Opfern unter den Gewerkschaftern. Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft wurde zusammen mit seiner Tochter und Mutter vor den Augen seiner Frau von serbischen Soldaten erschossen. Zahlreiche Gewerkschafter wurden verfolgt und misshandelt. Mit dem Ende des Krieges im Kosovo begann auch das Ende der serbischen Herrschaft über den Kosovo. Mit der Einrichtung einer internationalen Verwaltung der Vereinten Nationen in Prishtina waren sowohl die Sieger wie auch die Bevölkerung vor neue, unbekannte Herausforderungen gestellt. Mit der Übernahme der politischen Macht durch die UNO ging eine eindeutige Orientierung an der Markt- und Privatwirtschaft einher. Für die Gewerkschaften, die bislang eher einem humanitären Hilfswerk denn einer Gewerkschaft im klassischen „westeuropäischen“ Sinne gegliedert waren, war dies eine gewaltige Aufgabe. Schon recht bald nach dem Ende des Kosovo-Krieges kam es zu deutlichen und ersten Spannungen innerhalb des Dachverbandes. Der gemeinsame Nenner, der Widerstand gegen das verhasste Regime Slo-

bodan Milošević entfiel. Dispute und kleine Streitigkeiten über Gelder, Posten und Pöstchen drohten die Organisation zu spalten. Einige der einflussreichen Branchenverbände drohten mit dem Austritt und der Gründung eines neuen Dachverbandes. Die organisatorische Einheit konnte aber gewahrt werden; vor einem Jahr wählten die Mitglieder des BSPK Vertreter für Arbeitsgruppen, in denen sich die Mitglieds-gewerkschaften zusammengetan hatten. Diese Sprecher sollen die Interessen der Gewerkschaften vertreten, die Arbeitnehmer aus ähnlichen industriellen Branchen und Wirtschaftsbereichen repräsentieren. Die Politik gegenüber der UNMIK-Administration wurde deutlicher artikuliert. Der Kampf galt insbesondere einem Arbeitsgesetz. Am 27. Februar 2001 organisierten die Gewerkschaften des Kosovo erstmals seit dem Ende des Krieges eine Demonstration. Über 30.000 Teilnehmer kamen, um die Forderung der Gewerkschaften nach einem wirksamen Arbeitsgesetz zu unterstützen. Verabschiedet wurde es am 8. Oktober 2001. Weit über zwei Jahre brauchte die Verwaltung der Vereinten Nationen für die Verabschiedung eines Arbeitsgesetzentwurfs, der durch eine Einrichtung der UNO, nämlich die ILO erarbeitet wurde. Für den BSPK steht nun die Zusammenarbeit mit der am 17. November zu wählenden neuen Regierung auf der Tagesordnung. An Aufgabenstellungen mangelt es nicht. Die kommende Privatisierung, die Etablierung einer Sozialgesetzgebung (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) und die Schaffung von Jobs stehen ganz oben auf der Tagesordnung. Mittlerweile sind einige der Branchengewerkschaften europäischen oder internationalen Fachverbänden beigetreten. Der Dachverband BSPK ist jedoch nicht Mitglied eines internationalen Gewerkschaftszusammenschlusses.

Die serbische Bevölkerung lebt im Kosovo in Enklaven verstreut; ein großer Teil siedelt im Norden des Kosovo. Die Beschäftigten des Kombinats Trepča, in Zvečan, Leposavić, Belo Brdo usw. haben eine gewerkschaftliche Vertretung. Die politischen Entwicklungen lassen aber keine wirkliche Unabhängigkeit der Gewerkschaftsvertreter zu. Der Status des Kosovo ist ungeklärt und wird es auch nach den Wahlen voraussichtlich bleiben. Solange die Betriebsteile im Norden des Kosovo von Belgrad aus gesteuert werden, gibt es auch für die gewerkschaftliche Vertretung keine Möglichkeit zur wirklichen Unabhängigkeit.

Montenegro

In der kleinen Adria-Republik (ca. 650.000 Einwohner) gibt es nur einen gewerkschaftlichen Dachverband, die „Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Montenegros“ (KUGM). Sie ging aus der ehemaligen Staatsgewerkschaft für Montenegro hervor und vertritt gegenwärtig ca. 90.000 Mitglieder. Aufgeteilt ist diese Organisation in 19 Mitgliedsgewerkschaften und ca. 1.000 betriebliche Gewerkschaftsorganisationen. Wie in ganz Montenegro, so spiegelt sich auch in der KUGM die starke Polarisierung zwischen Anhängern eines pro-serbischen Kurses und der Unabhängigkeit Montenegros wider. Diese Teilung in zwei Lager führt regelmäßig zu für die Organisation gefährlichen Spannungen, insbesondere bei öffentlichen Ereignissen wie Konferenzen und Gewerkschaftskongressen. In der Konföderation stellen die Kräfte, die den Kurs der Unabhängigkeit Montenegros von Jugoslawien (und damit auch den Kurs der jetzigen Regierung) unterstützen, den Reformflügel dar. Politisch verhält sich die KUGM neutral, sie ruft nicht zur Wahl einer Partei auf; dennoch arbeiten die beiden Lager in der Gewerkschaft mit den entsprechenden Parteien, die sie unterstützen, zusammen.

Der größte Erfolg der KUGM war der Abschluss eines Rahmentarifabkommens im Jahr 1995. In dieser Vereinbarung zwischen der Regierung und der KUGM werden z.B. die Höhe des Grundlohnes geregelt (was in den allermeisten Fällen sonst mehr oder wenig willkürlich von den Regierungen festgelegt wird); es wurde eine Regelung über den Jahresurlaub und für Invaliditätsfälle getroffen.

Die KUGM ist Mitglied im IBFG.

Kroatien

Anfang der neunziger Jahre entstanden in Kroatien zahlreiche Einzelgewerkschaften. Das kroatische Gewerkschaftsgesetz erlaubt die Gründung einer Gewerkschaft bereits, wenn nur zehn Arbeitnehmer eines Betriebes eingetragene Mitglieder der Organisation sind. Dieses Gesetz führte in dem jungen unabhängigen Kroatien zu einer extremen Zersplitterung und großen Unübersichtlichkeit der Gewerkschaftsszene. Mitte der neunziger Jahre erreichte die Zahl der Gewerkschaftsorganisationen ähnliche Höhen wie die Zahl der Inseln und Inselchen in der Adria. Eine überregional ernstzunehmende Rolle spielten aber nur drei Dachverbände. Die kleinste dieser drei Organisationen, die „Konföderation unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens“ (KNSH)

war eine Gründung von Beschäftigten des staatlichen Mineralölkonzerns INA und des Personals der Flughafenverwaltungen. Die KNSH hat sich in den letzten Jahren in mehrere Teile gespalten und ist heute als gestaltende Kraft bedeutungslos geworden. Bei der Gründung des christlich orientierten Dachverbandes „Kroatische Vereinigung der Gewerkschaften“ (HUS) stand der damalige Präsident Franjo Tudjman Pate. Die HUS wurde massiv von der HDZ unterstützt und war die zweite Kraft unter den Gewerkschaften. Auch sie hat enorme Mitgliederverluste erlitten und (insbesondere nach dem Regierungswechsel im Jänner 2000) deutlich an Bedeutung verloren. Der größte Dachverband ist die „Union der Autonomen Gewerkschaften Kroatiens“ (SSSH). Sie ging aus dem schon vor dem Krieg bestehenden „Bund der kroatischen Gewerkschaftsorganisationen“ hervor. Die SSSH hat heute ca. 350.000 Mitglieder und vereint 22 Branchengewerkschaften. Die Union organisiert somit 66 % aller Arbeitnehmer in Kroatien und hat die Wahlkampagne der sozialdemokratischen SDP, die Partei des regierenden Premierministers Ivica Račan, massiv unterstützt und war eine der tragenden Säulen des Wahlbündnisses, das zum Sturz des autokratischen Tudjman/HDZ-Regimes geführt hat.

Makedonien

Die bedeutendste Arbeitnehmervereinigung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien ist die „Konföderation der Gewerkschaften Makedoniens“ (KGM). Sie ist die Nachfolgeorganisation der ehemaligen jugoslawischen Staatsgewerkschaft in Makedonien und vereint 18 Einzel- und Branchengewerkschaften; in ihr sind ca. 250.000 Mitglieder organisiert. Im Wesentlichen handelt es sich um slawische Makedonier, einen kleinen Teil der Mitglieder der KGM stellen die albanischen Arbeitnehmer. Die KGM ist aber offen für die Mitgliedschaft der Albaner und hat in der jüngsten Vergangenheit erste Schritte zu einem Dialog zwischen Albanern und Makedoniern unternommen. Die enormen wirtschaftlichen und in jüngster Zeit auch inneren politischen Probleme haben die KGM vor existenzielle Probleme gestellt. Die Regierung verweigerte in den letzten Jahren einen wirklich konstruktiven Dialog, obwohl eigens für die Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierung ein tripartiter Rat geschaffen wurde. Eskaliert ist die Auseinandersetzung zwischen der KGM und

der Regierung im Dezember 2000. Die ansonsten eher kompromissbereite KGM rief einen, wenn auch kurzen Generalstreik aus. Die organisierten Arbeitnehmer folgten dem Aufruf, um so den gewerkschaftlichen Forderungen nach einem angemessenen Mindestlohn und einem Programm für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen Nachdruck zu verleihen.

Das Verhältnis der KGM zur Gewerkschaft „Unija“ ist extrem gespannt. Die Unija ist eine Abspaltung der KGM und wurde Ende der neunziger Jahre insbesondere mit der Unterstützung der Polizei- und Lokführergewerkschaft gegründet. Sie hat sich zwischenzeitlich in zwei kleinere Organisationen gespalten. In der Vergangenheit wurde die Unija massiv von der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung unterstützt. Die Unija ist Mitglied im christlichen Weltverband der Arbeit (WVA). Unija hat die Parteien des konservativen Spektrums unterstützt und tritt für eine strikte Haltung bei der Lösung der „Albanerfrage“ ein. Die Unija lehnt das vorgeschlagene Ohrider Rahmenabkommen zwischen makedonischen und albanischen Parteien ab.

Rumänien

In Rumänien findet sich eine Vielzahl von gewerkschaftlichen Organisationen, von Bedeutung sind aber im Wesentlichen vier Verbände. Die 1993 gegründete CNSLR-Fratia ist ein Zusammenschluss aus zwei Verbänden, die sich 1990 aus der alten Staatsgewerkschaft UGSR gegründet haben. Die CNSLR-Fratia ging also aus den alten gewerkschaftlichen Kadern hervor. Fratia war dennoch ein deutlich pro-westlich ausgerichtete Organisation, die anfänglich massive Unterstützung durch die US-amerikanische Gewerkschaftsbewegung erhielt. Ebenfalls 1990 gründete sich die christlich orientierte Gewerkschaft CNS Alfa Cartel. Ein Jahr später wurde der „Nationale Block der Gewerkschaften“ BNS gegründet. BNS war, orientiert man sich an westeuropäischen Maßstäben, sozialdemokratisch ausgerichtet. Aufgrund unüberbrückbarer Differenzen zwischen den beiden Führern der CNSLR-Fratia gründete der spätere Premierminister und Bürgermeister von Bukarest Victor Ciorbea 1994 die Gewerkschaftskonföderation CSDR. Auch diese Organisation ist ein christlich orientierter Dachverband. Die beiden Bünde CSDR und Alfa Cartel sind Mitglied im christlichen Weltverband der Arbeit, BNS und CNSLR-Fratia sind Mitglied im IBFG. Die der christlich orientierten Gewerkschaftsbewegung verbundene

nen Gewerkschaftsverbände Alfa Cartel und CSDR stellen in Rumänien die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer (mit 501.000 beziehungsweise 100.000 Mitgliedern); Fratia hingegen hat 250.000 und BNS 150.000 Mitglieder. Dass die rumänischen Mitglieder im Weltverband der Arbeit eine besonders wichtige Rolle spielen, macht auch die Tatsache deutlich, dass der letzte Kongress der Weltorganisation der christlichen Gewerkschaften im Oktober dieses Jahres in Bukarest stattfand.

Schlussbemerkung

Die Entwicklung der Gewerkschaften in der Balkan-Region verlief sehr unterschiedlich und war in verschiedenster Weise durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und andere Krisen – z.B. in Albanien der Zusammenbruch des Staates – geprägt. Dennoch lässt sich ein grobes Grundmuster nachzeichnen. In fast allen Staaten gibt es den dominierenden und an Mitgliedern starken Dachverband, der aus der alten Staatsgewerkschaft hervorgegangen ist. Ob es sich hierbei um reale Mitglieder handelt die sich auch als Teil der Gewerkschaft und ihrer Organisation verstehen, darf bezweifelt werden. Im Vergleich zu den neu gegründeten Gewerkschaften, die sich oftmals auch als gesellschaftliche Opposition verstanden haben, verfügten und verfügen die alten Verbände auch heute noch über eine ausgebaute innergewerkschaftliche Infrastruktur und mehr oder weniger funktionierende Administration. Die größten Teile des Vermögens der alten Staatsgewerkschaft befinden sich in den Händen der Nachfolgeorganisationen. Die neu gegründeten Gewerkschaften sind dagegen wesentlich stärker auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Das macht sie politisch angreifbar als „vom Ausland bezahlte Agenten“. Außerdem werden oftmals die Mitgliedsbeiträge für die ehemaligen Staatsgewerkschaften direkt durch die Betriebsleitungen vom Lohn abgezogen. Über diesen bedeutenden „Vorteil“ verfügen die in den neunziger Jahren gegründeten Gewerkschaften in der Regel nicht. Die Mitgliedschaft in einer neuen Gewerkschaft setzt ein gewisses Maß an Eigeninitiative, Aktivität und Mut voraus. Der Austritt aus dem bestehenden Verband (und in der Regel waren 99 % der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert) und das Bekenntnis zu einem neuen, häufig in Opposition zur Regierung stehenden Verband sind ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für

die Stärkung der oppositionellen Gewerkschaftsorganisationen.

Wenn sich zu den organisatorischen Schwächen und den internen Auseinandersetzungen um den Kurs der Gewerkschaft noch eine zu enge Bindung an eine bestimmte politische Kraft (wie z.B. bei der bulgarischen Podkrepa) addiert, ist zumindest eine Schwächung, wenn nicht gar die Spaltung unvermeidlich. In Kroatien und Serbien haben sich die Verbände SSSH und UGS Nezavisnost mit einer öffentlichen Unterstützung bestimmter Parteien lange Zeit zurück gehalten. In beiden Fällen haben sie aber bei den letzten Parlamentswahlen (Kroatien 1999 und Serbien 2000) mit der Unterstützung eines Parteienbündnisses Erfolg gehabt und aktiv geholfen, die Regime des Franjo Tudjman bzw. Slobodan Milošević zu stürzen. Die neuen Regierungen haben allerdings nur in sehr unterschiedlichem Maße die Forderungen der Gewerkschaften umgesetzt. Die Politik einer nur begrenzten Hilfe für ein Parteienbündnis schützt die Gewerkschaften offensichtlich davor, von ihren Mitgliedern vollständig mit der oftmals folgenden restriktiven Sparpolitik der Regierungen, die ihre Versprechungen nicht einlösen können, identifiziert zu werden. Im Falle des ehemaligen rumänischen Premierministers Victor Ciurbea und seiner Gewerkschaftskonföderation CSDR dürfte der dramatische Verlust von Mitgliedern – neben anderen Faktoren – auch auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass die Gewerkschafter die Sparpolitik der Regierung auch dem ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden anlasten.

Eine zu enge Anlehnung der Gewerkschaften an politische Parteien hat also in der Regel den Gewerkschaften geschadet. Sie wurden mitverantwortlich für die Politik der Regierungen gemacht, denen sie die Steigbügel gehalten haben. Besonders augenfällig ist dies im Fall der Podkrepa in Bulgarien. In der Mehrzahl der Fälle haben sich die neu gegründeten oppositionellen Gewerkschaftsorganisationen deutlich an ebenso neu gegründete oppositionelle Parteien gebunden. Sie vertrauten nicht ausschließlich auf ihre Kraft als Gewerkschaften, sondern suchten sich Bündnispartner in der Politik, während die mehr oder weniger reformierten ehemaligen Staatsgewerkschaften nicht nur in der Öffentlichkeit auf Distanz zu den im alten System herrschenden Parteien gingen.

Fast allen Gewerkschaften jedoch gemein ist, dass sie in den letzten zehn Jahren einen deutlichen politischen Bedeutungsverlust erfahren haben.



express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

Abgetreten? Texte zu
und aus Theorie & Praxis
der internationalen
ArbeiterInnenbewegung

Alternativlos?
Elemente & Strategien
einer gewerkschaftlichen
Anti-Konzessionspolitik

Absurd? Perspektiven jenseits
betrieblicher & nationaler
Standortpolitik

Ausgedient? Nachrichten vom
'Waren-Leben im Falschen'
im »Betriebsspiegel«

Anachronistisch?
Berichte über nationale &
internationale Arbeitskämpfe

Antiquiert? Aktuelle
Entwicklungen zwischen
Normalarbeit und
Arbeitsnormalität

Antizyklisch? Debatten und
Kommentare zur Politik der
Ökonomie

- ☐ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
- ☐ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (gg. Vk.)

Name

Straße

Ort

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

Die Osterweiterung aus der Perspektive des Europäischen Gewerkschaftsbundes

von Peter Seideneck

■ Der EGB bekennt sich zur raschen Erweiterung der EU. Dabei versucht er die soziale Dimension der weiteren Integration Europas zu gewährleisten. Daher hat er die Gewerkschaften der Beitrittsländer in seine Strukturen integriert und eine enge Zusammenarbeit mit ihnen etabliert. ■

Das bedeutendste politische und soziale Projekt Europas seit dem 2. Weltkrieg

Für den Europäischen Gewerkschaftsbund¹ ist die bevorstehende Erweiterung der EU von herausragender politischer und historischer Bedeutung. Zum ersten Mal in der europäischen Geschichte haben die Völker des Kontinents die Chance, sich auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu vereinigen: Demokratie, Menschenrechte, sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt. Gleichzeitig können dauerhaft Frieden und Stabilität gesichert werden. Die Ereignisse auf dem Balkan zeigen, dass dies auch in Europa immer noch nicht selbstverständlich ist.

Darüber hinaus ist die Erweiterung unter strategischen Gesichtspunkten und bei langfristiger, interessenbezogener Betrachtung eine Voraussetzung zur Sicherung des europäischen Sozialmodells. Ohne eine erfolgreiche Integration der Demokratien Ost- und Mitteleuropas kann das Risiko nicht ausgeschlossen werden, dass gewissermaßen vor den Toren der Europäischen Union konkurrierende neo-liberale Modelle entstehen, die das intern bereits unter Druck stehende EU-Sozialmodell zusätzlich gefährden würden. Bei aller Kritik, welche die Gewerkschaften an die Adresse der europäischen Politik zu richten haben – insbesondere die Zögerlichkeit, mit der transnationale Arbeitnehmerrechte in die europäische Gesetzgebung aufgenommen werden – darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das europäische Entwicklungsmodell zunehmend zu einer positiven Referenz im Rahmen der Globalisierung wird.

Die fundamentalistischen Globalisierungskritiker karikieren die europäische Integration zu Unrecht als ein lediglich Kapitalinteressen verpflichtetes Projekt und lehnen es deshalb grundsätzlich ab. Die Realität ist eine andere: Das europäische Projekt ist die weltweit einzige regionale Vereinigung von Nationalstaaten, die mehr als nur die Bildung eines gemeinsamen Marktes zum Ziel hat. Die Europäische Union verfolgt das komplexe Projekt einer weitreichenden Integration, gemeinsamer Politiken und der Bildung transnationaler und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Wenn auch soziale Interessen nicht an der Spitze der Prioritätenliste der europäischen Politik stehen und mühsam durchgesetzt werden müssen, so enthält die europäische Integration dennoch erhebliche Potentiale für die Fortschreibung der sozialen Dimension, die von den Gewerkschaften erkannt und genutzt werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist es für den Europäischen Gewerkschaftsbund von essentieller Bedeutung, eine aktive Rolle im Prozess der Erweiterung zu spielen und dies auf der Grundlage klarer und gemeinsamer Positionen. Dazu gehört zuallererst die Arrondierung des eigenen Organisationsbereiches.

Die Position des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Der EGB ist keine kontinentale Regionalorganisation, sondern er ist der konstante Versuch, spezifische Arbeitnehmerinteressen in der Europäischen Union zur Geltung zu bringen. Das bedeutet: Ihm können nur Gewerkschaften aus Ländern angehören, die entweder der EU angehören oder auf dem Wege in die Union sind.² Dieses Prinzip schließt auf absehbare Zeit die Mitgliedschaft von Gewerkschaften aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (mit Ausnahme der baltischen Staaten, die Beitrittskandidaten sind) aus.

Ein zweites Element unterscheidet den EGB von traditionellen regionalen oder internationalen Gewerkschaftsorganisationen: Der EGB ist eine pluralistische Einheitsgewerkschaft, die alle Strömungen der europäischen Gewerkschaftsbewegung unter ihrem Dach vereint, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit (oder Nichtzugehörigkeit) zu internationalen Gewerkschaftsbünden. Die gelegentliche Sorge, es könnten sich im EGB gewissermaßen politische Fraktionen herausbilden, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil ist es dem EGB ge-

Peter Seideneck, langjähriger Mitarbeiter der internationalen Abteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist zur Zeit Berater des Generalsekretärs des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

lungen, die andernorts noch fortbestehenden Friktionen zwischen den verschiedenen traditionellen Strömungen weitgehend zu überwinden. Diese Konfiguration des EGB war eine wichtige Voraussetzung für die Integration der neuen und reformierten Gewerkschaften der Beitrittsländer.

Der EGB-Erweiterungsprozess begann im Jahre 1991 mit der Gründung eines informellen Forums für Zusammenarbeit und Integration, mit dessen Hilfe weit gefächerte Kontakte geknüpft werden konnten. Die damalige latente Auseinandersetzung über die Reformfähigkeit der Nachfolgeorganisationen der Regimegewerkschaften und die Konfrontation zwischen diesen und den alternativen Gewerkschaften wich relativ schnell einer pragmatischen, sich an den Realitäten orientierenden Politik. Die Begegnung der verschiedenen gewerkschaftlichen Tendenzen im Rahmen des EGB erleichterte sicherlich die Überwindung einer Reihe von Konflikten. Vor allem die Auseinandersetzung über Anteil und Nutzungsrechte am gewerkschaftlichen Altvermögen belastete die zwischengewerkschaftlichen Beziehungen. Auch diese Probleme sind mittlerweile fast vollständig gelöst, auch mithilfe der guten Dienste des EGB.

Auf seinem Luxemburger Kongress (1991) passte der EGB seine Satzung der neuen Lage an und ermöglichte den Gewerkschaften Ost- und Mitteleuropas als Beobachter dem EGB beizutreten.³ Mittlerweile gehören alle repräsentativen Gewerkschaften der Beitrittsländer dem EGB als Vollmitglieder an.⁴ Der Mitgliedsbeitrag für diese Organisationen beträgt 25 Prozent des Vollbeitrages⁵, ein Satz, der wahrscheinlich bis zum nächsten Kongress des EGB im Jahre 2003 aufrechterhalten werden kann. Stellt man in Rechnung, dass das Beitragsaufkommen aus Osteuropa weitgehend für den Erweiterungsprozess eingesetzt und nicht zur allgemeinen Finanzierung des EGB verwendet wird, dann ist dies eine nicht zu unterschätzende materielle Solidarität mit den Gewerkschaften der Beitrittsländer.

Gleichzeitig hat der EGB schrittweise seine Arbeitsmethoden an die Erfordernisse der EU-Erweiterung angepasst. Von 1995 bis 2000 wurde ein Trainerprogramm realisiert, das es den Mitgliedsverbänden ermöglichte, jeweils für einige Monate Mitarbeiter nach Brüssel zu entsenden. Sowohl das Europäische Gewerkschaftsinstitut wie auch die Europäische Gewerkschaftsakademie und die Agentur des EGB für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz stellten Experten aus den Beitritts-

ländern ein oder schlossen Kooperationsverträge. Die seit 1994 bestehende Arbeitsgruppe Erweiterung (Mitglieder aus allen EU- und Beitrittsländern) befasst sich fortlaufend mit den zentralen Themen der Erweiterung, tagt ausschließlich in den Beitrittsländern und arbeitet auch in den Sprachen der Beitrittsländer. Nach anfänglicher Zurückhaltung hat sich die Beteiligung der Gewerkschaften aus den EU-Mitgliedsländern signifikant erhöht, so dass die Arbeitsgruppe zunehmend in die Lage versetzt wurde, auch zu umstrittenen Fragen (Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Beteiligung der osteuropäischen Mitgliedsorganisationen am EU-Sozialdialog) konsensfähige Beschlüsse der Führungsgremien des EGB (dem Präsidium des EGB gehören seit dem Kongress in Helsinki zwei osteuropäische Vorsitzende an) vorzubereiten. Seit Anfang 2001 beschäftigt das EGB-Sekretariat einen osteuropäischen Soziologen, der u.a. für die Koordinierung der Süd-Ost-Europaarbeit zuständig ist.

Die paternalistische Einstellung, mit der manche Westgewerkschaften an die Zusammenarbeit mit ihren ost- und mitteleuropäischen Partnern gingen, hat sich eher als Hindernis denn als Motor für eine positive gewerkschaftliche Entwicklung erwiesen und wurde vom EGB ausdrücklich abgelehnt. Die Vorstellung, man könne mit einer Inflation von Studienreisen, Projekten und Seminaren die gewerkschaftliche Welt in Osteuropa sozusagen in Ordnung bringen und Rezepte und Modelle aus dem Westen transferieren, schafft eher Probleme als dass sie welche löst. Die beste Form der Unterstützung ist die Entwicklung von Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und die Vernetzung von Kompetenzen.

EU-Erweiterung: Eine Angelegenheit nur der Regierungen?

Die meisten osteuropäischen Regierungen betrachteten anfangs die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union als eine „intergouvernementale“ Angelegenheit. Dies hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert, nicht zuletzt deshalb, weil die Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen, Medien und die öffentliche Meinung den Beitrittsprozess „veröffentlichlichten“. Mit Hilfe des EGB haben die Gewerkschaften der Beitrittsländer seit 1996 ständige Arbeitsgruppen zur Integration gebildet, die jeweils von einem hauptamtlichen Sekretariat, das aus dem Haushalt des EGB finanziert wird, betreut

werden. Sie haben vor allem folgende Aufgaben: Informationsbeschaffung und -wertung, Erarbeitung von Konzepten und Politikvorbereitung. Die Koordinatoren sind untereinander vernetzt und treffen sich regelmäßig. Hervorgehoben werden muss, dass diese Arbeitsgruppen auch zur Verbesserung der nicht immer spannungsfreien Beziehungen zwischen den Gewerkschaften eines Landes beitragen.

Bedingung für die finanzielle und sachliche Unterstützung der nationalen Arbeitsgruppen ist, dass alle Mitgliedsorganisationen des EGB an ihnen beteiligt sind.⁶ Zwar ist die Beteiligung der Gewerkschaften am Erweiterungsprozess nach wie vor verbesserungsbedürftig, doch hat sich ihre Position den nationalen Regierungen gegenüber durch die Stetigkeit ihrer Arbeit nachhaltig verbessert. Die EU-Kommission ihrerseits sucht das Gespräch und die Bewertung der Sozialpartner der Beitrittsländer und trägt damit zur Stärkung ihrer Position im nationalen Rahmen bei.

Für eine zügige Erweiterung

Erstaunlich, wenn auch nicht unerwartet, ist die Diskrepanz zwischen der historischen Dimension und dem tatsächlichen Verlauf der Erweiterung. Die Anfangseuphorie der Politik (noch zu Beginn der neunziger Jahre wurde den Osteuropäern von führenden westeuropäischen Politikern eine reibungsfreie und schnelle Mitgliedschaft bis spätestens zum Jahr 2000 in Aussicht gestellt) ist einer tagespolitischen Nüchternheit gewichen, die keineswegs immer auf der Höhe der Zeit ist.

Die begrenzte Fähigkeit der Regierungen der EU-Staaten ihrerseits die Bedingungen für die Erweiterung zu schaffen, zeigt sich an den mageren Ergebnissen des Nizza-Gipfels ebenso wie am Ausgang des irischen Referendums (die Tatsache, dass ein Fünftel⁷ der Wahlbevölkerung eines Landes den gesamten Prozess blockieren kann, sollte kritische Fragen an die Rechtsverfassung Europas veranlassen). Natürlich müssen die Verhandlungen sorgfältig und verantwortungsbewusst geführt werden, aber die immer noch sehr vagen Hinweise auf mögliche erste Beitrittsdaten nehmen dem Prozess seine Dynamik und mindern die öffentliche Zustimmung in West und Ost.

Für den EGB haben dabei zwei Gesichtspunkte Vorrang:

1. Die erste Erweiterung muss so stattfinden, dass die Bürger dieser Länder an den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament (2004) teilnehmen können.
2. Die Länder, die nicht zur ersten Bei-

trittsgruppe gehören werden, dürfen nicht abgekoppelt werden, sondern brauchen zusätzliche und besondere Unterstützung für die unumgänglichen Reformen. Das muss auch besonders gezielte und verstärkte Aktivitäten des EGB einschließen.

Erweiterung fast zum Nulltarif – eine verbreitete Illusion

Der EGB hat von Anfang an darauf verwiesen, dass die Dimension der Erweiterung und die damit verbundenen Aufgaben einen über den Rahmen des bisherigen Haushaltes der EU und die Agenda 2000 deutlich hinausreichenden Finanzaufwand erfordern und rechtfertigen. Dazu hat sich die Politik bislang nicht geäußert. Die bisherigen Erweiterungen der EU können mit den Osterweiterungen nicht verglichen werden: Für die Umstellung zentral kontrollierter Staatswirtschaften gibt es in der Wirtschaftsgeschichte kein Beispiel – für das Gegenteil schon. Wenn man die Aufwendungen für die deutsche Einheit – Ende noch nicht in Sicht – mit denen für die Herstellung der europäischen Einheit vergleicht, dann werden die finanziellen Dimensionen deutlich.

Bei den Berechnungen für die Kosten der Erweiterung wird gern übersehen, dass auch die Beitrittsländer erhebliche Aufwendungen zur Vorbereitung des Beitritts aufzubringen haben. Und schließlich haben bislang vor allem die Mitgliedsstaaten der Union wirtschaftlichen Nutzen aus der Öffnung der Märkte gezogen: nicht nur im Investitionsgüter-, sondern auch im Konsumgüterbereich sind deutliche Handelsbilanzüberschüsse zu verzeichnen, die sich auch positiv auf die Beschäftigung ausgewirkt haben.

Modell Europa: Sozialer Dialog und soziale Beziehungen

Der soziale Dialog und geregelte Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen sind Kernstück des europäischen Sozialmodells und Bestandteil des Verhandlungskatalogs im Erweiterungsverfahren. In allen Mitgliedsländern der Union gibt es ausgebaute, funktionierende und in ihrer Qualität vergleichbare soziale Beziehungen; auf der Ebene der EU gibt es einen im EU-Vertrag verankerten sozialen Dialog, der es den anerkannten europäischen Sozialpartnern ermöglicht, Verträge z.B. über die Arbeitsbedingungen miteinander abzuschließen.

Diese Kollektivverträge werden nach den Vorgaben des Vertrages zu europäischem Recht und damit Teil des EU-Rechtsbestandes, der von den Beitrittsländern übernommen werden muss. Für den EGB bedeutet dies, dass die Sozialpartner der Beitrittsländer über ihre europäischen Spitzenorganisationen an künftigen Verhandlungen beteiligt werden sollten. Dazu hat die Exekutive des EGB im Dezember 2000 einen einmütigen Beschluss gefasst.

Was den Sozialdialog in den Beitrittsländern angeht, so besteht in einigen Fällen Nachbesserungsbedarf. Der Sozialdialog kann nicht allein durch den Aufbau formaler dreigliedriger Strukturen mit Inhalt gefüllt werden – er braucht Kompetenzen und muss einen Verhandlungsrahmen bieten. Der EGB dringt deshalb darauf, dass bei den laufenden Verhandlungen die Substanz des Sozialdialogs überprüft wird und nicht allein die Form. Besondere Probleme stellen sich in dieser Hinsicht in Ungarn und zunehmend auch in Bulgarien. Die ungarische Regierung hat den tripartiten (sozialpartnerschaftlichen) Rat zum Interessenausgleich – der strukturell bereits vor dem Systemwandel bestand – aufgelöst und an seine Stelle eine Vielzahl von Foren gestellt, die den Sozialdialog – so wie er in der EU verlangt wird – behindern und verwässern. Dies hat zu Problemen bei den Beitrittsverhandlungen geführt und die Kommission veranlasst, ein besonderes Monitoringsystem einzurichten.

Strategisch ist für die europäische Gewerkschaftsbewegung die Entwicklung europäischer industrieller Beziehungen von herausragender Bedeutung. Die nationalen Regelungspotentiale nehmen ab und zwingen die Gewerkschaften, ihre Tarif- und Vertragspolitik schon auf mittlere Sicht über die Grenzen hinaus zu orientieren. Dabei geht es um zweierlei:

1. Die Tarifpolitik in den Mitgliedsländern muss verstärkt über den Austausch von Informationen und gemeinsame Strategien koordiniert werden, was nicht auf gleiche, aber auf gleichgerichtete tarifpolitische Ziele hinausläuft.
2. Insbesondere im Bereich der Arbeitsbedingungen und der vertraglichen Gestaltung atypischer Arbeitsverhältnisse (Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, Telearbeit), aber auch in europäisch regelungsfähigen sozialpolitischen Bereichen (Elternurlaub) sind transnationale Verträge, die in geltendes nationales Recht übernommen werden müssen, unerlässlich, um soziale Mindeststandards EU-weit durchzusetzen. Das liegt auch im unmittelbaren Interesse der Gewerkschaften der Beitrittsländer, denn so kann das mit der Nichtregulierung solcher Arbeitsverhältnisse verbundene Sozialdumping verringert werden.

Freizügigkeit für Arbeitnehmer – ein unbestreitbares Grundrecht

Der EU-Vertrag sieht vier Grundfreiheiten vor: die Freizügigkeit für Waren, Geld, Dienstleistungen und Arbeitnehmer. Insbesondere die Freizügigkeit für Arbeitnehmer wird in der Öffentlichkeit, aber auch in den Gewerkschaften strittig diskutiert.

Zweierlei muss vorausgeschickt werden:

1. Freizügigkeit für Arbeitnehmer bedeutet nicht, dass jedermann in einem EU-Land seiner Wahl Aufenthalt nehmen und Zugang zu den sozialen Sicherungs- und Unterstützungssystemen hat. Er/sie braucht einen legalen Arbeitsplatz.
2. In der öffentlichen Debatte und in einigen Medien werden Schwarzarbeit, illegale Zuwanderung und die Asylproblematik mit der Freizügigkeit für Arbeitnehmer in Zusammenhang gebracht. Das ist nicht nur eine unzulässige Vermischung verschiedener Problemfelder, sondern gleichzeitig auch der Stoff, aus dem populistische und rechtsradikale Demagogen ihre Kampagnen zusammenbauen.

Der EGB hat in sorgfältiger Interessenabwägung mit seinen Mitgliedsorganisationen aus Ost und West eine Position erarbeitet, welche die folgenden Aspekte in Rechnung stellt:

- Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer ist eine Grundfreiheit, die nicht ohne weiteres ausgesetzt werden kann.
- Eine präzise Voraussage über die Wanderungsbewegungen ist nicht möglich; alle in den Verhandlungen vertretenen Positionen werden mit wissenschaftlichen Prognosen untermauert, die einander widersprechen.
- Probleme für die Arbeitsmärkte in den grenznahen Regionen und in Deutschland und Österreich können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Daraus abgeleitet hat der EGB die folgende Position: Wenn Übergangsfristen für die Freizügigkeit unumgänglich sind, dann müssen sie so kurz und so flexibel wie möglich gestaltet sein. Für die grenznahen

Gewerkschaften – Kern der Opposition

von David Mandel

Regionen müssen außerdem unterstützen die infrastrukturelle, beschäftigungs- und wirtschaftsfördernde Programme realisiert werden. Gleichzeitig müssen die interregionalen Gewerkschaftsräte, die an (fast) allen Grenzen bestehen, ein eigenes Monitoring aufbauen, um rechtzeitig Risiken zu erkennen und unnötigen Konfrontationen zwischen Gewerkschaften durch stetige Zusammenarbeit vorzubeugen.

Der nun vorgelegte Vorschlag der Kommission (zwei Jahre nationale Regelungen, drei Jahre Übergangszeit, mit einer zweijährigen Verlängerungsoption) ist aus der Sicht des EGB im Prinzip akzeptabel. Nachdem Schweden und Dänemark bereits erklärt haben, auf jegliche Übergangsfristen zu verzichten, ist klar, dass der Vorschlag der Kommission einen ausreichenden Handlungsspielraum ermöglicht. Realistischerweise muss davon ausgegangen werden, dass insbesondere Österreich und wahrscheinlich auch Deutschland die längstmögliche Übergangsfrist (sieben Jahre nach Beitritt) in Anspruch nehmen werden.

Die EU-Kommission ist aufgefordert, eine länger anhaltende Informationskampagne in Ost- und Westeuropa (mit spezifischen regionalen Schwerpunkten) durchzuführen, um aufzuklären und zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen. Vorauseilende Panikmache sollte dabei aus dem gewerkschaftlichen Repertoire verbannt werden.

■ Die Gewerkschaftsbewegung in Belarus ist der Kern der Opposition gegen die Herrschaft Präsident Lukašenkos. Sie will dessen autoritäres Regime stürzen, ohne aber das Land dem internationalen Kapital auszuliefern. Denn trotz aller Schwierigkeiten ist die soziale Lage in Belarus besser als in Russland und der Ukraine. ■

Einleitung

Belarus ist die kleinste der drei überwiegend slawischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Mit einer Bevölkerung von ca. zehn Millionen (ein Fünftel der Ukraine und ein Fünfzehntel Russlands) und einem Territorium, das dreimal so groß ist wie Belgien und die Niederlande zusammen, existierte Belarus für die westlichen Medien nicht, bis sich die „Internationale Gemeinschaft“ (die reichen, kapitalistischen Länder) begannen, sich um die Demokratie dort Sorgen zu machen.

1996 reduzierte Präsident Aleksandr Lukašenko, in einem unblutigen Putsch, der nachträglich durch ein Referendum legitimiert wurde, das Parlament auf einen rein symbolischen Status und etablierte eine absolutistische Präsidentenherrschaft. Obwohl autoritärer, unterscheidet sich dieses Regime nur wenig von dem Russlands oder der Ukraine. Das Missfallen der westlichen Regierungen scheint mindestens im gleichem Maß durch Lukašenkos Zurückweisung der Wirtschaftspolitik des Internationalen Währungsfonds – der IWF hat auch alle Darlehensanträge Belarus zurückgewiesen – und durch seine Förderung der politischen und ökonomischen Integration mit Russland hervorgerufen zu sein wie durch die Sorge um die Demokratie.

Die progressivste Arbeiterbewegung

Abgesehen davon ist Belarus durch eine Arbeiterbewegung, die bei der Überwindung des bürokratischen Vermächtnisses und des untergeordneten Status der Sowjetperiode am weitesten fortgeschritten ist, einzigartig in der ehemaligen „Sozialistischen Welt“. Es ist das einzige Land des ehemaligen kommunistischen Blocks, in dem die Arbeiterbewegung die Hauptkraft der politischen Opposition bildet. Mit einem Gewerkschaftsmandat war Vladimir Gončarik, Präsident des vier Millionen Mitglieder starken

David Mandel unterrichtet Politikwissenschaften an der Universität von Quebec in Montréal und ist Ko-Direktor der Schule für Arbeiterdemokratie in Russland

- 1 Der EGB wurde 1973 gegründet und umfasst alle repräsentativen Gewerkschaftsbünde aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union und den Beitrittsländern. Zentrale Aufgabe des Bundes ist die Vertretung der sozialen Interessen seiner Mitglieder im Rahmen der Europäischen Union.
- 2 Oder aus Ländern, die wie Norwegen, Island und die Schweiz durch Verträge eng mit der EU verbunden sind.
- 3 Ohne Verpflichtung zur Beitragsleistung, mit Teilnahme- und Rederecht in der Exekutive.
- 4 Der polnische OPZZ, der bislang noch nicht dem EGB angehört, wird wahrscheinlich Ende 2001/Anfang 2002 aufgenommen werden.
- 5 Vollbeitrag: 4,2 Belgische Francs pro Mitglied und Jahr.
- 6 Dies trifft auf die Länder zu, in denen mehr als ein Gewerkschaftsverband dem EGB angehört: Ungarn (6), Rumänien (4), Bulgarien (2), Litauen (2 beobachtende und 2 nicht angeschlossene Partnerorganisationen), Estland (2).
- 7 Unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung.

Gewerkschaftsverbandes BFTU, der Kandidat der demokratischen Kräfte und Lukašenkos Hauptgegner bei den Präsidentschaftswahlen am 9. September 2001.

Die beiden größten Industriegewerkschaften, die Gewerkschaft der Arbeiter der Auto- und Landwirtschaftsmaschinenindustrie, ASMB (143.000 beschäftigte Mitglieder – seit 1991 um ein Drittel zurück gegangen) und die Gewerkschaft der Radio- und Elektronikarbeiter, REP (70.000 Mitglieder, um drei Viertel gefallen) sind die Lokomotiven der Arbeiterbewegung. REP wurde vor allem durch den deutlichen Rückgang der Waffenproduktion sehr geschwächt. Besonders ASMB hat sich stärker als jede andere große Gewerkschaft der ehemaligen UdSSR in Richtung einer unabhängigen, solidarisches und demokratischen Arbeiterorganisation entwickelt.

Günstige objektive Bedingungen

Verschiedene Faktoren haben diese Entwicklung begünstigt. Anders als ihre Kollegen in Russland und der Ukraine hatten die weißrussischen Industriearbeiter bereits Erfahrung im unabhängigen, kollektiven Kampf: die Bewegung von 1989/90 in der Region Gomel, angeführt vom derzeitigen Präsidenten der ASMB, Aleksandr Buhvostov, für Unterstützung der Černobyl-Opfer und der Massenstreik im April 1991, ausgelöst durch verordnete Preiserhöhungen. Großteils erfolgreich wurden diese Bewegungen zur Keimzelle einer Kultur des Widerstands.

Diese Proteste rüttelten auch ASMB und REP durch, die in die neue Periode mit einer nationalen Führung und einer bedeutenden Minderheit von lokalen Führern eingetreten waren, die einer Politik der Klassenunabhängigkeit verpflichtet waren. Auch in jenen Fabriken (es waren die meisten), in denen die Bewegung nicht stark genug gewesen war, um die versöhnlichen Führer zu entfernen, kamen diese unter starken Druck von „unten“. Die konkrete Demonstration der Kraft einer mobilisierten, solidarischen Arbeiterbewegung hinterließ einen bleibenden Eindruck selbst bei den konservativsten Gewerkschaftsführern, wie auch bei Managern und Regierungsbeamten. ASMB und REP bildeten 1992 die Vereinigung der Industriegewerkschaften, die eine starke Kraft für eine unabhängige Gewerkschaftsvertretung innerhalb des ursprünglich ziemlich konservativen belorussischen Gewerkschaftsverbandes BFTU wurde.

Ein weiterer geschichtlicher Faktor war die relative Integrität der weißrussischen

Staatsadministration in der Periode der Stagnation (1968-82), die der Perestrojka vorausging. P. Mašerov, zu jener Zeit Parteiführer in Belarus, ist noch immer eine geachtete Person, nicht nur wegen seiner Redlichkeit, sondern weil die demographischen und ökonomischen Indikatoren signifikant besser waren als jene von Russland und der Ukraine. Um dies zu erklären, verweisen Weißrussen oft auf die mächtige Partisanenbewegung in der Republik zur Zeit des 2. Weltkrieges. Bis in die 1970er Jahre waren die meisten Spitzenbeamten ehemalige Partisanen; als solche galten sie den Menschen näher und prinzipientreuer als der durchschnittliche sowjetische „Nomenklaturtschik“.

Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung waren, wie auch sonst überall, paternalistisch, aber sie waren weniger von Willkür und korrupter Duldung gegenüber höheren Ebenen der Macht gekennzeichnet. Das erlaubte den weißrussischen Arbeitern einen ausgeprägteren Sinn für Würde und eine Fähigkeit zu unabhängigen Aktionen zu entwickeln. Dies sind natürlich nur relative Unterschiede und in den meisten Bereichen teilt Belarus das gleiche geschichtliche Vermächtnis wie Russland und die Ukraine. Sie erklären aber, warum im „ruhigen“ Weißrussland der einzige Generalstreik der Perestrojka stattgefunden hat und warum weißrussische Arbeiter wesentlich weniger Toleranz bei verschleppten Lohnauszahlungen aufbringen als Russen und Ukrainer.

Ein Faktor, der die Reform der ASMB begünstigt, ist die hohe Konzentration der Mitglieder: Ca. 69 % der beschäftigten Mitglieder arbeiten in der Region Minsk und beinahe die Hälfte arbeitet in sechs Betrieben in der Hauptstadt Minsk. Diese hohe Konzentration erleichtert den Informationsfluss und die Koordination, des Weiteren ermöglichte sie die Abschaffung regionaler Komitees, die anderswo eine konservative Rolle spielen. Zusätzlich werden dadurch Ressourcen für die nationale Gewerkschaft frei. Sie erhält in Belarus 15 % der Mitgliedsbeiträge. In Russland und der Ukraine sind es hingegen offiziell 4,5 % und tatsächlich noch viel weniger. Diese bedeutende physische Präsenz der Gewerkschaft im Zentrum der politischen Macht bleibt nicht ohne Eindruck auf die Politiker, die sich der Ereignisse von 1991 erinnern.

Belarus unterscheidet sich von der Ukraine durch das Fehlen einer bedeutenden antirussischen Lobby. Der Nationalismus ist schwach ausgebildet. Obwohl die Unabhängigkeit mehr oder weniger als ein Faktum

des Lebens akzeptiert wird, ist Lukašenkos pro-russische Orientierung sehr populär. Die post-sowjetischen Regierungen von Belarus haben, anders als jene der Ukraine, die ökonomischen Bindungen an Russland, Hauptlieferant von Rohstoffen und wichtigster Absatzmarkt für Produkte, gepflegt und ausgebaut.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen

Ein weiterer Faktor, der die Arbeiterbewegung von Belarus begünstigte, war die Ablehnung der „Schock-Therapie“ als Reformstrategie durch die diversen Regierungen. Das spiegelt die Schwäche der liberalen Kräfte wie auch die Stärke der Industriegewerkschaften wider. Belarus hat die am wenigsten privatisierte Wirtschaft der ehemaligen Sowjetunion. Es hat weder die Ausschachtung noch den groß angelegten Diebstahl staatlichen Eigentums wie in Russland und der Ukraine erfahren. Belarus hat seinen Anteil an Korruption und „Mafia“, aber ihr Ausmaß ist vergleichsweise bescheiden. Ein Führer der ASMB drückte dies so aus: „Sie stehlen nur so viel, wie ihnen Lukašenko erlaubt.“ In Belarus gibt es „neue Weißrussen“, die in großen Villen leben, Mercedes und Jeep Cherokees fahren, die Wirtschaft aber wird vom Staat und nicht von „Oligarchen“ dominiert. Ein Paradoxon dieses Regimes ist, dass es – obwohl es das am offensten diktatorische ist – in den Bereichen, die nicht unmittelbar die Macht Lukašenkos betreffen, mehr Rechtsstaatlichkeit gibt.

Die Wirtschaft ist nicht mehr eine Planwirtschaft nach sowjetischem Muster, der Staat spielt aber im Unternehmensbereich eine aktivere und direktere Rolle als anderswo, indem er selektiv Steuerprivilegien, Befreiung von Währungskontrollen und niedrig verzinsten Darlehen gewährt. Er kontrolliert auch 30 % der Preise (hauptsächlich Konsumgüterpreise) und reguliert die übrigen Preise wie auch die Löhne, deren Erhöhung an eine Steigerung der Produktion gebunden ist. Der Staat kann auch direkt oder indirekt Direktoren von Betrieben ernennen oder absetzen.

Die Regierung hat sich nicht dem Monetarismus verschrieben. Trotz einiger Bemühungen, die Inflation durch Preiskontrollen und Ausgabenbeschränkung einzudämmen, betrug die monatliche Inflation im Jahr 2000 noch immer 5-6 %. Die wichtigsten ökonomischen Prioritäten – nach der Bewahrung von Lukašenkos Macht – waren die Erhaltung und Steigerung der Produktion und der Beschäftigung. Trotz der Abhängig-

keit von Russland, das noch immer in einer tiefen Depression steckt, erzielte Belarus einige relative Erfolge. (In den letzten beiden Jahren gelang Russland dank der Rubelabwertung von 1998 und dem hohen Ölpreis eine Rückkehr zum Wachstum; das BIP bleibt jedoch deutlich unter dem Niveau der Zeit vor der Schock-Therapie 1991/92.) Das BIP zu konstanten Preisen von Belarus betrug im Jahre 2000 89,9 % des Niveaus von 1991; zum Vergleich: Russland erreichte 2000 67,5 % des BIP von 1991 und die Ukraine gar nur 47,3 %.¹ Auch wenn man die geringere Größe der Schattenwirtschaft von Belarus berücksichtigt und die Glaubwürdigkeit seiner Statistiken bezweifelt, bleibt der Unterschied dennoch signifikant. 1998 produzierte Belarus fast dreimal so viele Traktoren wie Russland, während 1991 Russland doppelt so viele wie Belarus produzierte.² Von 1991 bis 2000 fiel die Lastwagenproduktion um 58 % während sie in Russland um 70 % fiel; der Unterschied wäre noch größer, wenn in der Statistik die Kleinlastwagen, die in Belarus nicht produziert werden, nicht berücksichtigt worden wären.³ Die Fahrradfabrik von Minsk arbeitet mit voller Kapazität und kann der Nachfrage, hauptsächlich aus dem Ausland, nicht nachkommen, während die Charkov Fahrradfabrik in der Ukraine, einst das Flaggschiff der sowjetischen Fahrradproduktion, ums Überleben kämpft.

Der Human Development Index der Vereinten Nationen, reihte Belarus im Jahre 2000 an 57. Stelle von 174 Ländern – im Vergleich dazu: Russland befand sich an der 62. und die Ukraine an der 78. Position.⁴ Aber auch die Arbeiter von Belarus entgingen nicht einem dramatischen Rückgang ihres Lebensstandards. Im April 2001 verbrauchten städtische Familien in Belarus 55,8 % ihres Einkommens für Lebensmittel und 40 % der ASMB-Mitglieder lebten an der Armutsgrenze.⁵ Andererseits gab es ein ständiges Wachstum der Reallöhne seit 1996 (mit einer Unterbrechung im Jahr 1998 als Folge des russischen Finanzkollaps). Im Auto- und Landwirtschaftsmaschinen-Bereich, dem bestbezahlten Sektor der Industrie, stiegen die Durchschnittslöhne von 121 % der minimalen Lebenshaltungskosten (1985) auf 184 % (Juni 2000).⁶ Trotz ihrer Armut genossen die Arbeiter in Belarus eine relative ökonomische Sicherheit. Insbesondere kannten sie die enormen Verzögerungen bei Gehaltszahlungen, die Russland und die Ukraine plagten, nicht. Die Anzahl der beschäftigten Mitglieder der ASMB ging zwischen 1991 und 2000 um ein Drittel zurück, während die russischen Gewerkschaften

die Hälfte ihrer Mitglieder verloren und in der Ukraine der Verlust noch größer war. Untersuchungen des Arbeitsministeriums Ende 2000 berichten von 5 bis 8 % Arbeitslosigkeit;⁷ diese Zahlen unterschätzen aber das große Ausmaß der versteckten Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigungssituation hat sich in den letzten Jahren stabilisiert und einige Betriebe nehmen derzeit sogar Arbeitskräfte auf. Die meisten Fabriken sind aber, gemessen an ihrer derzeitigen Produktivität, deutlich überbesetzt. Anders als Russland und die Ukraine stoppte Belarus nie die Ausbildung von Studenten zu Arbeitern und seine Fabriken stellen daher in Relation mehr junge Menschen an.

Das soziale Netz ist deutlich geschwächt, wenn auch nicht so stark wie in Russland und der Ukraine. Die durchschnittliche Pension betrug im Mai 2001 nur 73 % der minimalen Lebenshaltungskosten für Pensionisten und die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung betrug nur 7 % der Durchschnittslöhne.⁸ Die medizinische Grundversorgung ist nach wie vor kostenfrei, aber die Patienten müssen immer öfter für Untersuchungen, Medikamente, Verpflegung in Krankenhäusern und allgemein für eine qualitätsvolle medizinische Versorgung in die eigene Tasche greifen. Für höhere Bildung ist in den meisten Fällen zu zahlen. Nach und nach, wenn auch langsamer als in Russland und der Ukraine, werden Subventionen für Wohnungen, öffentliche Einrichtungen und den öffentlichen Verkehr reduziert. Krankenunterstützungen wurden gekürzt und auch die Anzahl der unterstützten Arbeiterurlaube wurde gesenkt. Andererseits baut der Staat immer noch Wohnungen und bietet Familien billige Kredite an.

Im Großen und Ganzen ist die soziale Situation der Arbeiterschaft in Belarus besser als jene in Russland und der Ukraine. Weniger Arbeiter mussten von ihren Betrieben in die Privatwirtschaft wechseln, wo es keine Gewerkschaften und keine Arbeitsregelungen gibt; jene, die in ihren Betrieben blieben, arbeiten regelmäßiger und ihre Löhne sind öfter ihre einzige oder wichtigste Quelle zur Bestreitung des Lebensunterhalts. Trunksucht, Diebstahl, Gemüsegärten, Zweitjobs im informellen Sektor, alles das existiert, aber auf einem niedrigen Niveau. Diese Rahmenbedingungen haben wichtige Implikationen für das Potential der Arbeiterbewegung.

Repression

Andererseits müssen sich die Arbeiter in Belarus stärker vor politischer Repression fürchten. Die Regime von Belarus,

Russland und der Ukraine kann man als „samtene Diktaturen“ bezeichnen: absolutistische Präsidentenregime mit formaler demokratischer Verbrämung, in denen die Parlamente größtenteils nur eine dekorative Rolle spielen. In keinem dieser Länder hat die Bevölkerung substantiellen Einfluss auf die Politik. Alle drei Regierungen kontrollieren die elektronischen Medien (Lukašenko blockiert nicht das russische Fernsehen, das ihn häufig kritisiert) und die meisten Printmedien, aber sie tolerieren in unterschiedlichem Ausmaß eine oppositionelle Presse. Es gibt überzeugende Beweise, dass Lukašenko und Kučma, Präsident der Ukraine, in die Ermordung von Oppositionellen verwickelt sind.⁹ Putin ist nicht mit solchen Vorwürfen konfrontiert, aber sein Gebrauch des Staatsterrors gegenüber der Bevölkerung von Tschetschenien ist ausreichend dokumentiert. Von diesen drei Regimes bemüht sich Lukašenko am intensivsten, die Arbeiter zu kontrollieren. Teilweise deshalb, weil sich der Staat direkter für die Ökonomie verantwortlich fühlt und dadurch auch anfälliger für den Druck der Arbeiterschaft ist. Es ist aber auch eine Antwort auf die Stärke der Gewerkschaften oder zumindest auf deren vermutetes Potential.

Die ernsthafteste Form der Repression ist das Verschwinden oder die Verhaftung von Oppositionellen unter Korruptionsanklage. Dies ist zwar kein Massenphänomen und hat bis jetzt die Gewerkschaften noch nicht betroffen, es hat aber den Effekt der Einschüchterung aller. Andere, direkt gegen die Gewerkschaften gerichtete Maßnahmen sind die lange Wartezeit für die Anmeldung legaler Streiks (sechs Wochen bis drei Monate), die Überwachung der Gewerkschaftsführer und -aktivisten durch die Polizei und abschlägige Bescheide für Demonstrationen in der Innenstadt. Ein Dekret aus dem Jahr 1999 verlangte eine Neuregistrierung sozialer Organisationen und politischer Parteien unter neuen, restriktiven Bedingungen. Unter anderem mussten Gewerkschaftsmitglieder eigenhändige Zustimmungserklärungen für das automatische Abführen ihrer Mitgliedsbeiträge von ihren Löhnen abgeben. Das Dekret traf die alternativen Gewerkschaften, die mit der nationalistischen, pro-westlichen Belorussischen Volksfront verbunden und sehr schwach sind, am härtesten und entzog der Belorussischen Assoziation der Industriegewerkschaften den legalen Status.

Die Regierung versucht die Gewerkschaften auch durch die Betriebsverwaltungen zu kontrollieren. Wenn Arbeiter sich aktiv am politischen Protest beteiligen, wer-

den die Direktoren darauf hingewiesen, dass sie ihren Job verlieren würden, wenn sie ihre Bediensteten nicht auf Linie halten können. An der Kugellagerfabrik in Minsk ging der Direktor so weit, dass er die Arbeiter früher nach Hause schickte, damit sie nicht an einer nationalen Demonstration, die am Ende der Schicht angesetzt war, teilnehmen konnten (der Trick gelang nicht). Der Direktor der Landwirtschaftsmaschinenfabrik in Gomel setzte Prämienzahlungen für jene Werkstätten aus, deren Gewerkschaftsführer sich an einem politischen Protest beteiligt hatten und forderte schließlich deren Austausch. Die Regierung schuf auch die Position eines Assistenz-Direktors für Information an allen großen Betrieben, um angeblich die Arbeiter über die Regierungs- und Managementpolitik zu informieren. In Wirklichkeit sind sie jedoch Regierungsspione, die offen an Gewerkschaftsversammlungen und Bildungsveranstaltungen teilnehmen.

In letzter Zeit hat die Regierung die Direktoren insgeheim ermutigt, keine Gewerkschaftsbeiträge auf die Konten der Gewerkschaften mehr zu überweisen, um speziell die höheren Gewerkschaftsebenen unter Druck zu setzen. Als sich die Gewerkschaftswahlen im Herbst 2000 näherten, übte die Regierung Druck auf die Direktoren aus, um sicherzustellen, dass geeignete Delegierte zu den Gewerkschaftskongressen entsandt wurden, die gegen die der Regierung unangenehmsten nationalen Führer, einschließlich Buhvostov und Gončarik, stimmen sollten. Es wurde auch, teilweise durch die Androhung von Entlassungen, Druck auf die lokalen Gewerkschaften ausgeübt, sich aus den nationalen Strukturen auszugliedern, um sie leichter kontrollieren zu können. Bis jetzt haben die Belorussische Metallurgiefabrik und Integral (ein großer Elektronikbetrieb in Minsk) dem Druck nachgegeben. Die Regierung führte auch eine öffentliche Verleumdungskampagne gegen die Gewerkschaftsführer, in der sie unter anderem als Diebe und Trinker abqualifiziert wurden.

Lukašenkos Misserfolg bei der Entfernung von Buhvostov (er wurde im Jahr 2000 mit 182 Stimmen gegen 60 für den Regierungskandidaten wieder gewählt) und Gončarik, zeigt seine Grenzen – bis jetzt zumindest – bei der Unterdrückung der Gewerkschaften auf. Die Regierung machte auch einen Rückzieher bei ihrem Versuch drakonische Disziplinargesetze und individuelle Arbeitsverträge einzuführen. Die Gewerkschaften gewinnen immer noch Gerichtsverfahren in Angelegenheiten wie ungerechten Entlassungen, Verletzung lokaler und nationaler Kollektivvertragsvereinba-

rungen und Versäumnissen des Managements bei der Überweisung von Gewerkschaftsbeiträgen.

Bedeutende Herausforderungen stehen bevor

Die Arbeiterbewegung in Belarus steht im Vergleich zu anderen gut da, aber bedeutende Herausforderungen – und nicht nur durch Lukašenkos „samtene Diktatur“ – stehen noch bevor.

Ein Problem ist die Schwierigkeit, die Massen zu mobilisieren. Protestdemonstrationen während der letzten fünf Jahre (es gab wenige legale Streiks, aber verstreute wilde Streiks sind insbesondere bei der ASMB häufig), sogar wenn die Forderungen hauptsächlich ökonomische sind, ziehen in der Hauptstadt kaum mehr als 30.000 Personen an, meist deutlich weniger.

Eine weitere noch ungelöste Frage ist die Unabhängigkeit der Gewerkschaften. Obwohl die Arbeiterbewegung als Ganzes ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat etabliert hat, trifft das nicht auf die Beziehungen zum Management zu. (Dieses Problem existiert in unterschiedlichem Ausmaß in den Arbeiterbewegungen aller Länder.) Nicht einmal ASMB hat Managementpersonal, selbst solches aus den höchsten Ebenen, von der Gewerkschaft ferngehalten. Nach einer Schätzung des nationalen Vizepräsidenten haben sich nur etwa 20-30 % der größeren lokalen Gewerkschaften von der Vormundschaft durch das Management befreit. Die Situation in anderen Gewerkschaften ist im Allgemeinen noch viel schlechter. Die nationale Führung der ASMB hat wegen ihrer Konzentration auf den Kampf gegen die Regierung die Beziehungen zur Unternehmensleitung nicht zu ihrer Priorität gemacht. Tatsächlich hat sie Direktoren gegen staatliche Schikanen öffentlich verteidigt, eine Position, die einen bestimmten politischen Sinn machen kann, die aber die Konfusion unter den Arbeitern über ihre eigenen Interessen im Gegensatz zu denen des Managements verstärkt.

Dieses Problem ist mit einer anderen, noch schwierigeren Herausforderung für die Gewerkschaften verbunden. Obwohl sie die Regierungspolitik scharf kritisieren, fehlt ihnen ein eigenes, in sich geschlossenes Wirtschaftsprogramm, das den Mitgliedern eine glaubhafte Alternative sowohl gegenüber Lukašenko als auch gegenüber der vom Westen geforderten neo-liberalen Politik („Schock-Therapie“) anbieten könnte. Das Fehlen einer solchen Alternative – die zu-

gegebenermaßen nicht selbstverständlich für ein Land wie Belarus ist – macht die Aufgabe der Gewerkschaften noch schwieriger, die Arbeiter für eine aktive Opposition gegen die Regierung zu gewinnen.

Die Arbeiter werden in zunehmendem Maße der Inkompetenz Lukašenkos und seines autoritären Führungsstils müde. Sie haben aber auch Vorbehalte gegenüber Gončariks Programm, dem jegliche Strategie fehlt, wie man dem enormen Druck des internationalen Kapitals und dessen staatlichen Repräsentanten im Falle eines Sturzes Lukašenkos standhalten kann. Ein Sieg Gončariks wäre ein Schlag gegen die Diktatur gewesen, aber er wäre keine Garantie dafür gewesen, dass nicht Lukašenko durch die Diktatur des „Freien Marktes“ ersetzt werden würde; so zerstört das internationale Kapital Hoffnungen des Volkes. Schließlich ist das ein Szenario, das sich in vielen Ländern während der letzten Jahre wiederholt hat – von Südafrika bis Mexiko.

Im Augenblick ist diese Frage jedenfalls hinfällig, denn Lukašenko behauptet bei den Präsidentschaftswahlen einen Erdrutschsieg mit 80 % der Stimmen errungen zu haben. Die Wahlkampagne war offenkundig unfair und das Ergebnis offensichtlich falsch, aber die starke Unterstützung Lukašenkos am Land hätte ihm wahrscheinlich dennoch einen Wahlsieg garantiert, allerdings in geringerem Ausmaß. Eine Meinungsumfrage im August ergab, dass nur weniger als ein Drittel der Befragten bereit wäre, sich aktiv an Protesten gegen die Wahlfälschung zu engagieren, obwohl nur wenige, die Gončarik wählen wollten, glaubten, dass die Wahlen korrekt stattfinden würden. Neben der Angst vor Repressionen war die Unsicherheit über die Alternative das Haupthindernis für eine umfassendere Mobilisierung.

- 1 Statistical Abstract, Interstate Statistical Committee of CIS, Moskau, S. 13.
- 2 Goskmostat, Belarus i Rossija, Moskau, 1999, S. 85.
- 3 Statistical Abstract, Interstate Statistical Committee of CIS, Moskau, S. 116.
- 4 Zerkalo nedeli, (Kiev) 7.7.2001, S. 4.
- 5 BFTU, Novosti, Nr. 6, 1.6.2001, S. 34; ASMB, Materjali 3-go s'ezda, 2000, S. 12.
- 6 Internes Dokument der ökonomischen Abteilung der ASMB, 1999.
- 7 Economist Intelligence Unit, Belarus, März 2001, S. 16.
- 8 BFTU, Novosti, Nr. 6, 1.6.2001, S. 33.
- 9 Nezavissimaja gazeta, 15.6.2001.

Aus dem Englischen von Walther Binder.

Zwischen Willfährigkeit und Unabhängigkeit

Interview mit Vladimir Zlenko, Direktor der ukrainischen Schule für Arbeiterdemokratie und ehemaliger Präsident (1991-1999) der Gewerkschaft der Ukrainischen Automobil- und Agrarmaschinenindustrie (ASMU).

Das Interview führte David Mandel in Černigov im Juni 2001.

Mandel: Was sahen Sie als Präsident der ASMU als Ihre wichtigsten Aufgaben an?

V. Zlenko: Zuallererst mussten wir damals eine nationale Gewerkschaft ins Leben rufen, es gab vorher noch keine. Danach wurde damit begonnen diese Gewerkschaft als eine demokratische, kämpferische Organisation, welche die Interessen der Arbeiter vertritt, zu profilieren. Trotz einiger Fortschritte ist die Gewerkschaft aber noch weit von ihrem Ziel entfernt.

Mandel: Wie sah die Gewerkschaft aus, die das alte System hinterlassen hatte?

V. Zlenko: Im Gegensatz zu den meisten anderen Sowjetrepubliken hatte die ukrainische Gewerkschaft keinen eigenen Rat. Unsere regionalen Räte waren daher direkt der Gewerkschaftszentrale in Moskau unterstellt, und wenn wir an Treffen des Zentralrates des ASM teilnahmen, repräsentierten wir nur unsere eigenen Regionen. Niemand vertrat die Ukraine als solche.

So waren wir am Beginn nicht geeint. Als wir 1989 den „Rat der Präsidenten der regionalen Gewerkschaften“ gründeten, wurden dessen Entscheidungen oft einfach ignoriert – besonders wenn es darum ging, die Mitgliedsbeiträge aufzuteilen. Beim Gründungskongress unserer nationalen Gewerkschaft im Jänner 1991 verweigerten anfänglich vier Regionen die Zustimmung zur Gründungserklärung. Wir mussten also die regionalen Gewerkschaften und die Einzelgewerkschaften vereinen, die Mitglieder sollten sich mit der nationalen Gewerkschaft identifizieren können. Dieses Etappenziel wurde schließlich mehr oder weniger erreicht, innerhalb eines Jahres waren alle Regionen beigetreten. Dennoch haben wir noch einen weiten Weg vor uns, wenn wir jene Solidarität herstellen wollen, die für ein gemeinsames Handeln notwendig ist.

In der Sowjetunion haben die Gewerkschaften nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Sie waren der „Transmissionsriemen“ der Regierung und der Bürokratie, die Funktionäre waren bloße Befehlsempfänger. Es gab keine Demokratie, daher konnte keine wirkliche Solidarität zwischen den Arbeitern oder zwischen einzelnen Gewerkschaften entstehen. Ich habe die gesamten zehn Jahre als Präsident damit verbracht, die Gewerkschaft zu einer echten Organisation der Arbeiter zu machen, und habe mein Ziel nur teilweise erreicht. Ich glaube, dass es noch lange dauern wird, sollte es nicht zu einer spontanen Mobilisierung der einfachen Mitglieder kommen, was aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht sehr wahrscheinlich ist.

Eines der Themen, das sowohl praktischen als auch symbolischen Charakter hat, ist die Mitgliedschaft von Managern in der Gewerkschaft. Ich habe mich sehr bemüht, die Mitglieder und Funktionäre davon zu überzeugen, dass die Vertreter der Unternehmerinteressen keinen Platz in der Gewerkschaft haben. Ich habe es nicht geschafft, die Gewerkschaft von der Notwendigkeit des Ausschlusses von Managern zu überzeugen. Ich habe erst gar nicht versucht Manager, die bereits Mitglied waren, auszuschließen, sondern forderte lediglich, die Neuaufnahme von Mitgliedern aus der Unternehmensleitung zu verhindern. Ich konnte allerdings eine Änderung des Gewerkschaftsstatuts dahingehend durchsetzen, dass die Vertreter der Arbeitgeber nicht für Arbeiter verhandeln und keine gewählten Gewerkschaftsposten innehaben durften. Dank unserer Initiative wurde dies zwei Jahre später Gesetz. Natürlich ist da die Definition von „Vertretern der Arbeitgeber“ sehr eng: Nur Manager, die direkt vom Besitzer eines Unternehmens bestellt werden, sind betroffen. Ich hätte eine Auswei-

tung auf das gesamte Management, vom Direktor bis zum Vorarbeiter, bevorzugt.

Wir haben lange über diese Definition diskutiert, aber unsere Gewerkschaftsführer wollten nicht einmal so weit gehen. 1999 gab es auf der Regionalkonferenz von Zaporoz'e einen Streit darüber, ob die Gewerkschaft der Agrarmaschinenfabrik in Berdjansk legal gehandelt hatte, als sie einen der Werksdirektoren zum Delegierten zu unserem Nationalkongress im Jahr 2000 gewählt hatte. Der Vizepräsident der regionalen Gewerkschaftsföderation von Zaporoz'e stand auf und sagte: „Was redet ihr da? Das Gesetz muss ja erst noch formuliert werden. Wenn ihr es so interpretiert, werden wir bald keine Direktoren mehr in unserer Gewerkschaft haben. Wie sollen wir dann mit ihnen zusammenarbeiten?“ Dann ergriff der Werksdirektor selbst das Wort und erklärte, es sei sein gutes Recht, Delegierter zu sein. Dieser Standpunkt wurde vom Plenum bestätigt. Mein ehemaliger Stellvertreter und heutige Präsident der ASMU, V. Dudnik, war auch anwesend, hat aber nichts unternommen, um die Verfassung der Gewerkschaft zu verteidigen. Obwohl ich bereits vom Amt des Präsidenten zurückgetreten war, warnte ich Dudnik, dass ich beim Kongress den Ausschluss des Werksdirektors verlangen würde, falls dieser käme. Er kam aber nicht.

Dudnik war eine Enttäuschung. Als Vizepräsident hatte er seine opportunistische Haltung verheimlicht. Es gab in den Regionen Funktionäre, die meinem Standpunkt näher standen als er und die mir nachfolgen hätten können, aber die Armut zwang uns, jemanden zu wählen, der bereits in Kiev lebt. Wir haben keine finanziellen Mittel, um dem Präsidenten eine Wohnung zu bezahlen!

Ein zweiter Schwerpunkt meiner Arbeit war die Demokratisierung der Gewerkschaft. Die einfachen Mitglieder sollten ihre Vertreter frei wählen und deren Tätigkeit auch kontrollieren können. Unser größtes Problem ist im Moment, dass sich die Vorsitzenden einzelner Gewerkschaften ihrem Arbeitgeber unterwerfen. In der Regel bringt ein Werksdirektor seinen Kandidaten für den Vorsitz des Betriebsrates durch. Dafür gibt es mehrere Gründe, die unter anderem auch mit unserem historischen Erbe zu tun haben. Der Hauptgrund ist aber, dass unsere Fabriken entweder geschlossen oder kaum ausgelastet sind. Da ist es schwer, eine Gewerkschaftskonferenz zu organisieren. Nehmen Sie die Automobilfabrik von Zaporoz'e, die offiziell 15.000 Arbeiter beschäftigt, tatsächlich aber still-

gelegt ist. In kleineren Firmen ist es natürlich noch schwieriger, eine Versammlung zu organisieren. So werden Konferenzen zu rein formalen Angelegenheiten: Ein kleines Häufchen erklärt sich zur Gewerkschaftskonferenz und ernennt einen Verhandler, der dann einen Kollektivvertrag ausverhandelt. Das ist eine weit verbreitete Praxis. Was für eine Art von Demokratie und Mitbestimmung kann man unter solchen wirtschaftlichen Bedingungen erwarten?

Mandel: *Wie stark war der Mitgliederchwund seit der Gründung Ihrer Gewerkschaft?*

V. Zlenko: Zu Beginn hatten wir 525.000 Mitglieder, heute sind es 220.000. Davon sind 40.000 Pensionisten, die nicht mehr im Berufsleben stehen; weitere 20.000 sind Schüler und Studenten technischer Schulen. Aber selbst von den restlichen 160.000 Mitgliedern, die einer Beschäftigung nachgehen, sind viele teilzeitbeschäftigt oder arbeiten in Fabriken, in denen nur sporadisch gearbeitet wird. In anderen Gewerkschaften ist die Situation noch dramatischer: In der Gewerkschaft der Radio- und Elektronikarbeiter (REP), die meinem Standpunkt am nächsten steht, ist die Mitgliederzahl von 700.000 auf 140.000 gefallen.

Diese Arbeiter haben die Gewerkschaft nicht verlassen, um einer anderen beizutreten. Sie haben allesamt ihre Fabriken verlassen, um in kleinen Betrieben im neuen privaten Sektor sowie im Kleingewerbe zu arbeiten, und generell um so gut wie möglich zu überleben. Aber selbst für die, die noch in den Fabriken beschäftigt sind, stellt der Lohn nicht mehr die Hauptquelle ihrer Subsistenz dar. In letzter Zeit wurden die Löhne zwar wieder regelmäßig und in Geld ausbezahlt, aber sie reichen zum Überleben nicht aus. In der Autofabrik hier in Černigov beträgt der Durchschnittslohn 250 Grivnjas (ca. 50 US-\$). Höher qualifizierte Arbeiter verdienen vielleicht 400, aber auch das ist ein lächerlicher Betrag. Dies ist eine mittelgroße Stadt, aber alle Leute haben ihren Gemüsegarten und züchten Hühner und Hasen. In Städten wie diesen haben die Menschen noch starke Verbindungen zum Dorf. Die Arbeiter helfen ihren Verwandten beim Bestellen des Landes und sie leben von dem, was sie anbauen.

Mandel: *Welche Beziehung hatten Sie zur Föderation der Ukrainischen Gewerkschaften (FTU)?*

V. Zlenko: Ich sehe die Hauptaufgabe einer Gewerkschaftsföderation darin, die Arbeiterbewegung zu vereinen und gemeinsam für ihre Ziele zu kämpfen. Die FTU tut das aber nicht. Einer der Hauptgründe dafür ist ihr Präsident Stojan. Um es unmissverständlich auszusprechen: Er ist ein Karrierist und seine Interessen haben nichts mit den Zielen der Arbeiterbewegung zu tun. Stojan ist von Beruf Historiker und war Assistent des ersten Präsidenten der Ukraine, Kravčuk, als er zum Präsidenten der Gewerkschaftsföderation gewählt wurde. Sie wundern sich vielleicht, wie eine solche Person zum Gewerkschaftsvorsitzenden gewählt werden kann – ich wundere mich genauso darüber. Aber viele hohe Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten lieber eng mit der Regierung zusammen als mit den Mitgliedern ihrer eigenen Gewerkschaften. Sie verbünden sich zu ihrem eigenen Vorteil mit den Spitzenpolitikern in Kiev und in den Regionen, meiden aber den Kontakt zu den Arbeitern und unternehmen keine Versuche, sie zu organisieren oder zu mobilisieren.

Das erklärt, warum Stojan wieder gewählt wurde. Beim zweiten Mal hatte er mehr Konkurrenz, unter ihnen auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der uns nahe stand und den wir auch unterstützt haben. Der Kongress war aber in der besten bürokratischen Tradition organisiert und hatte eher den Charakter einer Show. Die Delegierten waren vorher genau gefiltert und ausgewählt worden. Ich habe eine Reihe von Änderungsanträgen zum Gewerkschaftsstatut gestellt, sie wurden alle abgelehnt.

Ein anderes heikles Thema ist der immense Besitz der Gewerkschaft, nur der Staat besitzt mehr. Dazu gehören Feriendörfer, Sportanlagen, Hotels, Bürogebäude. All diese Dinge wurden ausgegliedert, wobei sich die Gewerkschaftsföderation die besten Stücke genommen hat. In Kiev vermietet sie Büroräumlichkeiten für 25-30 US-\$ pro Quadratmeter und gibt ihren Teilgewerkschaften keine Rechenschaft über ihre Einnahmen. Während es den nationalen und regionalen Gewerkschaften also überall an Geld fehlt, floriert die Föderation, obwohl sie von den Teilgewerkschaften nicht viel erhält. Stojan lässt sich von der Föderation nicht einmal ein Gehalt ausbezahlen, da er ja auch als Parlamentsabgeordneter fungiert – was übrigens eine klare Verletzung des Statuts darstellt. Aber Stojan hat sechs Sekretäre, drei Chauffeure und eine Dienstwagenflotte.

Beim letzten Kongress habe ich vorgeschlagen, die Anteile des Gewerkschaftseigentums zwischen den Einzelgewerkschaften aufzuteilen, die dann die Dividenden erhalten würden und dadurch ihrer im Statut festgeschriebenen Verpflichtung, die Föderation finanziell zu unterstützen, nachkommen könnten. Die Kollegen aus allen anderen Gewerkschaften stimmten begeistert zu, zuerst... Dann mischten sich Stojans Leute ein und plötzlich änderten alle ihre Meinung. Natürlich spielten ihre persönlichen Interessen dabei eine wichtige Rolle. Die Vorsitzenden der Gewerkschaftssektionen sind am Gewinn, den die Immobilien abwerfen, beteiligt. Unsere Gewerkschaft erhält allerdings wegen ihrer oppositionellen Haltung gegenüber Stojan nichts.

Mandel: *Sie waren während der letzten beiden Jahre als Direktor der ukrainischen Schule für Arbeiterdemokratie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig. Wer finanziert diese Einrichtung und was sind ihre Ziele?*

V. Zlenko: In diesem Jahr werden wir von der kanadischen Automobilarbeitergewerkschaft finanziert, einer Gewerkschaft, die eine wirkliche „Kultur der Auseinandersetzung“ entwickelt hat, der ich mich sehr verbunden fühle. Sachunterstützung bekommen wir auch von progressiven regionalen und lokalen Gewerkschaften, besonders AMSU und REP. Unser Ziel ist es, die einfachen Mitglieder zu organisieren und zu mobilisieren. Bevor das nicht gelungen ist, wird es keine Veränderung innerhalb der Gewerkschaften geben.

Als Präsident der ASMU habe ich mir oft die Frage gestellt, ob ich – zusammen mit anderen Gleichgesinnten – die Föderation verlassen soll und mich den alternativen Gewerkschaften anschließen soll. Ich habe bei unseren lokalen und regionalen Organisationen vorgefühlt und wenig Unterstützung für diese Idee gefunden. Nur Vechinkin, der regionale Vorsitzende von Charkov, der am häufigsten meine Positionen unterstützt hatte, signalisierte Interesse. Einige wären bereit gewesen, die FTU zu verlassen, wollten aber in den regionalen Föderationen bleiben. Auch diese Option haben wir diskutiert, da wir auf diese Art wenigstens den opportunistischen Weg der Föderation nicht mittragen hätten müssen. Ol'chovec, der Präsident der REP, hat mich damals nicht unterstützt; heute meint er, ich hätte nicht zurücktreten sollen, da er heute auch bereit wäre, die Föderation zu verlassen. Allein will er diesen Weg aber

(Fortsetzung nach dem Dossier)

Serbien 2001: Schwierigkeiten eines verspäteten Neubeginns

von Mladen Lazić

■ **Der verspätete Transformationsprozess in Serbien hat noch viele Hürden zu überwinden: die ungelöste Statusfrage Kosovos und Montenegros, die enormen wirtschaftlichen Probleme, die Schwäche der Gewerkschaften und Konflikte innerhalb der neuen Regierung. Dennoch scheint aber eine völlige Abkehr vom Reformkurs unwahrscheinlich.** ■

Mladen Lazić ist Professor für Allgemeine Soziologie an den Universitäten Belgrad und Podgorica.

Rückkehr des alten Regimes ausgeschlossen sei. In diesem Fall jedoch könnte es zu einer Wiedererrichtung der gesamten vorhergehenden Ordnung kommen (mit IHM oder ohne IHN).

Die gleiche Denkweise, nur aus der anderen Perspektive, ist bei einer großen Zahl radikaler Kritiker des alten Systems anzutreffen. Ihrer Meinung nach hat das DOS-Bündnis (die Demokratische Opposition Serbiens) seit seiner Machtübernahme zwar mit einigen Veränderungen begonnen, die aber sehr oberflächlich geblieben sind. Mit anderen Worten: Man habe keine einzige Systemreform im Land durchgeführt und werde es auch künftig nicht tun – manchmal hört man auch Behauptungen, dass die schon durchgeführten Veränderungen keine Folge der Reformorientierung der neuen Führung seien, sondern vielmehr notwendige Maßnahmen für ihre Selbsterhaltung, wie z.B. der Kaderwechsel in der Polizei, oder das Ergebnis eines Diktats aus dem Ausland, wie im Fall der Auslieferung Miloševićs nach Den Haag. Aus der langen Liste der Argumente der Befürworter dieser Standpunkte möchte ich nur zwei Beispiele anführen:

1. These:

Es hat sich nichts geändert

Selbst ein Jahr nach dem Fall des Milošević-Regimes kann man eine der am häufigsten im Lande getätigten Beurteilungen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lage in Serbien bzw. Jugoslawien mit folgendem Ausspruch beschreiben, der in letzter Zeit durchs Land kursiert: Alles ist noch beim Alten, nur ER ist nicht mehr da!

Es ist interessant, dass solche Beurteilungen sowohl von den früheren Gefolgsleuten Miloševićs als auch von den Gegnern seines einstigen Regimes gefällt werden. Für die Gruppe der einstigen Unterstützer bedeutet dieser Ausspruch ungefähr Folgendes:

- a. Die Lage habe sich unter der neuen Führung wesentlich verschlechtert, der Hauptgrund liege darin, dass ER (widerrechtlich) an die Feinde im Westen ausgeliefert wurde.
- b. Zweifelsohne sei diese Auslieferung nur die erst Manifestation der Unterwerfung unter die Forderungen, die von der neuen Weltordnung, allen voran den USA, an ihre serbischen Marionetten gestellt werden. (Andere Forderungen würden die Reorganisation der Wirtschaft nach neoliberalen Prinzipien, den Verkauf der erfolgreichsten Firmen an Ausländer, eine bedingungslose Einbeziehung in den Globalisierungsprozess usw. betreffen). Indes scheint logisch, dass:
- c. die Veränderungen, die zur Zeit erfolgen, vorerst nicht ein derart radikales Ausmaß angenommen haben, dass eine

1. Zu einer tatsächlichen Demokratisierung des politischen Systems ist es diesen Kritikern zufolge nicht gekommen, denn es wurde nicht einmal mit der Trennung der Legislative, der exekutiven Gewalt und der Gerichtsbarkeit begonnen. Im Land würden die Parteiführer der derzeitigen Koalition herrschen (vor allem der zwei stärksten Parteien, der Demokratischen Partei DS und der Demokratischen Partei Serbiens DSS), und zwar so, dass ihre informellen Entscheidungen vom Parlament und der Regierung ohne Widerrede angenommen werden (das oberste Gremium der DOS nennt sich bezeichnenderweise Zentralkomitee). Kritiker betonen, dass Reformen des Rechtswesens nicht einmal begonnen haben, und dass die Richter auf die Einhaltung der Parteilinie kontrolliert werden, so dass sie, wie im alten Regime üblich, die Auflagen der Exekutive erfüllen. Eine Kontrolle der Führung von Seiten der Öffentlichkeit ist ebenfalls nicht möglich, da DOS die Medien unter Monopolverwaltung gestellt hat. Eine der häufigsten kritischen Bemerkungen ist, dass die Medien in ihrer Struktur unverändert geblieben sind, denn sie verhalten sich weiterhin untertänig und verteidigen die (neue) Führung, ganz egal, ob sie

sich in privatem oder öffentlichem Besitz befinden.

2. Wenn es sich um den Bereich der Wirtschaft dreht, wird von denen, die von falschen Reformen der DOS reden, das Problem der Eigentümerstruktur angeprangert. Ein wichtiges Argument lautet so: Veränderungen in der Besitzstruktur der serbischen Wirtschaft haben unter Milošević nur ansatzweise begonnen. Auch unter der neuen Führung habe sich nichts wesentlich geändert, weder im Tempo noch in der Methode: Die Veränderungen würden nach dem „russischen Prinzip“ erfolgen, d.h. es kommt zu einer „Mafiawirtschaft“, bestehend aus einem unentwirrbaren Interessensgeflecht von Politik, Geschäftsleuten und Kriminellen. Da das Interesse der Regierung weiterhin darin besteht, dass sich ein kleiner Personenkreis so schnell wie möglich bereichern kann, lässt man die Wirtschaft eher in den Abgrund stürzen, als ihr Wachstum zu fördern, denn ein Zusammenbruch der Wirtschaft stellt einen idealen Nährboden für Korruption dar. Als deutlichsten Beweis für diese These wird auf die Tatsache hingewiesen, dass die Industrieproduktion während der ersten Jahreshälfte konstant gefallen ist. Kritiker sind der Meinung, dass der Westen auf gewisse Weise diese Art der Politik unterstützt, indem er mit gelegentlichen Finanzhilfen ein Überleben des jetzigen Regimes – im eigenen Interesse – ermöglicht. Andererseits hat der Westen aufgrund fehlender Strukturformen und der Kriminalisierung der Wirtschaft nicht einmal begonnen, in Serbien zu investieren (und denkt auch nicht daran). So ist die Wirtschaft ohne ausländisches Kapital einem schnellen und völligen Verfall preisgegeben.

2. These:

Begonnene Veränderungen

Es besteht kein Zweifel, dass viele der angeführten Vorwürfe auf Tatsachen beruhen, wenn auch nicht immer auf derart extreme Weise. Vor allem ist offensichtlich, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens in Serbien nicht mehr dieselben sind wie unter dem Milošević-Regime. Das Land hat die Phase der Alleinherrschaft überwunden und es wird in nächster Zeit auch (vorerst) nicht wieder zu einer solchen Art von Regime kommen. Auch wenn DOS eine Zweidrittel-

mehrheit im serbischen Parlament besitzt, kann keine Rede von einer Diktatur dieser politischen Gruppierung sein. Hier ist nicht so sehr relevant, dass auf der föderalen Ebene DOS mit der ideologisch gegensätzlichen montenegrinischen SNP (Sozialistischer Volkspartei) eine Koalitionsregierung bildet, sondern viel wichtiger ist die Tatsache, dass DOS selbst ideologisch, parteipolitisch und von den vertretenen Interessen her eine heterogene und innerlich zerstrittene Gruppierung darstellt. So kommt es durch die innerkoalitionären Konflikte zu keiner einheitlichen Staatsführung. Dabei treten, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, alle Parteien innerhalb von DOS sowie die Koalition als Ganze für eine Integration Serbiens in die internationale Staatengemeinschaft auf wirtschaftlicher und politischer Ebene ein. Da die neue Führung Wert darauf legt weltoffen zu sein, ist es nur verständlich, dass sie unmittelbaren Einflüssen aus der Nachbarschaft unterliegt, was bedeutet, dass Impulse für eine Demokratisierung und Marköffnung nicht nur von innen, sondern auch von außen kommen werden. Dies bewirkt weiter, dass die Chancen gering sind, dass Serbien wieder vom Weg der postsozialistischen Reformen abkommt (wobei man aber keinesfalls das Tempo und konkrete Formen der Reformen vorhersagen kann).

Natürlich kann man neben den allgemeinen auch zahlreiche konkrete Bereiche aufzählen, in denen Serbien unter der DOS-Regierung in weniger als einem Jahr die Phase der „eingefrorenen Transformation“ unter dem Milošević-Regime überwunden hat. Auch wenn diese Frage bald keine Bedeutung mehr haben wird, so gibt es doch noch unterschiedliche Meinungen bezüglich der genauen Periodisierung des Endes des alten Regimes (diese Frage ist wichtig für die zukünftige kritische Beurteilung des Charakters der Wende). Am 5. Oktober 2000 wurde zwar der Alleinherrscher als Symbol des alten Regimes gestürzt, bis zur Etablierung eines neuen Machtapparates ist aber noch sehr viel Zeit vergangen. DOS besaß bis zu den Parlamentswahlen in Serbien, genauer gesagt bis zum Januar 2001, nicht die richtigen Instrumentarien zum Regieren. Während dieser vier Monate gab es eine Art Übergangsregierung; konkrete Schritte konnten nur im Bereich der internationalen Beziehungen unternommen werden, während die realen Möglichkeiten für den Beginn einer innerstaatlichen Transformation in Serbien erst vor sieben/acht Monaten geschaffen wurden. In der Außenpolitik, wo man zuerst begonnen hat und wo

man sich noch am ehesten einig war, ist auch am meisten erreicht worden. Serbien/Jugoslawien hat den Weg zurück in zahlreiche internationale Organisationen gefunden (UNO, OSZE, bis hin zum Europarat). Es kam zur Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen mit der EU; man muss auch die ersten öffentlichen Diskussionen im Land über den Sinn einer Einbeziehung Jugoslawiens in die Partnerschaft für den Frieden oder sogar in die NATO erwähnen. Als unmittelbare Folge dessen kam es auch zur Befriedung eines des größten Krisenherde des Landes: Mit Hilfe des Westens gelang ein Friedensabkommen mit den aufständischen Albanern im Süden Serbiens, womit ihren Guerillakämpfen Einhalt geboten werden konnte.

Wenn von institutionellen Veränderungen die Rede ist, muss man zunächst die Wirtschaft erwähnen. Dort sind wesentliche Schritte auf monetärem und steuerrechtlichem Gebiet unternommen worden, vor kurzem ist auch ein (neues) Privatisierungsgesetz verabschiedet worden. Im monetären Bereich war einer der ersten Schritte die Verselbständigung der Narodna Banka Jugoslavije (deren Führung von einem Experten der Nichtregierungs-Gruppe G 17, d.h. von einer unparteiischen Persönlichkeit übernommen wurde), die zu einer unabhängigen Institution wurde. Damit wurde sofort die primäre Geldemission für politische Zwecke eingestellt, womit eine der Hauptursachen für die Inflation an der Wurzel gepackt wurde, was zu einer Stabilisierung des Dinarkurses geführt hat. Der Wechselkurs von 30 Dinar für eine Deutsche Mark ist praktisch während der letzten neun Monate gleich geblieben. Die Devisenreserven des Landes sind um das Zweieinhalbfache vergrößert worden. Die Inflation betrug während der letzten sechs Monate etwas über 20 %, was um ein Vielfaches geringer ist als im selben Zeitraum des Vorjahres. Folglich kam es auch zu einem enormen Ausgleich der Preisdisparitäten, vor allem auf dem Energiesektor (bis Jahresende wird die Inflation die vorgesehenen 35 % überschreiten und etwa 40 % erreichen). Auf steuerrechtlicher Ebene ist es ebenfalls zu bedeutenden Veränderungen gekommen: Das Steuersystem wurde größtenteils dem im Westen üblichen Mehrwertsteuer-System angeglichen. Das Staatsbudget wird ganz nach Plan und auf transparente Weise aufgefüllt – und wieder geleert! Alle Nutznießer werden aus realen Quellen finanziert (aus dem Budget oder durch ausländische Finanzhilfe), das Defizit wird kontrolliert und ist gedeckt (durch

Kredite des Weltwährungsfonds, der Weltbank usw.). Das Privatisierungsgesetz wurde nach monatelangen Verhandlungen in weiten Expertenkreisen verabschiedet, wobei Erfahrungen anderer Reformländer genauestens untersucht wurden. An Stelle einer schnellen Privatisierung nach dem „russischen“ Modell wurde ein Konzept der Ausschreibung und des Auktionsverkaufs erarbeitet, nach dem der Staat in einem begrenzten Zeitraum (bis zu vier Jahren) versuchen wird, Käufer für größere Firmen zu finden. Der Staat wird auch an ihren Restrukturierungen teilnehmen, um ihre Markttauglichkeit zu gewährleisten. Der Verkauf kleinerer Betriebe sollte viel schneller erfolgen.

Im Sozialwesen ist die neue Regierung mit einer katastrophalen Situation konfrontiert. Das Durchschnittseinkommen in Serbien betrug im Jahr 2000 93 DM, die Arbeitslosenrate lag bei etwa 30 %, die Firmen arbeiteten mit einer Kapazität von unter 40 % (was heißt, dass unter den Beschäftigten zahlreiche fiktive zu finden sind). Vorigen Oktober hatte man einen Winter ohne grundlegende Energieversorgung erwartet. Die Energieversorgung war wegen der NATO-Angriffe des Vorjahres weitgehend zerstört, die Schäden waren nur teilweise und provisorisch beseitigt worden. Ein weiterer Grund lag aber auch in den während der vergangenen zehn Jahre vernachlässigten Wartungsarbeiten. Außerdem verfügte der Staat nicht über ausreichende Geldmittel für den laufenden Bedarf an Importen von Erdöl und Erdgas, wie auch für die Rückzahlung von Krediten für frühere Importe. Dennoch verlief der Winter für die Bevölkerung relativ glimpflich, was den zahlreichen ausländischen Lieferungen von Strom sowie Ersatzteilen für die Energieproduktion und den Stromtransfer zu verdanken ist, die somit Reparaturen und Wartungsarbeiten wieder ermöglichten. Daneben wurden Erdöl und Erdgas geschenkt (ebenso Finanzmittel für deren Ankauf), und die serbische Regierung erhielt Gelder für die Auszahlung von noch ausstehenden Pensionen und Gehältern im öffentlichen Dienst (Kultur, Gesundheitswesen, Gerichtswesen usw.) sowie zur Unterstützung aller benachteiligten Bevölkerungsschichten.

Diese „Geschenke“, die man als „Belohnung“ für den Sturz von Milošević erhalten hat, sollten als grundlegende Voraussetzungen für drastische Strukturformen dienen. Selbstverständlich sind zur gesamten Unterstützung auch zahlreiche noch weiter reichende Versprechen, beginnend

beim Wiederaufbau der zerstörten Donaubridgen bis hin zum Erlass eines Großteils der Auslandsschulden, die über 15 Milliarden USD betragen, mitgeliefert worden – so geschehen etwa auf der Geberkonferenz, auf der von fast 1,3 Milliarden USD die Rede war. Von all dem ist erst sehr wenig ins Land gelangt. Aus diesem Grund sowie infolge der Steuerreformen und des Endes der inflationären Finanzierung staatlicher Großbetriebe aus dem Budget u.ä. stagniert der Lebensstandard der Bevölkerung auf niedrigem Niveau, denn der Anstieg der Durchschnittsgehälter der Erwerbstätigen im Juni dieses Jahres auf 163 DM wurde durch den Preisanstieg – vor allem der grundlegenden Lebenserhaltungskosten – praktisch kompensiert. Das Ende der Subventionen für staatliche Betriebe aus dem Budget führte zu einem Rückgang der Industrieproduktion im ersten Halbjahr 2001 um 2,4 % (im Vergleich zum selben Zeitraum im Jahr 2000). Die Restrukturierung von Großbetrieben wird zur Folge haben, dass zahlreiche Arbeitnehmer ihre Arbeit verlieren, die zwar gering entlohnt wurde, dennoch eine grundlegende Absicherung wegen der Kranken- sowie Pensionsversicherung darstellte. Ein sehr illustres Beispiel wäre die Zastava-Fabrik in Kragujevac, wo allein im Herstellungssektor von ursprünglich 12.000 Beschäftigten weniger als 4.000 ihren Arbeitsplatz nicht verloren haben. Der Großteil der restlichen Arbeiter hat ein von der Regierung vorgeschlagenes Umschulungsprogramm angenommen, während dessen sie den Minimallohn erhalten. Interessanterweise haben die Gewerkschaften dieses Programm ohne größeren Widerstand akzeptiert, und die spontanen Proteste der Arbeiter blieben erfolglos. Der Fall „Zastava“ wird natürlich als Modell für die Restrukturierung eines unrentablen Staatsbetriebes vor seiner Privatisierung betrachtet.

Das alles hat zu einer immer größer werdenden allgemeinen Unzufriedenheit sowie Resignation geführt, weshalb das Vertrauen der Bevölkerung in die DOS bedeutend nachgelassen hat. Umfragen des Zentrums für die Erforschung von Alternativen im Juni 2001 haben ergeben, dass nur noch etwa ein Drittel der Bevölkerung Vertrauen in die DOS hat. Im Vergleich zum Dezember 2000, als der Grad der „Besorgtheit und Ängste über die Zukunft“ auf einer Skala von 1-5 bei einem Wert von 2,44 gelegen war, stieg dieser Indikator im Juni 2001 auf 2,90, dafür sank der „Optimismus“ von 3,61 auf 2,89 und der „Glaube, dass es besser wird“ von 3,78 auf 3,01.

3. Heutige Herausforderungen

Die kürzeste Beurteilung der heutigen Lage in Serbien/Jugoslawien wäre folgende: Das Land befindet sich endlich und unwiderruflich auf postsozialistischem Reformkurs. Jedoch findet dieser Prozess unter Gegebenheiten und Voraussetzungen statt, die nur wenig Optimismus aufkommen lassen. Von einer Vielzahl an möglichen Problemen möchte ich hier nur vier Bereiche erwähnen, in denen meiner Meinung nach die Reformkräfte mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert sind: Staat, Wirtschaft, Gewerkschaften und politisches System. Hier beschränke ich mich auf die institutionellen Faktoren. Eine genauere Betrachtung, für die kein Platz ist, würde unter anderem die Akteure charakterisieren – die Eigenschaften der Elite, die politische Kultur der Bevölkerung, die internationalen Rahmenbedingungen und vieles mehr.

a) Die Schwächen des Staates

Weder die BR Jugoslawien noch Serbien haben die primäre Frage eines zeitgenössischen politischen Gebildes, und zwar die nach dem staatlichen Rahmen, gelöst. Mit Ausnahme des Militärs funktionieren Serbien und Montenegro in allen innerstaatlichen Bereichen wie zwei unabhängige Staaten. Der Bundesstaat erscheint als internationales Subjekt mit Präsident Koštunica und dem Außenminister, wobei Montenegro eigenständige internationale Aktivitäten aufrechterhält, als deren Folge es sich ausländische Unterstützung für seine staatliche Unabhängigkeit erhofft. Das Problem von Montenegro besteht darin, dass die jetzige Führung keinerlei Konsens in Bezug auf Selbständigkeit erreicht hat. Wie meine empirischen Forschungen letztes Jahr ergeben haben (siehe OWG, Nr. 4, 2000), teilt sich die Bevölkerung bezüglich dieser Frage in zwei beinahe gleich große Gruppen. Ein Großteil der Montenegriner ist gegen eine Abspaltung von Serbien, während die Angehörigen der albanischen und muslimischen Minderheit zur Gänze für eine Abspaltung sind. Neben der montenegrinischen ist auch die albanische Frage, die eine der Ursachen der Balkankrise am Ende des 20. Jahrhunderts war, weiterhin ungeklärt. Einerseits hat es Serbien zwar geschafft, den albanischen Aufstand in Südserbien (Preševo-Tal) friedlich zu beenden, andererseits ist aber der Status des Kosovo weiterhin völlig offen. Der Sturz des Milošević-Regimes hat dazu beigetragen, dass sich diese Frage nicht ohne einen offen-

sichtlichen Verstoß gegen geltende internationale Normen lösen lässt. Es ist eindeutig, dass praktisch die gesamte albanische Bevölkerung im Kosovo eine Loslösung von Serbien wünscht, dass sie aber durch keinerlei Abkommen mit der serbischen Führung bis zur Loslösung gelangen wird. Eine Führung in Serbien, die eine Abspaltung des Kosovo akzeptierte, würde nicht lange bestehen, denn sie könnte – auch ohne Berücksichtigung des historischen Rechts und eines erweiterten mythologischen Bewusstseins – die Legitimität einer solchen Entscheidung vor der Bevölkerung nicht rechtfertigen. Die Tatsache muss berücksichtigt werden, dass es zur derzeitigen ethnischen Dominanz der Albaner auf dem Gebiet unter anderem durch die Aussiedlung der nicht-albanischen Bevölkerung aufgrund des jahrzehntelangen Druckes gekommen ist. Derzeit schaut es jedoch so aus, als würde die Idee einer Teilung des Kosovo unter den Serben akzeptiert, während sie für den gestärkten albanischen Nationalismus, der bis vor kurzem so überzeugend von den NATO-Staaten unterstützt worden ist, nicht annehmbar erscheint.

Mit einem Kosovo unter internationalem Protektorat (wie es aussieht für längere Zeit) und einem ungewissen Status Montenegros (für eine gewisse Zeit zumindest) wird jede Art der Systemreform mit kritischen Einschränkungen konfrontiert. Auf politischer Ebene verschlingt der nicht definierte staatliche Rahmen eine Menge Zeit und Einsatz der einzelnen Akteure. Gleichzeitig kann er der permanente Grund für eine populistische Mobilisierung von radikalen, nationalistischen, traditionalistischen u.ä. Kräften des alten Regimes sein. In diesem Sinne kann man die einstige Gleichung, dass ein Kosovo, in dem die serbische Führung die albanischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit niederschlägt, ein ständiges Hindernis für eine Stabilisierung des demokratischen politischen Systems in Serbien sein wird, durch eine neue Facette ergänzen: Ein internationales Protektorat im Kosovo ist ein weiteres Hindernis für die Festigung der Demokratie in Serbien sowie für die Demokratisierung in dieser Provinz. Eine einseitige Abspaltung würde jedoch einen fatalen Schlag gegen die pro-demokratischen Kräfte in Serbien bedeuten. Auf der anderen Seite sind die Ungewissheit um den politischen Rahmen und die Art der politischen Ordnung ein zusätzliches Hindernis für die wirtschaftliche Stabilisierung, zu der es ohne internationale finanzielle Mittel nicht kommen wird. Diese Mittel sind aber

nicht in größerem Ausmaß zu erwarten, solange die politische Instabilität anhält, die vom ungelösten Status des Staates ausgeht. Das jüngste Beispiel Makedonien illustriert diese komplexe Problemlage gut und weitet sie auf einen gesamtregionalen – balkanischen – Plan aus.

b) Wirtschaftliche Schwächen

Eine Reihe diesbezüglicher Schwierigkeiten wurde im Text schon erwähnt. Es ist vor allem offensichtlich, dass die serbische Wirtschaft wegen des jahrzehntelangen radikalen Verfalls (das Niveau wirtschaftlicher Aktivitäten liegt heute nur noch bei 40 % seines Wertes von 1989) ohne größere Einbeziehung ausländischen Kapitals nicht wieder florieren kann. Hieraus folgen mehrere Probleme. Die westliche Wirtschaft befindet sich am Rande einer Rezession, was die Möglichkeiten für mehr Hilfe (Donationen oder Kredite), aber auch für Investitionen verringert. Zusätzlich hat der Westen mit der Beseitigung Miloševićs das politische Interesse an einem besonderen Engagement für diese Region verloren. Wegen der soeben erwähnten instabilen politischen Rahmenbedingungen sind größere Investitionen privater Firmen in Serbien kaum zu erwarten. Innerstaatlich besteht das größte Problem darin, dass dem jahrzehntelangen Prozess des enormen Rückschritts mit keinerlei größeren Strukturreformen begegnet wurde. Was die neue Führung zuerst getan hat, war der Versuch, den Standardempfehlungen von IWF und Weltbank zur Stabilisierung zu entsprechen (bei Wechselkursen, Preisen etc.) sowie eine Korrektur von Preisdisparitäten durch die Verteuerung von Energie, Nahrung etc. vorzunehmen. Dieses Ziel wurde zum großen Teil schon erreicht und wird zweifelsohne im Laufe des nächsten Jahres endgültig verwirklicht. Einen weiteren wichtigen Punkt stellen die vielen Probleme im Zusammenhang mit der Privatisierung dar. Mit dem neuen Privatisierungsgesetz ist der Staat zum Besitzer des gesamten früheren Allgemeingutes geworden, womit die jugoslawische Selbstverwaltung auch formell definitiv abgeschafft wurde.

Staatliche Agenturen werden den gesamten Privatisierungsprozess leiten, der laut Gesetz auf zwei Verkaufsarten, nämlich Ausschreibung und Auktion, beruht. Mit anderen Worten, der Staat übernimmt die volle Verantwortung sowohl für die Arbeit bereits bestehender Unternehmen, von denen die meisten unprofitabel oder nur am Rande profitabel sind (durchwegs mit einem Überschuss an Arbeitskräften, mit ver-

alteter Technologie, ohne Anlagevermögen und mit hohen Schulden usw.), wie auch für die Folgekosten, die auch bei erfolgreicher Privatisierung eines Unternehmens entstehen können (in erster Linie wegen der unumgänglichen Entlassung von überschüssigen Arbeitskräften). Die Hauptschwierigkeit wird darin bestehen, Kaufinteressenten zu finden, von denen es auch für am Markt erfolgreiche Unternehmen nur wenige geben wird, da einerseits im Land Kapital fehlt und andererseits ökonomisch-politische Einschränkungen für größere Investitionen aus dem Ausland bestehen. So kann es leicht passieren, dass der Staat „überlastet“ wird: mit dem Besitz vieler unrentabler Unternehmen, die man nicht loswerden kann; mit einer hohen Arbeitslosigkeit sowie mit Sozialfällen (Arme, Rentner usw.), denen man die Existenz bei Bedingungen äußerst begrenzter Mitteln sichern muss; und schließlich mit einer übertriebenen Regulierungsprozedur, die ökonomisch irrational ist und die Schaffung von Märkten verhindert.

Obwohl die Ministerien der beiden Republiken und der Bundesregierung, die für die Wirtschaft zuständig sind, am aktivsten, am kompetentesten und unter den gegebenen Umständen relativ erfolgreich sind – was sich sowohl im Ausland als auch im Inland in Form von hohen Zustimmungsraten für alle diese Ministerien äußert, wie regelmäßige Erhebungen über das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker zeigen –, ist es schwierig zu erkennen, wie der Rezession während des Umstrukturierungsprozesses, die in allen Transitionsländern während der ersten Reformjahre herrschte, ausgewichen werden kann. Aber für eine Rezession hat Serbien weder einen ökonomischen noch einen politischen Spielraum! Erstens ist die Schmerzgrenze durch die fallenden Lebensstandards wegen der zehnjährigen drastischen Wirtschaftskrise schon längst erreicht, und zweitens wurde der Sturz des Milošević-Regimes durch die feste Überzeugung legitimiert, dass sich die Lebensbedingungen verbessern werden – ein Glaube, der durch die Versprechungen der Länder des Westens bekräftigt wurde. So sieht sich das Land mit der Möglichkeit eines Phänomens konfrontiert, das auch in den anderen Reformländern auftrat und das als „geschäftlicher Wahlzyklus“ – die umgekehrte Variante des politischen Businesszyklus – bezeichnet werden kann: Regierungen, die erfolgreiche Strukturreformen durchführen, scheitern genau an jenen Schwierigkeiten, welche diese Reformen

notwendigerweise begleiten. In Serbien würde sich dieses Phänomen allerdings unter wesentlich schlechteren politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen entwickeln, da marktwirtschaftlich und demokratisch orientierten Reformern radikale nationalistische Strömungen, hervorgegangen aus dem alten Regime und den Problemen, die dieses hinterließ, gegenüberstehen.

c) Die Schwäche der Gewerkschaften

In der Milošević-Ära gab es zwei große Akteure in der organisierten Gewerkschaftsszene. Eine Großzahl der Beschäftigten war Mitglied der Unabhängigen Gewerkschaft – *Samostalni sindikat Srbije* (SSS) –, der Nachfolgerin der ehemaligen staatlichen Gewerkschaft, die als Instrument für die Stützung des Regimes diente: Für Gehorsam bekamen ihre Mitglieder gewisse Privilegien (vor allem Sachleistungen). Auf der anderen Seite stand eine Gruppe von unabhängigen Organisationen unterschiedlicher Größe (die bekannteste unter ihnen war die Gewerkschaft „Unabhängigkeit“ – *Nezavisnost*), die im Allgemeinen weniger Mitglieder zählten. Diese Gewerkschaften waren zumeist nach Branchen strukturiert; ihr Überleben verdankten sie vor allem finanzieller Hilfe aus dem Westen. Diese Hilfe wurde ihnen aufgrund ihrer angeblichen Opposition gegen das bestehende Regime erteilt, obwohl diese Gewerkschaften weder die Mittel (wegen ihrer niedrigen Mitgliederzahl) noch den Willen (wegen der Angst vor Repressalien) hatten, sich in diesem Kampf zu engagieren. Eigentlich waren beide Gewerkschafts-Gruppierungen vor allem an der Beibehaltung der Privilegien ihrer Führungen interessiert.

Der Machtwechsel brachte auch veränderte Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Gewerkschaften mit sich, dennoch hat sich auf diesem Gebiet bis heute nur wenig verändert. Beide Gruppierungen behielten als Grundmotiv ihrer Aktivitäten die Erhaltung der Privilegien ihrer Führungen bei. Da die SSS ihre privilegierte Position im Staat verlor, begann sie (zum ersten Mal!) Streiks zu organisieren. Der Grund dafür ist offensichtlich die Notwendigkeit einer neuen Art der Legitimierung, um die Mitglieder zu behalten, deren Mitgliedsbeiträge die Basis der Finanzierung darstellen und von deren Zahl der Einfluss der Gewerkschaft auf die Gesellschaft abhängt. Bei diesen Aktivitäten agiert die Gewerkschaftsführung aber – aufgrund der fehlenden Erfahrung im Arbeitskampf – sowohl

ungeschickt als auch unehrlich. Sie sieht sich traditionell als Befürworterin der Regierungspolitik und möchte eigentlich diese privilegierte Stellung auch unter der neuen Regierung wiederherstellen. Daher sind diese Streiks der Organisierung und dem Schutz der Interessen der Beschäftigten eher ab- als zuträglich. Der ehemals oppositionelle Teil der Gewerkschaften (u.a. *Nezavisnost*) wiederum fand sich in einem ambivalenten Zustand wieder. Bis Oktober 2000 repräsentierte er sich als Unterstützer der DOS im Kampf gegen das alte Regime, daher nimmt er sich auch jetzt als Verbündeter der Regierung wahr (ein Leiter einer der Anti-Milošević-Gewerkschaften bekam einen Ministerposten in der serbischen Regierung). Da er aber die Interessen der Beschäftigten gegen die Regierung als den wichtigsten Arbeitgeber vertreten muss, organisiert auch er Streiks. Genau so wie die Unabhängige Gewerkschaft tut er das ungeschickt und unehrlich, weshalb die Folgen seines Tuns ähnlich sind.

So kann man sagen, dass das Land die Marktwirtschaft ohne Gewerkschaften, welche die authentischen Interessen der Beschäftigten gestalten und vertreten, aufbaut. Ganz im Gegenteil dienen die bestehenden Organisationen fast ausschließlich als Mittel zur Verteidigung der Interessen der Gewerkschaftsführungen. Die Folge ist nicht nur fehlender Schutz eines Großteils der Bevölkerung vor möglichen Mieterhöhungen, vor der Eliminierung sozialer Rechte usw.; vielmehr wird die äußerst schlechte wirtschaftliche Situation unvermeidlich zu heftigen Auseinandersetzungen in der Wirtschaft führen. Und ohne Organisationen, die sowohl die unmittelbaren als auch die langfristigen Forderungen der Beschäftigten strukturieren würden, können diese Auseinandersetzungen sehr leicht destruktive Formen annehmen, die dann marktwirtschaftliche und demokratische Reformen bedrohen.

d) Schwächen des politischen Systems

Hier werde ich mich auf ein Element des politischen Systems, nämlich die politischen Parteien, beschränken. Eine der wichtigsten Konsequenzen des Scheiterns der Opposition zu Beginn der 1990er Jahre (wie in den anderen postsozialistischen Staaten) die damalige Regierung bei Wahlen zu stürzen, war das Ausbleiben einer klaren Profilierung der Parteien. Dies zeigte sich unter anderem in:

- der Vielzahl an Parteien in der oppositionellen Szene (es wurden über 90 Par-

teien formiert), von denen keine einzige alleine die führende Sozialistische Partei Serbiens (SPS) bedrohen konnte;

- den ununterbrochenen Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition;
- der unklaren ideologischen Orientierung der Parteien und
- der undeutlichen Grenzlinie zwischen oppositionellen und pro-Milošević Parteien.

Auf der anderen Seite hat das erfolgreiche und lange Verbleiben an der Macht die demokratische Transformierung wenigstens eines Teils der SPS, wie dies bei anderen ehemals kommunistischen Parteien in den post-sozialistischen Ländern der Fall war, verhindert.

Auch der letztendliche Wahlsieg der geeinten Opposition konnte während des vergangenen Jahres keine rasche Klärung in den Reihen der SPS schaffen. Unvorbereitet auf die Wahlniederlage, und später durch die Verhaftung von Milošević ohne Parteiführer geblieben, ist sie sehr stark desorganisiert. Dennoch spielt sie im politischen Leben dank ihrer Vertretung im Parlament (sowohl im serbischen Parlament als auch im Bundesparlament) immer noch eine wesentliche Rolle, auch wenn laut Umfragen die Zahl ihrer Anhänger auf unter 10 % gefallen ist. Ähnlich ist es um ihren ehemaligen Koalitionspartner, die Serbische Radikale Partei (SRS) von Vojislav Šešelj bestellt, welche laut den selben Umfragen noch weniger Unterstützung genießt; der zweite Koalitionspartner der SPS, die Partei der Jugoslawischen Linken (JUL), ist praktisch aus dem politischen Leben ausgeschieden. Dennoch stellen die Ressourcen – Organisation, Finanzmittel und institutionelle Positionen –, über die diese Parteien verfügen, neben ihrer offen ausgedrückten Illoyalität gegenüber der demokratischen Ordnung eine potentielle Gefahr für die Fortsetzung der Demokratisierung dar. In einem Land, in dem wirtschaftliche Schwierigkeiten und ungelöste Staatsfragen herrschen, kann die Bevölkerung bei den nächsten Parlamentswahlen erneut ihre Neigung für irrende eine irrationale Option zeigen.

Die Parteien, welche die DOS-Koalition bildeten, um Milošević zu stürzen, vereinten auf der anderen Seite auch noch das allgemeine Bestreben, den Beginn der Reformprozesse einzuleiten. In allen anderen Fragen aber vertraten diese Parteien unterschiedliche oder sogar gegensätzliche politische Ideen. Laut Koalitionsvertrag sollte nach dem Erreichen des ersten Zieles – dem Regierungswechsel – die Zusammen-

arbeit der Parteien solange fortgesetzt werden, bis starke Institutionen, die für die demokratische und marktwirtschaftliche Transformation unabdingbar sind, geschaffen werden (Reform der Justiz und der Polizei, Pressefreiheit, neue Wahlgesetze, neue Verfassung, Privatisierung usw.). Aber schon lange, bevor die zweite Bedingung erfüllt werden konnte, begann das Koalitionskonglomerat auseinander zu fallen.

Die Ursachen dafür sind in der Verflechtung zweier Faktoren zu suchen. Auf der einen Seite sind dies konzeptuelle Unterschiede: Innerhalb der DOS ist eine Strömung konservativer, nationaler und traditioneller orientiert; angeführt wird sie von der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) von Präsident Koštunica, der allgemein als Mitte-rechts-Politiker positioniert werden kann; die zweite ist pragmatischer, auf rasche Veränderungen eingestellt, sehr stark am Westen orientiert – und zwar so stark, dass sie in ihrem Vorgehen zeitweilig die Grenzen einiger Prinzipien überschreitet; angeführt wird sie von der Demokratischen Partei (DS) des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Đinđić, die sich bemüht, eine Mitte-links-Partei zu sein. Die anderen Koalitionsmitglieder nehmen in der Regel, auch wenn dies nicht nötig ist, eine der zwei Positionen ein. Solche gravierenden Unterschiede in der Konzeption bestanden natürlich auch schon früher, und wenn wir verstehen möchten, warum sie gerade jetzt in derart verschärfter Form auftreten, dass sich die Frage des Weiterbestehens der Koalition aufwirft, müssen wir einen zweiten Faktor ins Spiel bringen: das Bestreben, Anhänger für die nächsten Wahlen zu mobilisieren.

Der Hauptgenerator für diese Auseinandersetzungen innerhalb der DOS ist die DSS, der auf diese Weise eine schwindelerregende Zunahme ihrer Popularität gelang, wie aus Meinungsumfragen hervorgeht. Die Partei hat aufgrund der autoritären Grundhaltung der Bevölkerung, die in großen Massen Koštunica als den neuen nationalen Führer akzeptiert, die Zahl ihrer potentiellen Anhänger im Vergleich zu den Voroktober-Ereignissen fast verzehnfachen können (von ungefähr 4 % der erwachsenen Bevölkerung auf über 30 %). Diese dramatische Zunahme ist für die Parteiführung eine gute Grundlage sowohl für die momentane Umverteilung der Macht innerhalb der Koalition als auch für eine beschleunigte Vorbereitung der Wahlen, aus denen sie aus eigener Kraft zur führenden Partei werden könnte. Auf der anderen Seite kämpft auch die DS, eine vom organisatorischen Aspekt

her stabilere Gruppierung, um verstärkten Einfluss auf die Wähler. Sie versucht sich stärker in den wichtigen Institutionen zu etablieren (im Regierungsapparat, in Staatsunternehmen und den Medien), um damit ihre Ressourcen bedeutsam zu erhöhen.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung innerhalb der DOS birgt zumindest zwei Gefahren, welche in bedeutendem Maße die Reformen der serbischen Gesellschaft bedrohen können. Eine davon ist eher kurzfristiger Natur: Umleitung des Engagements der gesellschaftlichen Akteure – sowohl der Eliten als auch der Bevölkerung – weg von den Reformaufgaben hin in Richtung eines Kräftemessens zwischen den Konfliktgruppen (so hat die DSS seit kurzem begonnen, der serbischen Regierung bei der Reform der Justiz systematisch ihre parlamentarische Unterstützung zu verweigern, wodurch sie die Arbeit des Justizministeriums in Frage stellt). Die andere Gefahr ist längerfristiger Natur: Die Verlangsamung der Reformen, die durch die ständige Denunzierungskampagne der DSS gegen die serbische Regierung, welche die Reformen durchführt, entsteht (Vorwürfe der Korruption, Unfähigkeit, Vernachlässigung nationaler Interessen usw.), kann bei der Bevölkerung angesichts der gegenwärtigen schwierigen Lebensbedingungen zur breiteren Kompromittierung des Reformweges insgesamt führen. In diesem Fall könnte die DSS in ihrem Bestreben, traditionsorientierte Menschen, Menschen mit niedrigerer Bildung, Dorfbewohner, ältere Bürger – welche die Mehrheit in Serbien bilden – für sich zu gewinnen, unerwartete Konkurrenten bekommen.

Diese Konkurrenten wären wahrscheinlich nicht die wiedererstarkten Parteien des alten Regimes (SPS, SRS), sondern die „neuen“ nationalistischen Gruppierungen (z.B. die Partei der serbischen Einheit, die zur allgemeinen Überraschung bei den letzten Wahlen in das Parlament eingezogen ist, und es sieht so aus, als ob die Zahl ihrer Anhänger weiter wächst; möglich ist auch irgendeine ganz neue Organisation).

Trotzdem gibt es bis jetzt auch Gründe für eine optimistischere Perspektive für die bevorstehende Periode in Serbien. Bei den nächsten Wahlen, die im kommenden Jahr stattfinden werden, wird die DSS viele Stimmen erhalten, aber trotzdem nicht die Mehrheit. Ähnlich wird es der DS ergehen, die nicht nur von den meisten Mitgliedern der jetzigen DOS unterstützt wird, sondern auch von Nichtregierungsorganisationen (allen voran von einflussreichen Fachorganisationen, wie es z.B. die G17 plus ist), während die Unterstützung von Antireformkräften (in alter und neuer Form) weiterhin abnehmen wird. Dies würde bedeuten, dass die Reformprozesse in Serbien fortgesetzt werden würden; nicht auf dem kürzesten Weg, wie sich das Ministerpräsident Đinđić wünscht, aber auch nicht extrem verlangsam, wozu Koštunica neigt, sondern sich zwischen diesen zwei Polen bewegend.

Aus dem Serbischen von Ivan Dujak.

MH
xJU

Medienhilfe Ex-Jugoslawien

**Ihr Beitrag zu Frieden und Demokratie:
Ihre Unterstützung für unsere Arbeit**

**Solidarisch und professionell
gegen Nationalismus und Chauvinismus**

Tel (+41)01/272 46 37, Fax (+41) 01/272 46 82

Postfach, CH-8031 Zürich, Schweiz

info@medienhilfe.ch, <http://www.medienhilfe.ch>

Ihre Spenden auf PC 80-32253-9

Einige Thesen zur Übergangskrise

von Aleksandar Fatić

■ Serbiens Transition ist mit Schwierigkeiten gepflastert. Die Art der Auslieferung Miloševićs, die weitverbreitete Korruption, die mangelnde Gewaltenteilung sowie die schwindende politische Legitimation der serbischen Regierung sind große Hindernisse auf dem Weg zur Etablierung eines demokratischen, rechtsstaatlichen Systems. ■

1. Einleitung

Der Sturz Slobodan Miloševićs im Oktober 2000 und seine heuer erfolgte Auslieferung – oder politisch korrekter: Sein „Transfer“ – an den Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag haben keine brauchbaren Resultate für die Mehrheit der BewohnerInnen Serbiens gebracht.

Während der Diktator verschwand, scheint Kosovo – Serbiens südlichste Provinz¹ – entfernter denn je zuvor, und der gewaltsame albanische Extremismus auf dem Balkan schwappte zuerst in die südlichen Regionen Serbiens selbst über, dann nach Makedonien, und durch die Zwischenfälle im Sommer 2001 (den Morden, die von albanischen Terroristen verübt wurden), beginnt er sich auch in einigen Regionen Montenegros zu regen. Die internationale Sicherheitsgemeinschaft unterstützt offensichtlich – oder zumindest toleriert sie – das Aufblühen der albanisch-nationalistischen Expansion in Südost-Europa, da sie nicht eine einzige Aktion unternommen hat, um sie zu stoppen oder die Länder, die substantiell davon betroffen sind, zu schützen. In Makedonien, einem angepassten NATO-Partner während der Luftangriffe auf Serbien im Jahr 1999, wurde zugelassen, dass es in einen von albanischen Extremisten entfachten ethnischen Kriegszustand geriet und es seine demokratisch legitimierte Verfassung ändern musste.²

In der heimischen Politik wurde die serbische Regierung von gebrochenen Versprechen, Sex- und Finanzskandalen, Unfähigkeit, die notwendigen Reformen effizient durchzuführen, und der Anschuldigung von Korruption und Kriminalität geplagt. Das führte zur Entfremdung von den „Sozialpartnern“ der Regierung – den Gewerkschaften und verbündeten Organisationen. Man spürt eine De-Legitimierung der neu-

en politischen Eliten und die Abkehr der öffentlichen Meinung von den politischen Parteien, die in der serbischen Regierung eingebunden sind, hin zu denjenigen, die in der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien sind.³

Solobodan Milošević ist vergessen, aber die Durchführung seiner Auslieferung und die darauffolgenden Handlungen, welche die serbische Regierung auf internationaler Ebene und im Inneren unternahm, führten zur allgemeinen Ansicht, dass die Dinge geblieben sind, wie sie unter Milošević waren, oder dass sie für viele noch schlechter geworden sind.

2. Außenpolitische Misserfolge

2.1. Die Durchführung von Miloševićs Auslieferung: Abkürzungen

Es gab einige Debatten in Serbien über die Verfassungsmäßigkeit und Legalität einer eventuellen Auslieferung, oder den „Transfer“ wie das ICTY es lieber nennt, von Milošević nach Den Haag. Während dieser Debatte standen sich, grob gesprochen, zwei Seiten gegenüber. Die eine argumentierte, dass – legistisch gesehen – die jugoslawische Verfassung die Auslieferung jugoslawischer Staatsbürger an ein anderes Land verbietet, und – da sie zu einer Zeit geschrieben wurde – als kein internationaler Gerichtshof existierte, eine mögliche Auslieferung an das ICTY unter das Kapitel der „Auslieferung an ein fremdes Land“ fallen würde. Zusätzlich verwiesen diese Experten darauf, dass Verweise auf Verpflichtungen der BR Jugoslawien, die aus der Ende 2000 neu aktivierten Mitgliedschaft in der UNO entstünden, nicht ausreichend wären, weil die UN-Charta von der BR Jugoslawien nicht ratifiziert wurde, anders als beim ersten Beitritt der „Sozialistischen BR Jugoslawien“.⁴

Die andere Denkschule, zu der sich auch der Autor zählt, argumentierte, dass die Formulierungen der Verfassung präzise waren, auch dass die „Auslieferung von Angehörigen der BR Jugoslawien in ein fremdes Land verboten ist“, dass aber ein Internationaler Gerichtshof in den Niederlanden auf Basis der UNO mit allen Prinzipien der Extraterritorialität auf keinen Fall als zu einem fremden Land gehörig interpretiert werden kann, sondern vielmehr zu den internationalen Institutionen, deren Mitglied auch die BR Jugoslawien ist. So gab es keinen Konflikt zwischen der Ver-

fassung, der Souveränität, die durch die oben beschriebenen Verfassungsbestimmungen garantiert ist, und der Notwendigkeit, Milošević an den Internationalen Gerichtshof auszuliefern. Diese Denkschule argumentierte auch, dass es weniger entscheidend war, dass die UN-Charta nicht ratifiziert wurde, da sich die internationalen Beziehungen seit der zweiten Mitgliedschaft Jugoslawiens immens verändert hatten; vor allem die UNO hatte sich von einem marginalen zu einem entscheidenden „global player“ gewandelt, und es gehörte zu ihren Grundprinzipien, dass alle Mitgliedsstaaten automatisch alle Bestimmungen der UN-Charta durch der Vollmitgliedschaft annehmen. So argumentierten wir, dass Milošević nach Den Haag geschickt werden sollte, wie es die klare und unzweifelhafte internationale Verpflichtung der BR Jugoslawien wäre.

Sobald diese zweite Interpretation von den politischen Eliten an den Schlüsselstellen akzeptiert wurde, blieb noch viel zu tun, um die Auslieferung von Milošević mit dem dringenden Problem, in der BR Jugoslawien die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, in Einklang zu bringen. Das ist mit der Mentalität der Korruption verbunden, welche die politische Elite Serbiens weiter verfolgt, weil die folgenden Aktionen zeigten, wie weit sie darauf vorbereitet ist, legale Kurven abzuschneiden, um ihre eigenen Interessen zu sichern. Im Speziellen, obwohl neuere Interpretationen bestätigten, dass es kein konstitutionelles Hindernis gegen die Zusammenarbeit mit dem ICTY gab, blieben einige ernsthafte gesetzliche Hindernisse zu überwinden. Das (Bundes)Gesetz der BR Jugoslawien über Kriminalverfahren schrieb die notwendigen Abläufe zur Auslieferung ausländischer StaatsbürgerInnen an fremde Staaten vor, enthielt aber keine Beschreibung der Vorgänge, die man auf die Auslieferung jugoslawischer StaatsbürgerInnen, inklusive der Auslieferung an Internationale Gerichtshöfe, anwenden hätte können. Deshalb musste das Gesetz erweitert, oder eine andere legale Lösung für das Problem gefunden werden, denn klarerweise konnte Milošević nicht von irgendjemandem gepackt und nach Den Haag geschickt werden; eine gesetzeskonforme Vorgangsweise musste gefunden werden, welche seine Sicherheit und die Einhaltung seiner grundlegenden Menschenrechte beim Prozess garantieren würde. Das zumindest musste der neuen Regierung klar sein. Mehr noch, die Regierung wurde öffentlich von vielen Experten gewarnt, keine Abkürzung zu nehmen.

Wie so oft in „Rumpf“-Jugoslawien war es aus wenigstens zwei Gründen schwierig, Änderungen des Bundesgesetzes über Kriminalverfahren zu institutionalisieren. Erstens hatte es die Serbische Regierung unter Premierminister Zoran Đinđić eilig, den Diktator nach Den Haag auszuliefern, um internationale Hilfe zum Wiederaufbau des Landes zu erhalten. Zweitens war es unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung, bestehend aus der Sozialistischen Volkspartei (SNP) Montenegros (pro-Milošević) und der Demokratischen Opposition Serbiens einer Gesetzesänderung zustimmen würde; es war klar, dass die SNP gegen die Auslieferung war. Um die gesetzliche Lücke zu überbrücken, erließ die Bundesregierung ein Dekret, nach dem die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof eine internationale Verpflichtung der BR Jugoslawien wäre, und dass demgemäß alle Bestimmungen des Gesetzes, das die Auslieferung ausländischer StaatsbürgerInnen an fremde Staaten regelt, auch für den „Transfer“ von StaatsbürgerInnen der BR Jugoslawien an den Internationalen Gerichtshof anzuwenden sind. Die SNP stimmte dem aus taktischen Gründen zu, indem sie einen ihrer Minister zur Sitzung schickte, bei der das Dekret angenommen wurde, während zur Demonstration der öffentlichen Ablehnung der Kooperation mit dem Internationalen Gerichtshof der Rest der ParteirepräsentantInnen an der Sitzung nicht teilnahm.

Nachdem das Dekret angenommen war, brachte die von Milošević geführte Sozialistische Partei Serbiens den Fall vor den Jugoslawischen Verfassungsgerichtshof. Das Gericht urteilte – kurz vor der Internationalen Geberkonferenz für die BR Jugoslawien in Brüssel, die unter Vorsitz der Weltbank stattfand –, dass die Anwendung des Dekretes bis zu einer Debatte und Anhörung durch den Gerichtshof, die ihm eine qualifizierte Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des Dekrets ermöglichte, aufgehoben werden sollte.⁵ Als Reaktion holte die Serbische Regierung, in der der Justizminister (dessen Ministerium für die Gefängnisse zuständig sind) und der Innenminister (zuständig für die Abwicklung des „Transfers“), entscheidende Rollen spielten, Milošević aus dem Belgrader Zentralgefängnis – entgegen dem Gesetz über Kriminalverfolgung, demgemäß jede Auslieferung von der Bundespolizei abgewickelt werden muss (Milošević war einen Tag vor dem Ablauf eines US-amerikanischen Ultimatums bezüglich der Freigabe von 50 Mio. USD Finanzhilfe

für Serbien festgenommen worden). Sie übergab ihn auf dem Gelände des Instituts für Öffentliche Sicherheit in Belgrad an die Vertreter des Internationalen Gerichtshofes. Von dort wurde er im Helikopter in die SFOR-Basis in Tuzla (Bosnien) gebracht, von wo er nach Den Haag geflogen wurde. Nachdem all dies unter Geheimhaltung passierte, gab der Sprecher des serbischen Premiers eine konfuse Erklärung ab, in der er die Öffentlichkeit darüber informierte, dass Milošević nach Den Haag „überstellt“ worden sei.

Nur wenige Analysten und unabhängige Intellektuelle in Serbien stimmten diesem Vorgang zu. Nicht weil man dachte, Milošević hätte nicht ausgeliefert werden sollen, sondern weil diese Serie offensichtlicher Rechtsbrüche der Beginn von „Abschneiden“ der serbischen Regierung war, was bei vielen WählerInnen die Alarmglocken läuten ließ. Die GegnerInnen von Miloševićs Auslieferung riefen: „Entführung!“, während die AnhängerInnen der Kooperation mit dem Internationalen Gerichtshof verwirrt stumm blieben. Präsident Koštunica kritisierte die Auslieferung als illegal, während der Rest der DOS-Parteien implizit die Illegalität ihrer Aktion zugaben, sich selbst aber gleichzeitig dafür rühmten, „Verantwortung für die Zukunft Serbiens übernommen“ zu haben. Unglücklicherweise wurde der Mann, der nachweislich das größte Unglück über die Nationen des ehemaligen Jugoslawien gebracht hatte, zum Zeichen dafür, in welche Richtung die serbische Regierung in ihrem ersten Amtsjahr ging.

Die Regierung sagte, dass die Geberkonferenz gut gegangen wäre. Die Finanzhilfen betrafen aber vor allem die Abschreibung von Schulden der BR Jugoslawien bei internationalen Finanzinstitutionen. Das würde, sagten sie, die Aufnahme späterer Kredite ermöglichen. Wenig Geld kam ins Land, während die Reformen, die mit Forderungen des IWF und der Weltbank in Einklang standen, den Lebensstandard senkten. Die Regierung musste zusehen, wie ihre Popularität sank. Verbal wurde weiterhin die vom Verfahren her illegale Auslieferung von Milošević an den Internationalen Gerichtshof mit dem zu erwartenden Geld der internationalen Gemeinschaft verbunden; insbesondere der serbische Premier Đinđić, der Premier der BR Jugoslawien Miroljub Labus und Mitglieder der Demokratischen Partei, der Đinđić vorsteht, äußerten sich in diese Richtung. Das verbreitete die Ansicht, dass nicht nur Slobodan Milošević, sondern auch die

Chance, in Serbien einen Rechtsstaat zu etablieren, für Geld „verkauft“ wurde – Geld das kommen konnte oder auch nicht. In jedem Fall sei das falsch, dachten viele Menschen. Dafür hatten sie nicht gestimmt als sie die DOS wählten. Tatsächlich hatten sie genau das Gegenteil erhofft. Im Sommer 2001 zeigten Meinungsumfragen, dass Präsident Koštunica, der gegen den „Weg der Abkürzungen“ opponierte, 85 % Zustimmung und seine „Demokratischen Partei Serbiens“ zwischen 55 % und 60 % hatte. Die serbische Bevölkerung sah im Ablauf der Auslieferung von Slobodan Milošević einen außenpolitischen Fehler und als ein Zeichen für die weitere innere Sicherheitspolitik, die auf eine nur sehr partielle und konditionelle Rechtsstaatlichkeit hinauslaufen schien. Ein solcher partieller Zugang zur „Herrschaft des Rechts“ bedeutet nichts anderes als die Fortschreibung der klassischen persönlichen Herrschaft, die typisch für die Regime in Südosteuropa während des letzten halben Jahrhunderts waren.

2.2 Die „albanische Frage“

Unmittelbar nachdem die DOS an die Macht kam, besetzten albanischen Extremisten der UÇPMB (Befreiungsarmee von Preševo, Medvedja und Bujanovac), die aus dem Kosovo kam, Gebiete in Südserbien (Gegend von Preševo) und verbreitete mit Mord und Brandstiftung Angst und Schrecken. Die Krise konnte erst nach Monaten unter Vermittlung durch Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft teilweise gelöst werden; inzwischen herrscht ein brüchiger Friede in der Region. Danach begannen albanische Extremisten mit nationalistisch motivierten Kriegshandlungen in Makedonien, indem sie die makedonischen Sicherheitskräfte angriffen. Sie zwangen letztlich die makedonische Regierung – über internationalen, diplomatischen Druck –, der albanischen Minderheit in der Region beispiellose Rechte zu gewähren und die demokratisch legitimierte makedonische Verfassung unter Kriegsdrohungen zu ändern. In dem Moment, als sie das erreichten, wurden drei Menschen von albanischen Tätern in Plav (Grenzregion Montenegros) attackiert. Einer davon erlag seinen Verletzungen. Gleichzeitig kam eine Touristenwelle von Hunderttausenden Albanern aus Albanien, die alle die gleiche Stadt an der montenegrinischen Küste besuchten – Ulcinj, bewohnt von einer albanischen Bevölkerungsmehrheit.⁶ In Montenegro war man alarmiert; ein Sprecher der zweitgröß-

ten montenegrinischen Partei, der SNP, Dragan Koprivica, sagte der Presse: „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich das makedonische Szenario auch in Montenegro abspielt.“⁷ Zusätzlich warnten einige serbische Politiker, dass der massive Ankauf von Immobilien durch Albanern in der Grenzregion von Montenegro und Albanien (die Küstenregion zwischen der Hafenstadt Bar und Ulcinj) im Sommer 2001 der Beginn des kosovarischen Szenarios der ethnischen de-facto-Annexion von Teilen des Territoriums durch den konzentrierten Ankauf von Häusern (häufig über ihrem Marktwert) sein könnte.⁸

Alle diese Beobachtungen könnten als Versuch, billig politische „Punkte zu sammeln“ gesehen werden. Nach den katastrophalen Ereignissen in Kosovo und Makedonien sind jedoch nur wenige Politiker oder Experten bereit, die Phänomene als zufällig und nicht in Zusammenhang mit ethnischer Homogenisierung zu sehen. Die serbische Bevölkerung sieht die Entwicklung in Makedonien und die allgemeine Ausbreitung des militanten albanischen Nationalismus als Konsequenz der westlichen Toleranz gegenüber ethnisch albanischen Führer, die ihre politische Ziele mit Kriegszügen erreichen wollen. Die serbische Bevölkerung nimmt die serbische Regierung und die Regierung der BR Jugoslawien als ineffizient an der außenpolitischen Front wahr, was die Verhinderung gewalttätiger territorialer Eroberungen durch albanische Extremisten betrifft. Wenn diese Probleme in Montenegro explodieren, wird das ein Minus für die DOS sein, das möglicherweise der letzte Nagel zu ihrem politischen Sarg in Serbien ist.

3. Kritische innenpolitische Fragen

3.1. Kriminalität und Korruption

Goran Svilanović, Außenminister der BR Jugoslawien, sagte vor dem Europäischen Forum in Wien am 27. August 2001, dass „die BR Jugoslawien von einer Halb-Mafia regiert wird“. Dieses Statement kommt von einem DOS-Minister, wo doch die DOS im Jänner 2001 das Versprechen abgab, sie würde rasch einen tödlichen Schlag gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption zu führen. Tatsächlich ist Svilanovićs Aussage vollkommen richtig. Serbien versinkt, wie es der montenegrinische Analyst Nebojša Medojević formulierte, in einer Ära des „Kolumbianischen Mythos“ – einer Verbindung zwi-

schen „reformorientierten“ politischen Kräften und dem organisierten Verbrechen.⁹

Die strukturelle Korruption und Kriminalisierung des serbischen politischen Systems und des Staates entstammen dem Mafia-Staat, den das Milošević-Regime geschaffen hat. Die neue Regierung ist aus 19 politischen Parteien zusammen gesetzt, die sich in einer fast unregierbaren und programmatisch heterogenen Koalition befinden. Ministerposten werden daher nicht nach Fähigkeit der präsidenten Minister verteilt, sondern im Sinne des Zusammenhalts der Koalition. In einem solchen Milieu wundert es nicht, dass der Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen noch nicht einmal begonnen hat. Der Staat weigerte sich, eine Diskussion über die Zukunft der Geheimpolizei, die Neuorganisation der Polizeikräfte, Ernennung neuer Staatsanwälte und Richter etc. zu initiieren. Anstatt die zahlreichen Morde zu untersuchen, die dem Staatssicherheitssystem in den vergangenen Jahren angelastet wurden, machte die neue Regierung damit weiter, per Dekret zu regieren und ihre eigenen Vertrauensleute in Schlüsselpositionen zu bringen.

Das Innenministerium wurde Dušan Mihajlović anvertraut, einem ehemaligen Mitarbeiter der Geheimpolizei, Führer der Partei „Neue Demokratie“, früherer Abgeordneter und Verbündeter von Slobodan Milošević, der 1997 die knappe Mehrheit für Milošević „schwarz-rote Koalition“ (Koalition von Kommunisten und Radikalen, die an faschistische Ideologie grenzten) sicherte, indem er in die parlamentarische Koalition eintrat. Das ermöglichte dem Diktator weitere vier Jahre. Er wurde vor Kurzem vom Marko Jakšić, dem Vizepräsidenten der Demokratischen Partei Serbiens, beschuldigt, dass er einer jener war, die von den ökonomischen Vorteilen des Milošević-Regimes profitiert hatte. Die Leitung des Staatssicherheitsdienstes (Geheimpolizei) wurde Goran Petrović übertragen, einem Mitglied der Demokratischen Partei, der in einem Zeitungsinterview als hervorragendste Charaktereigenschaft angab, dass „er nicht an Gott glaube“, und dessen Vater ebenfalls Beamter der Staatssicherheit war.¹⁰

Dem neuen Innenminister gelang es nicht, einen der politischen Morde zu klären, die in den letzten Jahren verübt worden waren, obwohl das ein Versprechen am Beginn seiner Amtszeit war. Er endete damit, demjenigen 300.000 Deutsche Mark zu versprechen, der Informationen liefert,

die zur Aufklärung von einem der 22 ausgewählten Fälle führen könnte.¹¹ Die serbische Regierung setzte eine Kommission zur Untersuchung von Missbrauch in der Wirtschaft ein, und entwickelte ein rückwirkendes Steuersystem, nach dem bis zu 90 % des Profits zu bezahlen sind, den Unternehmen aus Privilegien unter dem früheren Regime gemacht haben. Der erste Vorsitzende der Kommission, Führer der Sozialdemokratie und einer der DOS-Partner, der frühere General der Jugoslawischen Volksarmee, Vuk Obradović, wurde von dieser Position wegen eines Sex-Skandals abgezogen. Er wurde beschuldigt, Frauen aus seiner Umgebung sexuell belästigt zu haben. Über den neuen Vorsitzenden der Kommission, Aleksandar Radović, wird berichtet, dass er Verbindungen zu den wichtigsten Geschäftsleuten Serbiens und den Präsidenten der reichsten Unternehmen im Land habe. Einer von ihnen war Bogoljub Karić, Präsident des Karić-Konzerns, der große Teile der Telekommunikationsindustrie, der Banken und des Handels kontrolliert.

Karić schrieb in einem offenen Brief an Radović, dass die Kommission eine Liste von Unternehmen angelegt hätte, die angeblich sogenannte „Extraprofit“ gemacht haben. Karić argumentiert: „Sie haben Unternehmen auf diese Liste gesetzt, die in der Vergangenheit legal im Lande gearbeitet haben, gemäß den geltenden Gesetzen. Sie waren in legale Geschäfte verwickelt, produzierten und nahmen an der Ökonomie teil; sie beachteten alle vorgeschriebenen Steuern und andere Verpflichtungen gegenüber dem Staat“. Nach Karić „sind auf diesen Listen jene nicht aufgeführt, die in den vergangenen Jahren Öl, Alkohol und Zigaretten schmuggelten, die damit Millionen und Milliarden Profit gemacht haben“. Karić geht noch weiter und kommentiert ein Treffen, das er offensichtlich mit Radović hatte, der ihn beschuldigte, „ihn bedroht zu haben“ sein und Missbrauch zu treiben. Karić besteht darauf, es nicht gewesen zu sein: „So weit das unser Gespräch betrifft, hatte ich den Eindruck, dass es fair war, und deshalb überrascht mich die angebliche Bedrohung. Bei unserer Konversation sagten sie mir, dass sie vorher ein schwieriges Gespräch mit Mišković hatten [Miroslav Mišković, Präsident von „Delta“, einem anderen Megaunternehmen in Serbien – ebenfalls ein Freund vieler Regime], und dass sie ‘fast eine körperliche Konfrontation mit ihm hatten’, aber dass sie wüssten, ‘wie man mit Leuten wie ihm umgeht’, und dass

sie ‘ihm alle Zähne ausschlagen’ würden, um ihn zu zwingen zu zahlen, was sie glauben, dass er zu zahlen hat. So viel zu den Drohungen.“¹²

Karić hier vollständig zu zitieren soll den Ton illustrieren, der in der Kommunikation zwischen Offiziellen der neuen Anti-Korruptions-Institutionen, die von der serbischen Regierung eingerichtet wurden, und ihren „Zielen“ herrscht. Karić selbst war Minister ohne Portefeuille in einer von Miloševićs Regierungen. Er war ein enger Bekannter der Familie Milošević, und zu dieser Zeit errichtete er ein Monopol auf die Mobiltelefonie in Serbien, führte exorbitant hohe Grundgebühren und Gesprächsgebühren ein. Ähnliches gilt für die „Delta“-Gesellschaft, deren Präsident der erwähnte Miroslav Mišković ist. Dennoch, ein Regierungsvertreter, der Aussagen wie „Zähne ausschlagen bis jemand zahlt“ macht, ist ein Phänomen, das nicht einmal im Übergangsserbien das öffentliche Vertrauen steigert.

Eine der Hauptsäulen der Anti-Korruptionspolitik ist die Verpflichtung aller Inhaber von öffentlichen Ämtern bei Amtsantritt ihr Vermögen offen zu legen. Wenn sie aus dem Amt ausscheiden, müssen sie für alle umstrittenen Zugewinne, die während ihrer Amtszeit entstanden sind, abrechnen. Trotz etlicher Aufforderungen durch Nicht-Regierungsorganisationen haben Premier Đinđić und andere Offizielle diese Bestimmungen einfach ignoriert; nur drei hohe Regierungsfunktionäre haben ihre Vermögen offen gelegt. Es waren dies der Außenminister der BR Jugoslawien, Goran Svilanović, Führer der Serbischen Bürgerallianz, der Vizepräsident der BR Jugoslawien, Miroslav Labus, Führer der überpolitischen Organisation „G-17 Plus“ und Boris Tadić, Telekommunikationsminister der BR Jugoslawien und Vizepräsident der Demokratischen Partei. Die gesamte serbische Regierung und die Mehrheit der Regierung der BR Jugoslawien ignorierten die Aufforderungen.

Zur Zeit der revolutionären Veränderungen vom 5. Oktober 2000 und danach rühmte sich der serbische Premier Đinđić seiner „Freundschaft“ mit dem damaligen Kommandeur einer Sondereinheit der serbischen Polizei zur Unruhebekämpfung, einem Mann mit dem Spitznamen „Legija“ („Legion“). Nach Đinđićs Angaben war Legija mit ihm in Kontakt, während das serbische Parlamentsgebäude von DemonstrantInnen gestürmt und angezündet wurde, und er hatte ihm seine Loyalität zugesichert, genauso wie das Versprechen, sei-

ne Einheit würde die DemonstrantInnen nicht angreifen, um Milošević zu verteidigen. Jedoch wurde Legija von der Serbischen Erneuerungsbewegung und ihrem Führer Vuk Drašković beschuldigt, in den Mordversuch der Staatssicherheit gegen ihn verwickelt gewesen zu sein. Mitte des Jahres 2000 wurde von der Staatssicherheit ein Autounfall auf der Ibarska Magistrala Straße nahe der Stadt Lazarevac inszeniert. Bei dem Zwischenfall krachte ein LKW, der dem Staatssicherheitsdienst gehörte, in drei Autos von Funktionären der Serbischen Erneuerungsbewegung, die zu der Zeit die wichtigste Oppositionspartei war, darunter ihr Präsident Vuk Drašković. Der LKW war mit Flusssand beladen und offensichtlich so umgebaut, dass der Fahrer auch bei einem Zusammenstoß nicht verletzt werden konnte. Drašković überlebte, aber vier Mitglieder seiner Partei wurden bei dem Zwischenfall getötet. Der Staatsanwalt erhob inzwischen Klage gegen den ehemaligen Chef des Staatssicherheitsdienstes, Radomir Marković. Legija verursachte seither einen Zwischenfall in einer Diskothek in der Vojvodina. Er schoss aus seiner Pistole und steckte das ganze Gebäude in Brand. Er verursachte auch einen Krawall während einer Feier in Belgrad, wo er die eintreffenden Polizisten attackierte, entwaffnete und mit Waffengewalt festhielt. Es gibt Gerüchte, dass er in Kriegsverbrechen im Kosovo verwickelt war, wo er während der Kriegshandlungen zwischen der serbischen Polizei und der UČK seinen Dienst versah.

Ein anderer Skandal betraf Momčilo Gavrilović, eine früher wichtige Persönlichkeit im Staatssicherheitsdienst. Anfang August besuchte er den Präsidenten der BR Jugoslawien, Koštunica. Es wurde berichtet, dass er sich über die Kriminalisierung der serbischen Regierung, ihre Korruption und ihre Verbindungen zum organisierten Verbrechen beklagte. Einige Stunden nach dem Besuch im Büro des Präsidenten wurde Gavrilović in der Nähe seiner Wohnung durch Kopfschüsse ermordet. Das war der Funke für die jüngste Krise in der DOS. Koštunica beschuldigte die serbische Regierung, mit dem organisierten Verbrechen verbunden zu sein, und einige serbische Minister bedrohten daraufhin alle, die sie ohne Beweis beschuldigten, mit Gefängnis. Zum Beispiel sagte Justizminister Vladan Batić, der im Fernsehen mit Reden zu allem auftritt – vom Gesundheitszustand Slobodan Miloševićs über Verbindungen zum Internationalen Gerichtshof bis hin Kommentaren über lau-

fende Prozesse vor dem Serbischen Gerichtshof –, mehrmals: „Jemand wird dafür ins Gefängnis gehen.“ Auch Goran Vesić, DOS-Abgeordneter im serbischen Parlament und Mitglied der Demokratischen Partei, betonte, dass „jemand ins Gefängnis müsse“. Interessant, dass niemand dieser Politiker anzuerkennen scheint, dass in einer Demokratie Gerichte entscheiden, wer ins Gefängnis geht, und dass ein Haftbefehl nur vom Staatsanwalt, keinesfalls aber von Ministern der Regierung ausgestellt werden kann. Das ist nur die Spitze eines Eisbergs: Das Konzept der Gewaltenteilung ist in Serbien allen politischen Strukturen so fremd, das es ihnen unmöglich erscheint, sie in der Realität aufrecht zu erhalten – und selbst wenn sie sich verbal damit rühmen, kommen sie oft in Schwierigkeiten, weil sie die Feinheiten der Auswirkungen der Gewaltenteilung im politischen Leben nicht verstehen.

Der Autor unterrichtete vor Kurzem in einem Anti-Korruptionskurs für junge JuristInnen von der Staatsanwaltschaft und von Gerichten, und für solche, die Positionen in der Regierung und in der Wirtschaft innehaben, die mit Anti-Korruptionsmaßnahmen befasst sind. Mitten in der Diskussion über praktische Fragen der Gewaltenteilung erhob sich eine junge Juristin und berichtete, dass sie in einem Belgrader Stadtgericht gearbeitet habe, dass ihr Vertrag aber nicht verlängert wurde. In der Folge kontaktierte sie einen der zuständigen Minister und ersuchte ihn, den Vorsitzenden des Gerichtshofes zu kontaktieren und wegen der Vertragsverlängerung zu intervenieren. Der Minister stimmte offensichtlich zu, er sagte zu ihr: „Alles wird geregelt werden. Bringen Sie nur Ihre Biografie und ihre Papiere in meine Parteizentrale.“ Am nächsten Tag wurde sie am Gericht wieder eingestellt. Man kann sich leicht den Effekt eines solchen Bekenntnisses vorstellen, wenn es mitten in einem Anti-Korruptionskurs gemacht wird, mitten in der Euphorie, welche die neue Regierung bezüglich der Anwendung der Gesetze schürt. Der erwähnte Minister ist jener, der am öftesten in der Öffentlichkeit behauptet, er „telefoniere nie mit einem Richter oder Gerichtspräsidenten, er interveniere nie für jemanden bei jemandem“, noch greife er in laufenden Verfahren ein.

Als Momir Gavrilović getötet wurde, erschienen in der Tageszeitung „Blic“ die ersten Anschuldigungen über eine Verbindung der serbischen Regierung mit dem organisierten Verbrechen. Es war genau der oben erwähnte Minister, der daraufhin

den Herausgeber anrief und verlangte, dass die Informationsquelle genannt wird. Er wurde später vom Herausgeber beschuldigt, „die Untersuchung anstatt des Gerichtshofes zu führen“. Der Herausgeber weigerte sich, seine Informationsquelle zu nennen, der Minister drohte daraufhin in aller Öffentlichkeit mehrmals mit Gefängnis, argumentierte mit der „sozialen Gefahr“, die aus dem Verbrechen entspringe. Er behauptete, dass der Schutz der Informationsquelle „in solchen Fällen nicht angewendet werden kann“. Damit ignorierte er, dass es nicht an ihm war, diese Themen zu kommentieren, schon gar nicht jemandem mit Gefängnis zu drohen.

Momir Gavrilović mag getötet worden sein, weil jemand Verbindungen zum organisierten Verbrechen hatte oder auch nicht. Er mag getötet worden sein, weil er das Präsidentenbüro aufgesucht hatte oder auch nicht. Aber seine Mörder blieben ebenso unentdeckt wie diejenigen so vieler Figuren, die mit dem ehemaligen Regime von Slobodan Milošević in Verbindung gestanden waren. Die serbische Parlamentsopposition behauptete später, sie habe ein geheimes Dokument, das beweise, dass Momir Gavrilović den ganzen Tag, an dem der Mord geschah, von der Staatssicherheit verfolgt wurde.¹³ Als Antwort darauf erhob die Staatssicherheit Klage gegen Vojislav Šešelj, den Führer der Serbischen Radikalen Partei, wegen Irreführung der Öffentlichkeit und Verleumdung. Abgesehen von Gavrilović wurden in Serbien viele andere Menschen auf die gleiche Art getötet, aber keines dieser Verbrechen wurde je aufgeklärt. Ist nicht allein das ein Grund für den Innenminister zurückzutreten? Und genau das verlangte die DSS, die populärste Partei in Serbien, von der DOS. Die serbische Regierung erscheint aber unerbittlich und unwillig, den Polizeiminister oder den Justizminister auszutauschen. Beide Amtsbereiche sowie die Kontrolle über die Staatssicherheit werden als wichtige Hebel der repressiven Macht angesehen. Die Tatsache, dass sich die neue Regierung ihnen gegenüber so verhält wie die frühere Regierung, erinnert auf raue Art daran, dass der politische Übergang in Serbien einen schwierigen und vermurksten Start hatte.¹⁴

3.2. Legitimitätsdefizit

Ein weiteres Problem der regierenden Koalition ist die fehlende öffentliche Legitimation, sollte es in der Zukunft tatsächlich zum Bruch mit der DSS und Präsident Koštunica kommen. Die Motivationen für

die Wahlen im Jahr 2000 waren komplex. So sollte ihr Ergebnis auch komplex betrachtet werden. Das Wichtigste ist, dass beide Wahlen, auf Bundesebene und in Serbien, mehr ein Referendum gegen Milošević als Wahlen für eine der Oppositionsparteien waren. Die vereinigten Oppositionsparteien waren die einzige Alternative zu Milošević, und viele der Mitglieder der DOS-Koalition wären nicht einmal fähig gewesen die Hürde zu nehmen, um im Parlament vertreten zu sein. Diese, in der Hauptsache sehr kleinen Parteien haben sich vereinigt, und gewannen die Parlamentswahlen. Betrachtet man die Motivation für die Wahl und die massive Unterstützung und Popularität des Präsidenten der BR Jugoslawien und der DSS, macht es vom Standpunkt der Legitimität Sorgen, wenn Parteiführer, die sich niemals hätten träumen lassen, ins Parlament zu kommen, nun dreist und aggressiv die Ausgrenzung der DSS damit argumentieren, dass „wer nicht dabei ist, nicht mitreden kann“. Das ist ein demokratisches Paradox, und die serbischen WählerInnen erkennen es und sind sehr verunsichert.

Der serbische Premier hatte gemäß Umfragen vor dem Sommer 2001 15 % persönliche Zustimmung, der Präsident der BR Jugoslawien hingegen 80 bis 85 %. Alle anderen Parteiführer haben ganz geringe Zustimmungsraten; gerade einige von ihnen argumentieren aber, dass, wer nicht dabei ist, eben nicht mitreden kann. Soviel zur Legitimität der serbischen Regierung. Auf Parteiebene ergaben die gleichen Umfragen, dass die DSS um die 55 % Zustimmung hat. Die verbliebenen 45 % teilen sich auf mehr als 20 Parteien auf, davon sind 18 in der DOS-Koalition. Das sind ernsthafte Zahlen, die politische Weisheit in Koalitionsverhandlungen erfordern, wie jeder Politiker in einem demokratisch weiter entwickelten politischen System in Europa sofort erkennen würde.

Weitere Probleme mit der Legitimität entstehen durch die zahlreichen gebrochenen Wahlversprechen. Einige wurden bereits erwähnt, aber die dringlichsten betreffen den Lebensstandard. Die Regierung war in Kontroversen über die Privatisierung verwickelt, speziell im Falle der Privatisierung des Beocin Betonwerks, die im Geheimen durchgeführt wurde. Das Wahlprogramm der gegenwärtigen Regierung hatte die Massenprivatisierung über Voucher „als die gerechteste Form der Privatisierung für die meisten öffentlichen Unternehmen“ bezeichnet. Nun werden Unternehmen jedoch auf undurchsichtige

Weise verkauft, um Budgetlöcher zu stopfen.

Ohne allzu tief in die konzeptionellen Feinheiten des Legitimitätsdefizites der gegenwärtigen serbischen Regierung einzudringen, ist klar, warum Parteien, die nach allen Umfragen so wenig öffentliche Unterstützung haben, Neuwahlen so vehement ablehnen. Das wirft einen Schatten auf die demokratischen Blickwinkel und Prinzipien, die sie vertreten. Es scheint, dass die Regierung Schwierigkeiten hat, eine Forderung der Gewerkschaften an sie vor dem Koalitionstreffen vom 28. August 2001 zu erfüllen: „Hört auf zu herrschen und beginnt, die Gesellschaft zu verwalten!“

3.3 Steuern und Unehrllichkeit

Die serbische Regierung führte neue Steuern und ökonomische Reformen ein, welche die Lebenshaltungskosten empfindlich steigerten, während die Löhne und Gehälter auf dem Niveau der Milošević-Zeit blieben. Das ist – und wird es wohl bleiben – das Hauptproblem. Politisch riskanter sind für die Regierung jedoch die anhaltenden Versuche mancher Minister, die Veränderungen im Steuerwesen als „Liberalisierung“ und „Senkung der Belastung für die Wirtschaft“ zu präsentieren. Gefährlich wird die Ernennung von Personen in sensiblen ökonomischen Bereichen, die keine demokratische Unterstützung haben, weil sie von Auswärts geholt wurden, wo sie in Geschäfte verwickelt waren, aber niemand jemals für sie gestimmt hat und niemand in Serbien weiß, wofür sie stehen.

Die Korruption in der Finanzverwaltung in Serbien wucherte unter dem vorhergehenden Regime, gleichzeitig waren die Lebensbedingungen in Serbien völlig chaotisch. Das Bankensystem war dysfunktional, es gab eine dramatische Differenz zwischen dem offiziellen und dem „schwarzen“ Wechselkurs der nationalen Währung, des Dinar. Das zwang jeden erwachsenen Bürger Finanzvergehen zu begehen, um wenigstens überleben zu können. Geldmittel wurden auf dem Schwarzmarkt eher getauscht als in der Bank. Transaktionen wurden eher in bar als mittels Banküberweisungen getätigt. Steuern wurden massiv hinterzogen und die damalige Opposition – heutige Regierung – rief die Menschen offen dazu auf, dem Staat keine Steuern zu zahlen. Nun, mit den neuen Parteien an der Macht, kann sich die ehemals wegen ihrer Bestechlichkeit berüchtigte Finanzpolizei ausleben. Sie hebt nicht

nur Steuern gemäß der neuen Gesetze und Regeln ein, sondern verhängt auch Strafen für Steuersünden, die unter dem alten Regime begangen wurden. Diese Praxis bedeutet, dass jeder serbische Bürger und jede serbische Bürgerin zur Zielscheibe der Finanzbehörden werden kann und dass jedes kleine Geschäft geschlossen werden kann. Deshalb fühlen sich viele Menschen gezwungen, nicht gegen die Unregelmäßigkeiten der neuen politischen Eliten zu protestieren, auch wenn sie offensichtlich sind, sondern lieber still zu halten, um nicht zum Objekt von Steuerprüfungen über vergangene „Fehler“ zu werden.

Die Besteuerung wird in Serbien also für zwei Ziele genutzt. Einerseits wird damit das Budget finanziert (wobei es für eine Regierung sehr gefährlich ist, das Auffüllen des staatlichen Budgets als Priorität zu formulieren und damit die hohe Besteuerung zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig die Bevölkerung auf den zweittiefsten Lebensstandard in Europa herabsinkt). Das andere Ziel ist, die Steuer-Vergangenheit dazu zu nutzen, um potenzielle GegnerInnen davon abzuhalten ihre Sorgen und Forderungen laut auszusprechen. Jede/r in Serbien kann „legal“ beschuldigt werden, in der Vergangenheit Finanzvergehen begangen zu haben. Kurz gesagt, dient das Steuersystem nicht nur zur Eintreibung der Staatseinnahmen, sondern auch dazu, die Reaktionen der Menschen zu lenken und kontrollieren. Das ist ein beängstigender Aspekt der entstehenden Machtstrukturen in Serbien.

4. Kurze Zusammenfassung

Serbien nach Milošević wird von verschiedenen politischen Kräften regiert, deren Verbindungen kompliziert und widersprüchlich sind, was zu Problemen beim Übergang, in dem sich das Land derzeit befindet, beitrug. Es fehlt der politische Wille, ernsthaft öffentliche Institutionen aufzubauen, die transparent und demokratisch kontrollierbar sind, oder auch, um ordentliche Standards politischer Legitimität aufzubauen.

Der Rückzug von Milošević war für Serbien notwendig, um aus der verhängnisvollen Isolation und Stagnation als Halbdiktatur zu kommen. Seine Auslieferung nach Den Haag, wahrscheinlich aus Gründen der Gerechtigkeit notwendig, war vom Verfahren her illegal und zeigte den zweifelhaften Charakter der Regierungsmethoden, die in Serbien entstehen.

Die allgemeinen Bedingungen in Serbien nach Milošević sind anhaltend schlecht; es fehlen Fähigkeit und Wille, die Regierung einer funktionierenden Kontrolle zu unterwerfen. Vielmehr verlässt man sich viel zu stark auf die finanzielle und politische Unterstützung aus dem Ausland. Es gibt auf diplomatischer Ebene zweifellos einige Fortschritte – vor allem die Wiederanerkennung der BR Jugoslawien durch die wichtigsten internationalen Organisationen. Man könnte aber auch argumentieren, dass diese quasi automatisch erfolgt wäre, weil die internationale Gemeinschaft die Auslieferung von Milošević zur Vorbedingung für die Rehabilitation der BR Jugoslawien gemacht hatten.

Aus all dem folgt, dass die Zukunft Serbiens durch häufige Regierungswechsel charakterisiert werden wird, durch anhaltende Krisen, ökonomische und politische Instabilität, die in den fehlenden unabhängigen öffentlichen Institutionen ihre Wurzeln hat. Das ist kein Szenario, auf das jemand gehofft hätte, aber die aktuellen Trends legen es nahe. Andererseits würde, sollten in naher Zukunft Neuwahlen abgehalten werden, ein gesünderes, demokratisches Klima durch eine substanzielle und demokratische Opposition im Parlament entstehen, der Kurs könnte geändert werden, damit er mit erfolgreicheren Ländern Zentraleuropas in Einklang gebracht wird. Im Moment wird diese „Frage aller Fragen“ nur sehr schüchtern gestellt und geht im Kampf um die Macht zwischen DOS-Mitgliedern unter, statt das natürliche Ergebnis eines demokratisch legitimierten Kurses zu sein, für den die WählerInnen im vergangenen Jahr gestimmt haben.

Die internationalen Aussichten Serbiens sind in diesem Licht komplex und schwierig. Die ausufernde Korruption, die nicht nur finanziell bedingt ist, sondern auch durch den uneingeschränkten Karriereismus politischer Führer und ihrer ständigen Suche nach informellen Hebeln außerhalb der Institutionen, wird zu einem von zwei möglichen Resultaten führen.

1) Die internationale Gemeinschaft und der „Stabilitätspakt“ bleiben in einer „Liebesbeziehung“ mit dem dritten Jugoslawien (heißt in der Praxis die verdoppelte Regierung in Serbien, weil Montenegro die BR nicht anerkennt). Es ist durchaus möglich, dass die internationale Gemeinschaft eine graduelle Entwicklung zum „Kolumbianischen Mythos“ tolerieren und den politischen Eliten die Mittel zum Überleben zur Verfügung stellen wird, so lange sie inter-

national kooperativ sind – was sie ganz extrem sind. Das ist das Szenario, das die internationale Gemeinschaft in Montenegro in den vergangenen Jahren seit dessen Abfall von Slobodan Milošević angewendet hat. Dieses Szenario würde durch die wachsende Korruption der internationalen Bürokratie, die sich in Serbien stationierte, ergänzt werden. Internationale Unternehmen und Organisationen aus den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich strömten nach Serbien in der Hoffnung am Kuchen der erwarteten Hilfgelder aus dem Westen mitnaschen zu können. Deshalb haben sie intensiv nach lokalen Experten und professionellen Organisationen gesucht, die sich zur Zusammenarbeit bereit erklärten, falls die betreffenden Firmen und Organisationen bei Ausschreibungen von Hilfgeldern erfolgreich sein würden. Das Modell ist einfach: Vieles von dem, was für Reformen benötigt wird, wie eine neue Gesetzgebung und neue politische Plattformen, existiert bereits, da es im Geheimen unter Milošević aufgebaut wurde, bzw. können diese Sachen nur von lokalen ExpertInnen aufgebaut werden. Die notwendige Infrastruktur, das technische Know-how, die Kontakte usw., um erfolgreich an Ausschreibungen teilnehmen zu können, liegen aber bei den westlichen Unternehmen. Diese sammeln daher Zustimmungserklärungen von lokalen Experten-Organisationen, die in der Regel klein und einflusslos bei der EU und anderen Finanzgebern sind, um die Donatoren davon zu überzeugen, dass sie tatsächlich über die Kapazitäten verfügen die Projekte durchzuführen. So erhöhen sie ihre Chancen im Entscheidungsprozess nach Ausschreibungen. Danach werden einige dieser internationalen Firmen und Organisationen ihre eigenen, weitgehend korrupten lokalen Netzwerke aufbauen, wobei sie sich auf Nepotismus und Bestechung stützen. Sie nützen die Finanzierung zur Profitmaximierung und führen Projekte von minimalem Nutzen durch. Auf diese Weise tritt eine strukturell korrupte internationale Struktur in eine tiefe Synergiebeziehung mit der korrupten lokalen Macht, was den „Kolumbianischen Mythos“ florieren lässt, während die Zivilgesellschaft – wieder einmal – als Geisel gehalten wird.

2) Das zweite Szenario ist optimistischer. Es bezieht die internationale Gemeinschaft mit ein und geht davon aus, dass internationale politische Akteure und diejenigen, die über Hilfe entscheiden, von den politischen Eliten Jugoslawiens verlangen, die Prinzipien der politischen Transparenz im

Inneren anzuerkennen, genauso wie verlangt wird, dass sie die internationalen Verpflichtungen anerkennen, etwa bei der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof. Dieses Szenario würde von den Mitgliedern der politischen Eliten verlangen, ihr Vermögen und ihre Einkommen offen zu legen; Morde müssten auf eine transparente und klare Art untersucht werden und Steuersystem und Finanzkontrollen dürften nicht weiterhin Mitteln zur Einschüchterung potenzieller KritikerInnen sein. Schließlich müsste verlangt werden, dass Wahlen abgehalten werden, wenn das Defizit an politischer Legitimität offensichtlich wird.

Welches der beiden Szenarien in Serbien Wirklichkeit werden wird, wird bald klar sein. Im Moment deutet alles auf das erste Szenario hin. Es muss aber festgestellt werden, dass revolutionäre Veränderungen am Beginn die Tendenz haben, in Formen totalitärer Herrschaft auszuarten. Es liegt an der Zeit, dem politischem Geschick, der Energie und dem Einsatz der echten, „verborgenen“ Gesellschaftsreformer, diesen Trend zur Degeneration zu korrigieren.

- 1 Zur Bedeutung der weitreichenden spirituellen Bedeutung des Kosovo für die Serben vgl.: Judah, T., *The Serbs*, Yale University Press, New Haven, 1997, S. 1-47.
- 2 Warnungen vor solchen Ereignissen gab es seitens moderater makedonischer politischer Experten bereits Anfang 2000, vgl. z.B.: Vankovska, B., „Demokratska kontrola na NATO: Novi izazovi za teoriju civilno-vojnih odnosa“, in Fatić, A. (Hg.), *Problemi srpske politike*, Centar za menadžment, Beograd, 2000, S. 77-91; see Simić, P., „Enveristi“, in Fatić, A., *ibid.* (Hg.), S. 57-76.
- 3 „Dan“ – Nikolić, S., *Laže i paralaze u Vladi Srbije: Izigravaju siromahe*, Dan, Podgorica, 2. September 2001, S. 2.
- 4 Die BR Jugoslawien trat der UNO faktisch neu bei und belebte nicht die suspendierte Mitgliedschaft des „zweiten“ Jugoslawien wieder.
- 5 Die serbische Regierung hält das Verfassungsgericht für illegitim, da seine Richter noch von Milošević ernannt wurden.
- 6 Miroslav Jevtić, „Nova slika Crne Gore“, Glas Javnosti, 28. August 2001, S. 5.
- 7 Glas Javnosti, 28. August 2001, S. 4.
- 8 Statement von Marko Jakšić, Vizepräsident der Demokratischen Partei Serbiens; „Scenario se prenosi i na Crnu Goru“, Dan, Podgorica, 2. September 2001, S. 4.
- 9 Nebojša Medojević, Blic nedelje, 26. August 2001, S. 2.
- 10 Zorica Vuletić-Zarić, »Goran Petrović (Pra-

vedan i strog)«, Glas Javnosti, 27. August 2001, S. 4.

- 11 Siehe Jevtić, Ž., „I zločincu i nalogodavcu po 300.000 maraka“, Glas Javnosti, 28. August 2001, S. 5.
- 12 „Ja verujem u pravdu – otvoreno pismo Bogoljuba Karića Aleksandru Radoviću“, Blic nedelje, 26. August 2001, S. 4.
- 13 Vgl. die Presseerklärung Vojislav Šešelj: „SDB celog dana pratila Gavranu“, Glas Javnosti, 28. August 2001, S. 5. Gradimir Nalić, Berater Präsident Koštunica in inneren Fragen, hinterfragte ebenfalls die Arbeit des Innenministeriums und seine Ankündigung, Prämien für Hinweise zur Aufklärung dieses und anderer Verbrechen auszubezahlen; vgl. „Čije pare, g. ministre?“, Glas Javnosti, 28. August 2001, S. 5.
- 14 Zur Forderung, die Staatssicherheit abzuschaffen, vgl. „DOS će postići samo privremeni kompromis“, Blic, 28. August 2001, S. 3.

Aus dem Englischen von Boris Jezek.

antimilitarismus information

Das aktuelle Themenheft ist da !

10/01



T
E
R
R
O
R

Krieg ohne Grenzen

monatliche Informationen und
Analysen zu Militär, Friedens-
forschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte DM 60.-;
Ausland: DM 80.-; Normalheft DM 5.-
Themenheft DM 6.- (+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für friedenspolitische Publi-
stik e.V. Kurfürstenstr. 14,
10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
<http://www.antimilitarismus-information.de>

Unveränderter Druck der Regierungsparteien¹

von Veran Matić

■ Vom Sturz des Milošević-Regimes erhofften sich vor allem diejenigen Medienschaffenden in Serbien, die sich zehn Jahre lang der Regierung entgegengestellt hatten, endlich die langersehnte Freiheit. Aber aus der Stunde der Befreiung wurde die Geburtsstunde neuer Medienmanipulationen und aus der Hoffnung auf Freiheit wurde die Notwendigkeit weiterer Unterstützung auch und gerade gegen die neue Regierung. ■

Veran Matić ist Präsident der Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien in Serbien (ANEM).

1. Einführung

Eines der ersten unmittelbar spürbaren Resultate der politischen Veränderungen vom 5. Oktober 2000 war die Öffnung der staatlichen oder quasi-staatlichen Sender und Printmedien für Vertreter aus dem ehemaligen Oppositionsblock und NGO-Sektor. Die hohen Erwartungen nach dem Oktober-Umbruch auf eine effiziente und zügige Reform des Mediensektors, in deren Zuge der politische Einfluss auf die Medien ausgeschaltet werden würde, haben sich indessen als allzu optimistisch erwiesen. Ganz im Gegenteil, zwölf Monate nach dem politischen Wandel scheint es, dass substantielle Systemveränderungen einen Bogen um die Medienwelt gemacht hätten. Noch beunruhigender ist der Verdacht, dass das völlige Fehlen von Veränderungen im Bereich der Medien nicht auf ungünstige Umstände zurückgeführt werden kann, sondern vielmehr die bewusste Absicht der neuen politischen Machthaber ist, die bestimmte, vom früheren Milošević-Regime gebrauchte Mechanismen zur Ausübung von Druck auf die Medien aufrechterhalten wollen. In der Tat stützen die Ereignisse vom Sommer und Herbst 2001 einen solchen Verdacht.

2. Rechtlicher Rahmen

Der rechtliche Rahmen für die Arbeit der Medien hat sich seit dem politischen Umbruch nicht grundlegend verändert. Die neuen Behörden verhinderten zwar unverzüglich die weitere Anwendung des berühmten-berühmten serbischen „Gesetzes über die öffentliche Information“, und das Bundesverfassungsgericht erklärte im Jänner 2001 viele Artikel dieses Gesetzes für verfassungswidrig. Das neuformierte serbische Parlament setzte es im Februar 2001 schlussendlich außer Kraft (mit Ausnahme jener Artikel, welche die Registrierung, Beantwortung und Korrektur von veröffentlichten Informationen regeln). Das serbische Informationsministerium wurde abgeschafft

und ein Moratorium über die Vergabe neuer Sendelizenzen verfügt. Mit Enthusiasmus machten sich NGOs, Medien und JournalistInnenverbände an die Arbeit an einem Entwurf der neuen Mediengesetze „Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Sender“ und „Gesetz über die öffentliche Information“. Die Vertreter der neuen Regierung begrüßten den Beginn dieses Prozesses, engagierten sich jedoch mit Ausnahme des Bundesministers für Telekommunikation nur halbherzig dafür. Nach dem Sturz der Bundesregierung im Juli 2001 und der Abschaffung ebendieses Ministeriums bleibt das Schicksal der Gesetze und der anderen Dokumente, die mit europäischer und US-amerikanischer Unterstützung von lokalen Experten entworfen worden sind, ungewiss. Sicher ist allerdings, dass es in Regierungskreisen eine politische Opposition gegen die Annahme der neuen Bestimmungen gibt, besonders gegen jene Teile, die den Transfer der Entscheidungsgewalt und Regulierungsmacht im Mediensektor von der Regierung an eine unabhängige Instanz vorsehen. Politischen Widerstand gibt es auch dagegen, die serbische Regierung des Rechts auf eine direkte Einflussnahme auf die staatlichen Fernseh- und Radiostationen, die in einen öffentlich-rechtlichen Dienst umgewandelt werden sollen, zu berauben. Die serbische Regierung hat zwar von den insgesamt 31 Millionen Dinar an Bußen, die das vorige Regime unter dem „Gesetz über die öffentliche Information“ über die Printmedien verhängt hatte, 11,4 Millionen zurückerstattet, aber es wurden bisher weder neue Regelungen angenommen, noch die alten Gesetze über Telekommunikation und öffentliche Sendeanstalten geändert (mit Ausnahme des Verbots, die Gebühren für die staatlichen Sender weiterhin einfach über die Elektrizitätsrechnungen einzukassieren). Auch eine Untersuchung beziehungsweise Rechnungsprüfung der Geschäftsführung jener quasi-staatlichen privaten Medien, die während der Diktatur floriert und ein Vermögen verdient hatten, wurde noch nicht durchgeführt. Die gegenwärtige Lage führt zu sehr negativen Konsequenzen für die unabhängigen Medien, die trotz der Unterdrückung durch das frühere Regime enorm viel dazu beigetragen haben, den politischen Wandel im Land herbeizuführen.

Was die Printmedien betrifft, schuf die – für das demokratische Image der neuen serbischen Regierung vorteilhafte – Tatsache, dass es kein Informationsministerium mehr gibt, eine Situation, in der kein einziges Mitglied der Regierung verpflichtet ist sich systematisch mit der Umgestaltung des

Mediensektors zu befassen. Aus diesem Grunde wurden der Presse in der laufenden Steuerreform auch keine Steuererleichterungen gewährt. Überdies wurde der Prozentsatz an steuerfrei deklarierbaren unverkauften Exemplaren gesenkt. Dieser letzte in einer Reihe von Fehlern wurde im August 2001 zwar korrigiert, jedoch erst nachdem die lokalen Medien mit Hilfe internationaler Medienvereinigungen starken Druck auf die serbischen Politiker ausgeübt hatten.

Bei den elektronischen Medien hat das Moratorium bei der Vergabe von Sendefrequenzen eine Zementierung des ererbten *Status quo ante* im Mediensektor zur Folge. In anderen Worten, die durch das Milošević-Regime privilegierten Sender, die von diesem Lizenzen für große Sendegebiete erhalten hatten, behielten ihre Privilegien, während die unabhängigen, vom früheren Regime aufs Ärgste bedrängten Medien keinerlei Kompensation für die von Miloševićs Gefolgsleuten erlittenen Ungerechtigkeiten erhielten (zwar bekamen einige Stationen – nicht aber die Mehrheit – konfiszierte Ausrüstung zurück, es wurden aber keine Lizenzen für größere Sendegebiete bewilligt). Die Verzögerung bei der Annahme neuer Medienregulierungen und das Moratorium bei der Ausschreibung für die Vergabe von Sendefrequenzen verhinderten effektiv jede Entwicklungs- und Strategieplanung bei den unabhängigen Medien. Das Moratorium soll bis zur Annahme eines neuen „Gesetzes über öffentlich-rechtliche Sender“, welches jedoch entgegen den Ankündigungen im Juni nicht verabschiedet wurde, gelten. Die Weigerung der Regierung, den von Experten vorbereiteten Entwurf für eine neue Mediengesetzgebung zu akzeptieren, zeugt hingegen von der Absicht der neuen Behörden, einige der von Milošević geschaffenen Mechanismen zur Kontrolle der elektronischen Medien beizubehalten.

3. Probleme der Staatsmedien

Auch wenn sich die staatlichen Sender nach dem Oktober-Umbruch für alle politischen Seiten öffneten, haben sie es nicht geschafft, den Großteil der aus der Vergangenheit übernommenen Probleme zu lösen. Anfänglich machte es den Anschein, als wäre das dringendste Problem der staatlichen Radio- und Fernsehstation, nämlich der direkte politische Einfluss auf die Redaktionspolitik, gelöst und müssten in den kommenden Monaten nur noch finanzielle und personelle Angelegenheiten geklärt werden. Zwölf Monate später ist jedoch die Situation bei Radio-TV Srbija (RTS) offen-

sichtlich schlechter als unmittelbar nach dem Umbruch. Namentlich gibt es einmal mehr Zeichen eines stärker werdenden politischen Drucks auf RTS und seine RedakteurInnen. Die nationale Sendeanstalt arbeitete sieben Monaten lang ohne Geschäftsführung, bis die Regierung endlich eine neue ernannte. Dann brauchte sie nochmals zwei Monate für die Ernennung eines neuen Generaldirektors. Im Juli 2001 trat Milorad Petrović, der Chefredakteur des Hauptnachrichtenprogramms „Dnevnik 2“ von RTS, mit der Begründung zurück, dass er unter enormem Druck seitens einiger politischer Parteien gestanden hätte, der zu einer politischen Instrumentalisierung des staatlichen Senders hätte führen können. Die Stelle als ChefredakteurIn des RTS-Nachrichtenprogramms wurde im Juli 2001 öffentlich neu ausgeschrieben. Allerdings wurde das Bewerbungsverfahren wieder annulliert, weil der Generaldirektor aus all den Kandidaten, die sich um diesen Posten bewarben, keinen einzigen vorgeschlagen hatte. Auch Gordana Suša, die Präsidentin der Vereinigung unabhängiger serbischer JournalistInnen (NUNS), war unter den BewerberInnen. Sie meinte nach der Annullierung der öffentlichen Ausschreibung, dass die Zurückweisung ihrer Bewerbung auf die Opposition der Demokratischen Partei Serbiens (DSS), die vom jugoslawischen Präsidenten Vojislav Koštunica angeführt wird, zurückzuführen sei. Diese öffentlichen Stellungnahmen zweier angesehener JournalistInnen lassen schwere Zweifel und berechtigte Besorgnis hinsichtlich der Aufrichtigkeit der neuen jugoslawischen Autoritäten in Sachen Umwandlung der Staatsmedien in öffentlich-rechtliche Sendeanstalten aufkommen.

Auch die Finanz-, Personal- und Ausrüstungssituation von RTS hat sich nicht zum Besseren entwickelt. Schulden von rund 20 Millionen USD, ein stark überhöhter Personalbestand (zwischen 7.500 und 8.000 MitarbeiterInnen) und eine veraltete technische Ausrüstung sind nur die Spitze des Problemeisbergs. Seit der Abschaffung der Benutzergebühren wird RTS durch das serbische Staatsbudget finanziert, was zu einer totalen Abhängigkeit von der Regierung führte. Interessant ist auch die Tatsache, dass trotz des großen Personalüberhangs nicht einmal die dem Milošević-Regime am loyalsten ergebenden JournalistInnen entlassen wurden. Milorad Petrović stellte fest, dass ein großer Teil der RTS-JournalistInnen zu einer unabhängigen Berichterstattung nicht fähig sei, da sie von ihm als damaligem Chefredakteur erwartet haben, dass er ihren Kommentaren und Berichten seinen eigenen, spezifischen

„Dreh“ geben würde. „JournalistInnen haben das Bedürfnis, sich jemandem zugehörig zu fühlen“, sagte Petrović in kritischer Anspielung auf seine KollegInnen, die während der Milošević-Ära vergessen haben eigene Meinungen und Ansichten zu haben.

Die lokalen, von lokalen Behörden kontrollierten Medien, die auch in die Kategorie der staatlichen Sendeanstalten fallen, stehen ebenfalls unter einem wachsenden Druck durch die lokalen Sektionen der herrschenden Parteien. Darüber hinaus können diese Sender nicht ohne die vorherige Zustimmung der lokalen Behörden privatisiert werden. Diese Position verhindert, dass sie ihre Rolle als Wächter der Öffentlichkeit auf lokaler Ebene angemessen erfüllen können.

Man kann aus all dem schließen, dass die Situation der Staatsmedien in Serbien überaus prekär ist. Diese Medien wurden daran gehindert, einen Systemwechsel hin zu öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten (im Falle von RTS) oder eine autonome Privatisierung (bei den lokalen und regionalen Stationen) zu durchlaufen. Die Möglichkeiten für eine unabhängige Finanzierung sind limitiert und die Politik übt einen wachsenden direkten Einfluss auf die Redaktionen aus. Weder die finanzielle noch die personelle Situation hat sich verbessert, und es wird noch viel Zeit und große Anstrengungen brauchen, bis die Sendeanstalten das Niveau entsprechender Medien in anderen Transformationsländern erreichen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn eine direkte Einmischung der politischen Machtzentren auf die Redaktionspolitik unterbleibt, denn wo solch eine Einflussnahme besteht, ist eine Umgestaltung unmöglich.

4. Probleme der unabhängigen Medien

Die unabhängigen Medien blieben in ihrer Berichterstattung auch nach dem politischen Wandel, unvoreingenommen und objektiv, so dass man von einer Art Kontinuität seit der Zeit vor Miloševićs Verdrängung von der Macht sprechen kann. Das Hauptproblem – wie oben ausgeführt durch die Unfähigkeit oder Nachlässigkeit der neuen Behörden in Sachen gesetzliche Grundlagen bedingt – besteht darin, dass sie keinerlei Chancen haben, mit den durch das Milošević-Regime privilegierten Medien in einen fairen Wettbewerb zu treten, weil sie durch das Moratorium bei der Vergabe der Sendefrequenzen (im Falle der elektronischen Medien) oder durch die wirtschaftlich ungünstige Lage (fehlende Steuererleichterungen und Steuern auf

unverkaufte Exemplare im Falle der Printmedien) behindert werden.

Im Gegensatz zu den unabhängigen Printmedien, für die es genügt, dass die Regierung ihren Tätigkeiten keine Restriktionen auferlegte, befinden sich die unabhängigen Radio- und Fernsehstationen wegen der Maßnahmen der neuen Regierung – genauer gesagt, dem Ausbleiben geeigneter Maßnahmen im Mediensektor – am Rande des Abgrunds. Infolge des Moratoriums blieben diejenigen Sender, die während der Milošević-Ära als Staatsfeinde behandelt wurden und keine Lizenz besaßen, weiterhin zu einer Existenz als „Piratsender“ verdammt, während andere zwar Sendelizenzen besitzen, jedoch nur für ein sehr kleines Gebiet. Dementsprechend ist ihr Potenzial für substanzielle Einkünfte aus Werbung extrem beschränkt. Andererseits behielten diejenigen Medien-Mogulen, die ihr Imperium dank guter Beziehungen zum Milošević-Marković-Clan aufbauen konnten, ihre nationalen Sendelizenzen. Diese Leute näherten sich auch den neuen Machthabern an und konnten so ihren Löwenanteil am Werbemarkt behalten, der die Haupteinkommensquelle für private Radio- und TV-Stationen ausmacht. Darüber hinaus haben diese flink „gewendeten“ Medien-Mogulen der Milošević-Zeit ihre Position auf dem Medienmarkt drastisch ausgebaut, indem sie die Rechte an attraktiven ausländischen TV-Shows für ganz Serbien für die nächsten paar Jahre aufgekauft haben. Sie waren dazu in der Lage aufgrund der Privilegien, die sie aus der Vergangenheit in die Gegenwart hinüberretten konnten.

Die Verzögerung bei der Annahme des neuen Mediengesetzes sowie bei der Ankündigung der öffentlichen Ausschreibung für Sendelizenzen verunmöglichen es den unabhängigen Sendern, an Entwicklungsplänen zu arbeiten, da niemand weiß, wie die Bedingungen bei der Lizenzvergabe aussehen werden, oder ob die unabhängigen Medien überhaupt Lizenzen erhalten werden. Der größte Nachteil des existierenden Mediensystems liegt jedoch darin, dass es unabhängigen Medien nicht erlaubt ist, ihr Sendegebiet auf die nationale Ebene, die bis jetzt den Staatsmedien und Miloševićs ehemaligen Medien-Marionetten vorbehalten ist, auszudehnen.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die unabhängigen Medien, v.a. die elektronischen, eine sehr schwierige Periode durchmachen, welche Ähnlichkeiten mit der Situation während der Unterdrückung durch Milošević aufweist. Natürlich sind die angewandten Unterdrückungsmechanismen

komplett verschieden, oder schienen es bis zum 3. Oktober 2001 wenigstens zu sein: An diesem Tag hat das Ministerium für Transport und Telekommunikation in einer Art, die dem Vorgehen zur Zeit des Milošević-Regimes und seiner brutalen Repressionspolitik gegenüber unabhängigen Medien verblüffend gleicht, dem Fernsehsender Pirot, ein Mitglied von ANEM, befohlen, den Betrieb unverzüglich einzustellen, da er nicht über die gesetzlich vorgeschriebene Frequenz verfüge. Das Management von TV Pirot beschloss jedoch weiterhin auf Sendung zu bleiben. Selbst vor diesem bedauerlichen Vorfall bestanden berechtigte Zweifel daran, ob dasjenige Mediensegment, welches politischen Einflussversuchen am meisten Widerstand entgegensetzte, nun endlich die gebührende Beachtung erhalten würde. Die Vernachlässigung der unabhängigen elektronischen Medien und die gegenseitige Annäherung zwischen den quasi-staatlichen Medien und den neuen Machthabern liefern einen nicht unbegründeten Anlass für ernste Besorgnis über die künftige demokratische Entwicklung des Mediensystems in Jugoslawien. Gemessen an der Qualität des Inhalts und dem Grad an kritischer Distanz zu den Machthabern, besitzen einzig die unabhängigen Medien das Potenzial für die angemessene Erfüllung der sozialen Funktion, die Medien in einer demokratischen Gesellschaft ausüben sollten. Falls die neuen Behörden, die bisher so gut wie gar nichts für eine Legalisierung des Status unabhängiger Medien getan haben, ihre Politik der Vernachlässigung, Ignoranz oder sogar Schließung – wie beim neuesten Vorfall mit TV Pirot – fortsetzen, könnte dies den Reformprozess und die Demokratisierung der Gesellschaft ernsthaft gefährden.

5. Neue Bedrohungen für unabhängige JournalistInnen

Zusätzlich zu den aus der Vergangenheit übernommenen Problemen müssen JournalistInnen in Serbien heute einmal mehr um ihr Leben fürchten. Nach der Ermordung von Slavko Ćuruvija durch einen unbekannten Heckenschützen während der NATO-Bombardments wurde ein weiterer Journalist in Serbien umgebracht: am 11. Juni 2001 kam in der zentralserbischen Stadt Jagodina Milan Pantić, Korrespondent der Belgrader Tageszeitung „Večernje novosti“, ums Leben. Er befasste sich mit der Aufdeckung von Verbrechen und Korruption in seiner Stadt, was Anlass für Todesdrohungen, die er vor seinem gewaltsamen Tod

erhalten hatte, gewesen war. Es gibt auch Hinweise, dass es einen Mordanschlag auf den Generaldirektor eines Belgrader Wochenmagazins (der lieber anonym bleibt) gab. Er kam mit dem Leben davon, weil er sich zum Zeitpunkt des Anschlags in einem gepanzerten Fahrzeug befand.

Gemäß der Einschätzung von Kriminalexperten können wir annehmen, dass investigative JournalistInnen, die Verbrechen und Korruption untersuchen, in steigendem Masse schweren Risiken ausgesetzt ist. Denn zur Zeit Miloševićs, als hohe Polizeioffiziere in kriminelle Aktivitäten und Korruption involviert waren, kümmerten sich Kriminelle nicht besonders um Presseartikel, die sie bloßstellen. Die gerichtlichen und polizeilichen Instanzen waren ja nicht in der Lage, sie zu verfolgen, da diese selber ins Netz der Korruption verwickelt waren. Heutzutage könnte ein Presseartikel einem Verbrecher oder einem korrupten Beamten hingegen wirklich die Freiheit kosten, so dass diese vor nichts mehr zurückschrecken, nicht einmal vor der physischen Liquidation „missliebiger“ JournalistInnen. Die neuesten Untersuchungen zeigen, dass JournalistInnen zusammen mit Lehrern und Universitätsprofessoren am wenigstens von Korruption berührt sind, ganz im Gegensatz zu Zollbeamten, Polizisten, Rechtsanwälten, Beamten in Ministerien etc. Dieser Hinweis ist extrem wichtig, da er die Tatsache bestätigt, dass JournalistInnen während der letzten zwölf Monate einen sehr hohen Grad an Integrität beibehalten haben, so dass ihnen mehr Vertrauen entgegengebracht wird als anderen Berufsgruppen, allen voran Politikern. Mit all dem im Hinterkopf könnte man sagen, dass dies ein ausgezeichnete Ausgangspunkt für eine ernsthafte Anti-Korruptions-Kampagne sein könnte – aber auch eines der möglichen Motive hinter den Angriffen auf JournalistInnen und Medien, die physische Tätlichkeiten bis hin zu Mord umfassen.

Die serbischen JournalistInnen sind bis heute die konsequentesten Kritiker von Korruption, Kriegsverbrechen und der Art, wie serbische Neureiche während der letzten Dekade ihre immensen Reichtümer zusammengerafft haben. Da diese ihre Privilegien mit allen Mitteln verteidigen, wird Enthüllungsjournalismus in Serbien zu einer immer gefährlicheren Arbeit.

6. Empfehlungen

Geht man davon aus, dass das erste Ziel der Medienlandschaft in Serbien die Anpassung an europäische Standards sein sollte, und dass es die Rolle der Medien ist

bei der Etablierung, Erhaltung und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft zu helfen, was jedoch die Erhaltung des vitalsten, in der Konfrontation mit Milošević in die Öffentlichkeit getretenen Segments des Mediensektors voraussetzt, fühlen wir uns dazu berechtigt, einige spezifische Empfehlungen an die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens wie auch an die internationale Gemeinschaft zu formulieren. Wir sind davon überzeugt, dass diese Empfehlungen – sofern sie in konkrete Taten umgesetzt werden –, die Mediensituation Serbiens sowohl kurz- als auch langfristig verbessern und damit beträchtlich zur dringend notwendigen sozialen Stabilität während der Übergangsperiode beitragen würden.

A. Empfehlungen an die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens

- * In Anbetracht des Vakuums, das im Medienbereich sowohl auf Gesetzes- und Verordnungsebene als auch bei der politischen Strategie im Bereich öffentliche Information besteht (im Moment gibt es kein einziges dafür zuständiges parlamentarisches Gremium oder Ministerium und keine funktionierende unabhängige Regulierungsinstanz), ist die Schaffung eines Organs notwendig, das die Gesetzesänderungen koordinieren und die Medienpolitik formulieren soll. Solch ein Organ sollte eine unabhängige Staatsagentur sein.
- * Die Regierung muss ihre Vision für die Entwicklung der Medien in den nächsten fünf Jahren entwerfen und sie mit den Entwicklungen im Telekommunikationssektor koordinieren, nicht allein aufgrund der politischen Veränderungen, sondern auch aufgrund der Einführung neuer digitaler Technologien. Dadurch würde eine öffentliche Debatte über diesen äußerst wichtigen Sektor eröffnet.
- * Die Regierung sollte einen Bericht über die Situation der Medien vorbereiten: Was wurde wirklich vom früheren Regime geerbt und welche Pläne hat sie, um das Chaos und die Verwirrung in diesem Bereich zu überwinden? Dies ist wichtig im Hinblick auf die neuen Gesetze und Verordnungen, die früher oder später eingeführt werden müssen, aber auch um einen klaren Bruch mit der Vergangenheit zu machen und die bitteren Diskussionen über Ungerechtigkeiten und deren Wiedergutmachung zu beenden; die Regierung sollte die für die Re-

form notwendigen Maßnahmen vorschlagen, sobald darüber ein genereller Konsens besteht.

Es ist nötig, ohne Verzögerung an der Annahme neuer Systemregeln zu arbeiten – Entwürfe dazu wurden der serbischen Regierung Anfang August 2001 vorgelegt –, und so bald wie möglich mit deren Implementierung zu beginnen. In Anbetracht der Verzögerungen bei der Ausarbeitung eines neuen gesetzlichen Rahmens sollten sofort Maßnahmen ergriffen werden, die auf die Eliminierung der Diskriminierung der unabhängigen Medien, v.a. der elektronischen, die in der Milošević-Ära wurzelt und durch das unbegrenzte, vom Bundesministerium für Telekommunikation verfügte Moratorium bei der Vergabe von Sendefrequenzen zementiert wurde, abzielen. Methoden der positiven Diskriminierung sind dabei der einzige Weg, der den unabhängigen Medien das Überleben in der nächsten Zeit erlaubt. Diese Maßnahmen sollten folgendes enthalten:

- Vergabe von Sendelizenzen für den gegenwärtigen Sendebereich an alle unabhängigen Sender. Diese Lizenzen sollten für die nächsten zwei Jahre gelten, d.h. bis die öffentliche Vergabe der Sendelizenzen in einer bestimmten Region unter dem neuen „Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Sender“ abgeschlossen ist.
- Vergabe von zeitlich limitierten Lizenzen, die bis zum Abschluss der öffentlichen Vergabe unter der neuen Gesetzgebung gültig sind (wenn nötig sogar auf Kosten der großen kommerziellen Sender, die dank ihrer engen Beziehungen zum Milošević-Regime ungehindert gedeihen und sich entwickeln konnten), an diejenigen unabhängigen Sender, die sich strikt an das Moratorium gehalten haben, sogar wenn es zu ihrem eigenen Nachteil war – denn in der Tat entstanden und verbreiteten sich neue „kommerzielle“ Medien, die das Moratorium verletzten.
- Schuldennachlässe und Kompensationen durch die Erlaubnis zur Benutzung spezieller Frequenzen an diejenigen Sender, die während des Milošević-Regimes eine unabhängige Redaktionspolitik und Programmgestaltung verfolgten.
- Rückgabe der technischen Ausrüstung der unabhängigen elektronischen Medien, die während der Milošević-Ära konfisziert wurde. Falls die beschlagnahmten Ausrüstungsgegenstände nicht gefunden werden können, sollten die unabhängigen Medien entweder direkt oder

indirekt, z.B. in Form von Bundesobligationen, die zur Bezahlung von Steuern, Zollgebühren usw. benutzt werden könnten, entschädigt werden. (...)

B. Empfehlungen an die internationale Gemeinschaft

- Es ist notwendig, mit der Bereitstellung aller Arten von Hilfe für die unabhängigen Printmedien und Sender fortzufahren, besonders aufgrund der Tatsache, dass die neuen Behörden das nötige Umfeld für normale Geschäftstransaktionen so lange nicht garantieren können, bis sie geeignete Bedingungen für einen fairen Wettbewerb auf dem Medienmarkt geschaffen haben.
- Eine Intensivierung der Kooperation mit den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines neuen gesetzlichen Rahmens ist ebenfalls unerlässlich, um diesen mit internationalen und v.a. europäischen Standards kompatibel zu machen. Ebenso muss betont werden, wie wichtig eine Regulierung des Mediensektors unter Einhaltung demokratischer Prinzipien für die Integration Serbiens und Jugoslawiens in den europäischen „Mainstream“ ist.
- Vorausgesetzt, die Staatsmedien werden schlussendlich wirklich in öffentlich-rechtliche Sender umgewandelt, muss dieser Übergangsprozess unterstützt werden, v.a. durch Ausbildungskurse für JournalistInnen und durch Hilfe bei der Modernisierung der technischen Ausrüstung. Die Umgestaltung in öffentlich-rechtliche Sendeanstalten wird eine autonome Finanzierung derselben mit sich bringen, was die Unterstützung von Medienmanagement-Ausbildung nötig macht, damit diese Medien erfolgreich agieren können.
- Eine Unterstützung von Projekten und Organisationen, welche die Situation der Medien- und Ausdrucksfreiheit im Allgemeinen überwachen sowie über Verstöße dagegen berichten, ist unabdingbar.
- Projekte, die auf die Enthüllung von Kriegsverbrechen und Zerstörung abzielen, brauchen Unterstützung. (...)

¹ Der vorliegende Text wurde von der *Medienhilfe Ex-Jugoslawien* übersetzt, die seit Jahren unabhängiges und professionelles Medienschaffen im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien unterstützt. Die ungekürzte englische Originalfassung dieses Beitrages sowie Berichte über die aktuelle Entwicklung im Medienbereich in Serbien, von ANEM wöchentlich in einem „weekly report“ zusammengestellt, findet sich auf <www.medienhilfe.ch>

nicht beschreiten, da die alternativen Gewerkschaften nicht gerade viel Einfluss haben.

Mandel: Sind die alternativen Gewerkschaften in der Ukraine noch schwächer als in Russland?

V. Zlenko: Ja. Am stärksten ist die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft, aber die Kumpel sind sehr standesbewusst und interessieren sich nur für ihresgleichen. Sie haben alle meine Anstrengungen zurückgewiesen. Dann wären da noch die Lokführer und die Fluglotsen; daneben gibt es noch andere verstreute Grüppchen, keine davon sehr effektiv. Die alternativen Gewerkschaften bekommen auch etwas Unterstützung aus dem Ausland.

Um noch einmal auf die Schule zu sprechen zu kommen: Ihr Ziel ist es, den Arbeitern die Rolle der Gewerkschaften zu vermitteln und ihnen zu helfen, die Gewerkschaften in demokratische Arbeiterorganisationen umzuwandeln. Unsere Arbeiter verstehen den Kapitalismus und ihre eigene Interessenlage nicht wirklich.

Mandel: Die konziliante Politik der Gewerkschaftsführer findet bei den einfachen Mitgliedern also Anklang?

V. Zlenko: Ja, die Arbeiter halten an ihrer sowjetisch geprägten Mentalität fest, auch wenn sie sehen, wie das Management vorgeht. Aber wie bereits erwähnt ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einer stärkeren Unabhängigkeit der Arbeiter die Tatsache, dass die meisten unserer Fabriken still stehen. Wenn die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz wären und von ihrem Lohn leben könnten, wäre es viel einfacher, etwas zu verändern.

Mandel: Wie rekrutieren Sie Arbeiter für die Schule?

V. Zlenko: Das ist sehr kompliziert. Wenn ich einfach in die Fabriken gehen könnte und die Arbeiter, die Interesse an gewerkschaftlichem Engagement zeigen, direkt einladen könnte, wäre es einfach. Da ich diese Möglichkeit aber nicht habe, muss ich über regionale Funktionäre, die mir nahe stehen, den Kontakt zu Interessierten herstellen. Für die ASMU sind das hauptsächlich die Regionen Charkov, Vinnica und teilweise Kremenčug, für die REP unterstützen mich Lugansk, Dnepropetrowsk und Doneck.

Aber auch wenn es Unterstützung seitens der regionalen Präsidenten gibt, müs-

sen wir uns immer noch mit den einzelnen Betriebsräten auseinandersetzen. Hier, in dieser Automobilfabrik in Černigov, meiner Stammfirma, beschwert sich der Vorsitzende des Betriebsrats zwar bei mir, welcher starken Druck das Management auf die Gewerkschaft ausübt, hat aber Angst, mich im Betrieb mit den Arbeitern sprechen zu lassen. Aber auch dort, wo die Betriebsräte kooperativer sind, erreichen wir nicht immer unser Ziel. Manchmal schicken sie uns Mitarbeiter des Managements oder berufstätige Pensionisten, die unfähig sind, ihre Denkweise zu ändern. Manchmal sind die Arbeiter einfach passiv. Manchmal kann ich einen von ihnen überreden, in die Schule zu kommen. Nur wenige sind dann beim zweiten oder dritten Mal noch dabei. Wir versuchen, besonders die jungen Arbeiter anzusprechen, die in die wirklichen Konflikte verwickelt sind.

In unseren Kursen vermitteln wir kein Patentrezept für Verhandlungsführung oder zur Verwaltung der Gewerkschaftsfinanzen, obwohl das vielleicht keine schlechte Idee wäre, wenn wir die Ressourcen dafür hätten. Unser Ziel ist es, Aktivisten zu helfen eine neue Sichtweise zu entwickeln – unabhängig davon, was das Management, die Regierung, die Presse und sogar ihre eigenen Funktionäre ihnen erzählen. Die Arbeiter sollen eine eigene und unabhängige Sichtweise auf die Unternehmen, die Gesellschaft und ihren Platz darin entwickeln.

Fast ebenso wichtig für unsere Kurse ist die Tatsache, dass die Schule ein Ort ist, an dem sich engagierte Arbeiter aus unterschiedlichen Betrieben und Regionen gegenseitig unterstützen und Erfahrungen austauschen können. So beginnen sie, sich selbst als Klasse wahrzunehmen. Im Moment gibt es keinen anderen Ort, wo das möglich wäre. In unserem letzten Seminar in Charkov im Mai waren Leute aus vier verschiedenen Gewerkschaften dabei, darunter auch freie Gewerkschaften sowie Sam Gindin, der ehemalige Assistent des Präsidenten der CAW. Nicht alles, was der Arbeiter aus der freien Gewerkschaft sagte, ergab einen Sinn, aber zumindest ist er aktiv und versucht wirklich die Leute zu mobilisieren. Wir haben ihn also zu unseren Seminaren in Charkov eingeladen und er kommt.

Mandel: Was kann mit solchen Bildungsmaßnahmen erreicht werden?

V. Zlenko: Mit wirklichen Ergebnissen rechne ich in etwa zehn Jahren. Aber schon jetzt sind gewisse Auswirkungen spürbar. Im Mai gab es in einem Betrieb in Lozova-

ja eine Arbeitsniederlegung, die wie ein wilder Streik aussah. In Wirklichkeit wurde der Streik geheim von einigen Aktivisten vorbereitet, die an unserem Ausbildungsprogramm teilgenommen hatten. Ihre Vorgesetzten konnten ihnen das aber nicht nachweisen. Die anderen Teile des Unternehmens haben sich dem Streik zwar nicht angeschlossen, aber durch die Entsendung von Delegationen ihre Solidarität bekundet, was auch eine Seltenheit darstellt. Ursache des Streiks waren nicht ausbezahlte Löhne, die Arbeiter konnten sich durchsetzen. Es war kein Zufall, dass dies alles geschah, kurz nachdem fünf junge Aktivisten von unserem Seminar in Charkov nach Hause zurückgekehrt waren. Nach dem Seminar sagten sie zu mir: „Wir sind jetzt andere Menschen. Wir sehen die Dinge in einem völlig anderem Licht.“ Ich kann beobachten, wie sie sich von einem Seminar zum anderen verändern. Sie bringen sich stärker ein, ihre Urteile sind besser begründet und werden mit mehr Nachdruck vorgebracht.

Es ermutigt mich, dass ich, ein Jahr nach Eröffnung der Schule, aus allen Landesteilen Einladungen bekomme. Ich weiß allerdings nicht, wie ich das bewerkstelligen soll. Natürlich, wenn mehr Geld da wäre, könnte ich mehr Lehrer und Leute einstellen, die mir helfen. Jetzt bin ich aber praktisch auf mich allein gestellt und habe lediglich die organisatorische Rückendeckung von einigen regionalen Gewerkschaften und natürlich von meiner Frau Tanja, die es zulässt, dass ich sie gnadenlos ausbeute. Ganz entscheidend ist auch der intellektuelle Rückhalt, den ich von der russischen Schule für Arbeiterdemokratie erhalte. Die Leiter der russischen Schule denken im Moment darüber nach, eine Arbeiteruniversität ins Leben zu rufen, um anstelle von kleinen Seminaren eine systematische Ausbildung anbieten zu können. Genau das ist nötig, um Gewerkschafter auszubilden. Aber auch das ist eine Frage des Geldes, und die Gewerkschaften sind arm, obwohl sie Geld für Schulung finden könnten, wenn sie es wirklich wollten. Aber jene Gewerkschaftsfunktionäre, die das wollen und davor keine Angst haben, sind noch zu selten.

Gewerkschaften für einen Stabilitätspakt mit sozialer Dimension

von Grigor Gradev

■ Nachdem die ursprüngliche Fassung des von 32 Staats- und Regierungschefs im Juli 1999 in Sarajevo beschlossenen Stabilitätspaktes für Südosteuropa nicht einmal das Wort „sozial“ enthielt, haben der EGB und die Gewerkschaften der Region eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, um dem Pakt eine soziale Dimension zu geben. ■

Im Vergleich zu den Ländern Ostmitteleuropas folgte der Transitionsprozess hin zu Demokratie und Marktwirtschaft auf dem Balkan einem speziellen Pfad. Durch die komplexe Mischung von politischen und wirtschaftlichen Reformen mit nicht abgeschlossenen Prozessen der Nationsbildung wurden die Gesellschaften aller Länder der Region – speziell im ehemaligen Jugoslawien – von ernststen Krisen erschüttert, die in eine Reihe von Kriegen mündeten und Rückschläge für die ganze Region mit sich brachten. In den meisten Ländern Südosteuropas war die Gesellschaft selbst von der Notwendigkeit des Systemwechsels überzeugt, was zu Druck von unten führte. Die Gewerkschaften spielten in diesem Prozess eine Schlüsselrolle.

Die spezifische Konstruktion von Staat und Gesellschaft in Jugoslawien führte zu einem zweistufigen Muster des Wandels. Der primäre Impuls ging in Richtung einer Abspaltung von den gemeinsamen Strukturen hin zur Suche von Lösungen innerhalb des Nationalstaates und in einem ethnozentrischen Aktionsrahmen. Dieser Wandel ging dann oftmals in eine nationalistische Richtung, was den Stellenwert interner Probleme reduzierte und somit den Handlungsspielraum für diejenigen Akteure einengte, die an echter Demokratie, Wirtschaftsreformen und sozialer Entwicklung interessiert waren. Dies traf speziell auf die Gewerkschaften zu. Die Regimewechsel fanden vor allem als entscheidende Restrukturierung des politischen Prozesses statt, waren aber dennoch im Wesentlichen auf die Ebene der politischen Eliten beschränkt. Die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften waren in der Unterstützung dieser Reformen wichtige Faktoren, die große Teile der Gesellschaft für Wahlen mobilisierten.

Bei den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um einen effizien-

ten Ausweg für komplexe Probleme in der Region fanden militärische Lösungen eine immer größere Akzeptanz. Gleichzeitig erlitt dadurch allerdings die Suche nach ausgewogeneren Ansätzen und vorbeugenden Aktivitäten auf so entscheidenden Gebieten wie der Sicherheit und Fragen der Konsensfindung – speziell im sozioökonomischen Raum – einen Dämpfer. Mögliche Initiativen in diesem Bereich wurden dadurch eingeengt, dass sich der Kern der „Transitionsprozesse“ primär auf politische Reformen konzentrierte.

Der Stabilitätspakt hatte also das Ziel, Stabilität zu bringen, die Bedingungen für eine allgemeine Weiterentwicklung auf dem Balkan zu schaffen und den Wandel zu beschleunigen, speziell in Serbien. Der Koordinator des Pakts umriss die Aufgaben mit den Worten, Ziel sei es einen Neubeginn in der Region zu ermöglichen.

Die soziale Dimension des Stabilitätspakts

Der Stabilitätspakt entstand als schnelle und ziemlich spontane Reaktion der internationalen Gemeinschaft unter der Führung der EU, um nach der Kosovo-Krise denjenigen Gesellschaften, die den Weg der Reformen eingeschlagen hatten, beim Wiederaufbauprozess und der Stabilisierung eine Perspektive zu bieten. Durch die Unterstützung dieser Bemühungen sollte ein Gürtel des Wohlstands und der Entwicklung rund um Jugoslawien geschaffen werden, der durch seine Beispielwirkung den Druck auf das Milošević-Regime erhöhen würde, selbst ebenfalls Reformen zuzulassen. Damit Hand in Hand gehend sollte durch eine neue wirtschaftliche Dynamik das Image der EU und anderer westlicher Staaten in der Region aufgebessert werden, nachdem die Militärkampagne der NATO im Kosovo-Konflikt sehr umstritten gewesen war.

Das Hauptgewicht der Aktivitäten des Stabilitätspakts war offensichtlich darauf ausgerichtet, nach den militärischen Erfolgen auch Fortschritte beim Transformationsprozess auf der Basis (west)europäischer Werte und Standards zu erzielen. Der verfolgte Ansatz entsprach dem eines klassischen Transitionsprozesses, wie er von den internationalen Finanzinstitutionen vorgegeben war. Die Notwendigkeit für finanzielle und wirtschaftliche Reformen wurde überbetont, während Fortschritte im sozialen Bereich nur als Nebenprodukt dieser Reformen angesehen wurden. Dabei zeigte der erste Plan des Paktes ein beschränk-

Grigor Gradev ist Koordinator des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für den Stabilitätspakt für Südosteuropa.

teres Denken als in den Fällen der Staaten Mittelosteuropas. Der Schwerpunkt wurde auf die Entwicklung adäquater Strategien zur Demokratisierung, zur Schaffung dynamischer marktwirtschaftlicher Strukturen sowie auf Sicherheit und regionale Kooperation gelegt. Dagegen besagen die Ziele des Stabilitätspakts nichts über die Notwendigkeit einer sozialen Dimension des Prozesses des Wiederaufbaus und der Stabilisierung. Das Wort „sozial“ kommt im Text nicht einmal vor.

Nach den sofortigen Interventionen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und der wichtigsten internationalen Gewerkschaftsorganisationen korrigierten die Architekten des Stabilitätspakts im nächsten zentralen Dokument – der Erklärung des Gipfels von Sarajevo vom Juli 1999 – diesen Ansatz teilweise. Der Wirkungsbe- reich des Paktes wurde um Demokratie, die Achtung der Menschenrechte sowie um wirtschaftliche und soziale Entwicklung erweitert. Damit wurde der Weg für eine realistischere Einbeziehung der Sozialpartner und anderer Faktoren der Zivilgesellschaft in die Bemühungen um Stabilität und Konsensbildung in der Region bereitet. Da die EU eine führende Rolle spielen musste, erkannte der EGB seine „spezielle Verantwortung als Koordinator der Gewerkschaftspolitik innerhalb des Stabilitätspakts“ an. Die organisatorischen Strukturen des Stabilitätspakts und die Funktionsmechanismen verhinderten jedoch weiterhin einen möglichen Beitrag der Gewerkschaften und Arbeitnehmer in diesem Prozess.

Fortschritte erzielten die Anstrengungen zur Einbringung einer sozialen Dimension auf einer hochrangig besetzten Konferenz zum Thema Beschäftigung, Arbeit und Sozialpolitik in Südosteuropa, die 1999 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Sofia organisiert wurde. Die gemeinsame Erklärung der Vertreter von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern von fast allen Ländern der Region (mit Ausnahme der Bundesrepublik Jugoslawien und Griechenlands) und Ungarns führte dazu, dass sich eine soziale Dimension des Transformationsprozesses abzuzeichnen begann. Sie umriss die zu verfolgenden Ziele und die Schlüsselbereiche, in denen dringend Maßnahmen erforderlich waren, sowie eine Reihe von Voraussetzungen und Instrumentarien, um die Entwicklung vor Ort zu gewährleisten. Diese Maßnahmen waren als Ergänzung zu den Bemühungen um eine makroökonomische Stabilisierung, Privatisierung, Restrukturierung und eine umfassende Sozialpolitik gedacht. Die soziale Dimension

sollte folgende Aspekte umfassen: Grundrechte am Arbeitsplatz, bessere Möglichkeiten für Männer und Frauen, eine akzeptable Arbeit zu finden, einen wirksamen sozialen Schutz für alle sowie die Stärkung der Sozialpartnerschaft und des sozialen Dialogs in der Region.

Damit gab die Erklärung von Sofia nicht nur volle politische Unterstützung für die Entwicklung einer sozialen Dimension des Stabilitätspakts, sondern skizzierte auch ein ziemlich klares Maßnahmenprofil für die Region. Die wesentlichen Akteure waren zudem bereit, diese Maßnahmen auch in die Praxis umzusetzen, wenngleich sie vorläufig noch immer außerhalb des Rahmens des Paktes verblieben.

Strategien und Maßnahmen des EGB

Auf dem 9. Kongress des EGB vom Juni 1999 wurde der offizielle Start des Maßnahmenpakets des Stabilitätspakts begrüßt. Auf dem Treffen des Exekutivkomitees vom 17. September 1999 wurde die Haltung des EGB konkretisiert, um Lücken im Rahmen des Paktes zu schließen und den nationalen Gewerkschaften zu helfen, als Partner anerkannt zu werden. Die wichtigsten Schritte zur Unterstützung des sozialen Aspekts des Paktes in der Region enthielten:

- Die Bildung eines Koordinationszentrums – des EGB-Forums „Balkan Stabilitätspakt“ – von lokalen Partnerorganisationen, Beobachtern, Partnern und anderen Gewerkschaften der Region.
- Die Organisation einer Konferenz unter dem Titel „Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und seine soziale Dimension“ im Dezember 1999 in Brüssel.
- Eine Anfrage an die Europäische Kommission über ein Arbeitsprogramm zu sozialen Fragen innerhalb des Paktes.
- Die Einrichtung einer speziellen Website, um Informationen für und aus der Region und zwischen den Organisationen der Region zu kanalisieren.

Die Vorbereitungen für diese Aktivitäten wurden begonnen und eine Arbeitsgruppe von Experten aus der Region formiert, um die nötigen Dokumente für die praktische Umsetzung der Beschlüsse auszuarbeiten.

Das EGB-Balkanforum und die Task Force

Die EGB-Konferenz begründete am 5. Dezember 1999 das Balkanforum als einen speziellen Rahmen für Gewerk-

schaftsaktivitäten im Kontext des Stabilitätspakts. Das Forum sollte neue Strategien entwickeln sowie Positionen und Aktionen koordinieren, um das Profil der sozialen Dimension des Wiederaufbau- und Stabilisierungsprozesses zu artikulieren. Die wichtigsten Prioritäten waren dabei die folgenden:

- Die Förderung der Demokratie, mit sozialen Rechten und den Rechten der Gewerkschaften als eine Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region.
- Ein ehrlicher sozialer Dialog und die volle Teilnahme der Arbeiter und Gewerkschaften im Wiederaufbau- und Integrationsprozess.
- Eine wirtschaftliche Transformation mit einer effektiven sozialen Dimension – basierend auf dem Europäischen Sozialmodell als Basis für die Bewertung des erzielten Fortschritts –, um die Errungenschaften der Reformen zu konsolidieren. Die Bemühungen in diesem Bereich setzen ein effizientes Anti-Korruptionsprogramm für transparente und sozial akzeptable Wirtschaftsreformen voraus.
- Regionale Kooperation als ein wesentlicher Beitrag für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung mit dem EGB als anerkannter Plattform, um Kontakte zwischen den Gewerkschaftsorganisationen in der Region zu erleichtern.

Das EGB-Balkanforum umfasst Organisationen mit unterschiedlichem Status im Verhältnis zum EGB aus allen Ländern der Region und aus Ungarn. Das Forum soll einmal pro Jahr zusammentreten. Eine ständige Task Force des EGB-Sekretariats wurde eingerichtet, um spezifische Aktivitäten der Gewerkschaften innerhalb des Stabilitätspakts vorzubereiten und zu beobachten. Das Forum hielt seine zweite Konferenz Anfang Oktober 2001 in Thessaloniki ab.

Die Strukturen und Organisationen des EGB im Hinblick auf den Stabilitätspakt wurden in zwei Richtungen entwickelt. Erstens sollten Organe direkt an der sozialen Dimension des Stabilitätspakts teilnehmen. Parallel dazu sollte die Zusammenarbeit auf nationaler und regionaler Ebene erleichtert werden, um den sozialen Dialog und die Rolle der Gewerkschaften im Transformationsprozess zu stärken.

Die Aktivitäten der Task Force

Die Etablierung einer permanenten Struktur innerhalb des EGB-Sekretariats für die operationelle Unterstützung des Forums sollte die spontan gebildete Ar-

beitsgruppe lokaler Experten institutionalisieren. Sie soll als eine Art Zentrum zur Entwicklung neuer Ideen und Strategien dienen, gemeinsame Aktivitäten innerhalb der Region erleichtern und nationale sowie internationale Ressourcen für deren Umsetzung mobilisieren. Die Task Force soll drei Mal pro Jahr zusammentreten. Damit schuf der EGB eine einzigartige Möglichkeit zur Repräsentation der sozialen Interessen der Region innerhalb der Aktivitäten des Stabilitätspakts und in anderen europäischen Institutionen.

Die Zusammensetzung der Task Force variiert entlang zweier zentraler Entwicklungslinien:

- Erstens markiert die Task Force eine klare Tendenz hin zu einer Einbeziehung der Gewerkschaften jedes Landes der Region, was auch zu erweiterten Task Force Treffen über wichtige Themen mit allen Organisationen führte, wie etwa anlässlich der Verabschiedung der Initiative für soziale Kohäsion durch den zweiten Arbeitskreis des Stabilitätspakts. Mit der Teilnahme eines Experten aus Bosnien-Herzegowina am Treffen in Brčko im Jahr 2000 wurde die ganze Region durch die Arbeit der Task Force abgedeckt und in ihre Tätigkeit einbezogen, wobei allerdings die reale Teilnehmerzahl fluktuiert.
- Zweitens formiert sich schrittweise ein ziemlich stabiler Kern von Experten aus Albanien, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Makedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien. Vertreter von Gewerkschaften anderer Balkanstaaten (speziell aus Griechenland und der Türkei) nahmen nur sporadisch teil, was de facto zur Abwesenheit ihrer Experten in einigen entscheidenden Treffen der Task Force für nun schon ein Jahr führte.

Ein positives Resultat dieser Tätigkeit wurde schon 2001 deutlich. Die Task Force erreichte einen höheren Bekanntheitsgrad und wurde zu einer anerkannten Referenzquelle für verschiedene europäische und andere Organisationen und Institutionen in Südosteuropa. Bei einigen Anlässen brachte sie lokales Expertenwissen ein und lieferte einen Beitrag zur Arbeit von themenorientierten Arbeitsgruppen oder Netzwerken wie dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC), von Beschäftigungsprojekten des Europarats, des Anti-Korruptionsnetzwerks der OECD, eines Projekts der European Training Foundation über den sozialen Dialog etc. Diese direkte Interaktion lokaler und europäischer Akteure im Stabili-

sierungsprozess wird zweifellos ein besseres gegenseitiges Verständnis der Lage und des Handlungsspielraums auf allen Seiten mit sich bringen. Dadurch können Illusionen zerstreut und unrealistische Erwartungen verringert werden, was beim Abbau unnötiger Spannungen in den Gesellschaften helfen wird und ermöglicht, die Anstrengungen auf die eigentlichen Prioritäten des Reformprozesses zu konzentrieren.

Des Weiteren zeigte die Bildung der Task Force, welches Potential regionale Netzwerke selbst innerhalb einer kurzen Zeitspanne und angesichts von Mängeln an Erfahrung besitzen. Sie ist eine Art Prototyp, der sich durch interpersonelle und organisationsübergreifende Verbindungen auszeichnet, die einander gegenseitig verstärken und in gemeinsamen Projekten und Aktivitäten resultierten, was ein besseres Verständnis der jeweils anderen Organisation zur Folge hatte.

Regionale Aktivitäten

In der Phase nach der Initiierung des Stabilitätspakts erlangte die Balkanregion zunehmend internationale Aufmerksamkeit. Die Aktivitäten der Task Force als Ganzes und die ihrer einzelnen Mitglieder versuchten, die sich bietenden Gelegenheiten dazu zu nützen, ein Bewusstsein für die Umsetzung des Stabilitätspakts und die Notwendigkeit einer sozialen Dimension des Reformprozesses zu schaffen. Sie versuchte, Kontakte zu erleichtern und Organisationen bei wichtigen Initiativen zu unterstützen. Die Gruppe nahm an der internationalen Konferenz über soziale Entwicklung in der Region teil, die der Gewerkschaftsbund „Nezavisnost“ aus Serbien und die SSSCG aus Montenegro im Jahr 2000 in Igalo organisierte. Auch auf der Konferenz über die Auswirkungen der Schattenwirtschaft auf den Reformprozess 2001 in Kotor war sie anwesend. Einzelne Mitglieder präsentierten die Programme des EGB-Balkanforums bei zahlreichen Veranstaltungen und Treffen mit dem Europäischen Parlament, dem ECOSOC, der OECD, wichtigen politischen Parteien und anderen Organisationen, die in der Region aktiv oder Mitglied des EGB sind.

Gleichzeitig wurde vor Ort das Programm der Task Force umgesetzt und die Gelegenheit wahrgenommen, zentrale Fragen der Stabilisierung speziell in politisch sehr sensiblen und spannungsgeladenen Bereichen anzusprechen. Ein paar Beispiele für diese Art von Interventionen im Folgenden:

Bei der Gründung des Forums wurde der Beschluss gefasst, im Frühling des Jah-

res 2000 eine gemeinsame gewerkschaftliche Aktionswoche mit simultanen Aktivitäten in allen Ländern durchzuführen. Ziel war es, das Bewusstsein für den Stabilitätspakt unter den Organisationen der Region und für die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zu erhöhen. Die Veranstaltungen umfassten Runde-Tisch-Diskussionen, Seminare und Pressekonferenzen. Meist waren die Arbeitgeberseite und Vertreter der Regierungen der Region stark vertreten.

Dadurch wurden in einigen Ländern die Beziehungen und der Informationsfluss zwischen Gewerkschaften und Regierungsvertretern verbessert. In Montenegro wurde weniger als ein Jahr danach bereits der Gewerkschaftsvertreter in der nationalen Stabilitätspaktkommission beauftragt, die Regierung bei Veranstaltungen zur sozialen Dimension des Pakts zu vertreten. Die Initiative führte auch zur Einrichtung nationaler Institutionen zur Korruptionsbekämpfung in Kroatien und Montenegro, bei denen auch Gewerkschaftsvertreter mitarbeiten. In anderen Ländern, zum Beispiel in Makedonien, gab es aber keinerlei Reaktion von offizieller Seite und die Gewerkschaften wurden weiterhin ignoriert.

Ein weiteres Beispiel für das Engagement der Task Force war das Projekt für die Wiederaufnahme der Arbeit im Industriekomplex von Trepča in der Unruheregion von Mitrovica im Kosovo. Neben seiner symbolischen Bedeutung war Trepča auch eine Säule der Wirtschaft des Kosovo. Der Zustand des Kombinats spiegelt den Zustand der Gesellschaft wider, ist andererseits aber auch zentral für eine Verbesserung der Lage, da es früher der größte Arbeitgeber sowohl für Serben als auch für Albaner war. Somit war die Wiederaufnahme der Produktion für die Bemühungen um Frieden und Stabilität in der Provinz enorm wichtig.

Der von der UN-Verwaltung entworfene Plan wurde mit einer Reihe unterschiedlicher und höchst komplexer Herausforderungen konfrontiert: Eigentumsfragen, finanzielle, juristische, operationelle und politische Probleme verlangten einen breiten Konsens unter den betroffenen Parteien, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Dabei halfen die Gewerkschaften bei der Entwicklung der industriellen und sozialen Infrastruktur. Zuerst vermittelte die Task Force, um die albanischen und serbischen Gewerkschaften an einen Tisch zu bringen und eine tragfähige Arbeitsgrundlage zwischen ihnen zu schaffen. Nach einigen Rückschlägen konnte dies

schließlich schrittweise und mit Unterstützung der Minenarbeitergewerkschaft des Kosovo, der UGS Nezasvisnost, der serbischen Gewerkschaft in Trepča und bulgarischer und makedonischer Gewerkschaften realisiert werden.

Die Zusammenarbeit albanischer und serbischer Gewerkschaften im Kombinat ebnete den Weg für eine zweite Phase, den Aufbau sozialer und industrieller Strukturen in dem neu belebten Unternehmen und die Schaffung eines Rahmens zur Kommunikation mit dem Management. Hier wurde der Prozess mit Unterstützung französischer Gewerkschaften – der CFDT und der CGT – sowie durch ihnen nahestehende Beratungsfirmen und deutsche Berater weitergeführt. Die Komplexität der Probleme des Unternehmens hat den Prozess verzögert und wesentlich schwieriger gemacht als ursprünglich angenommen.

Trotzdem konnten auch laut Dana Eyre, einer hochrangigen politischen Beraterin der UNMIK, aus dem Fall Trepča wichtige Lehren für den Aufbau von friedlichen, partnerschaftlichen Strukturen gezogen werden. Neben der essentiellen wirtschaftlichen Bedeutung ist auch die weniger klar definierbare kulturelle und politische Ebene innerhalb der ethnischen Gemeinschaften vor Ort für den Erfolg entscheidend. Hier wurde die Bedeutung der Intervention der Gewerkschaften in Trepča auch von den Behörden anerkannt.

Ein drittes, sehr anschauliches Fallbeispiel war der Ausbruch von Gewalt unter Jugendlichen in der ethnisch gemischten Region von Brčko in Bosnien. Das Ende der Unruhen erfolgte praktisch zeitgleich mit dem Treffen der Task Force in der Stadt. Nach einer Diskussion der Ereignisse und der ihnen zugrunde liegenden Ursachen veröffentlichten die Führer der bosnischen und serbischen nationalen Gewerkschaftsorganisationen eine gemeinsame Erklärung, in der der Missbrauch der Beschäftigungslage und der sozialen Probleme zur Anheizung ethnischer Spannungen und die damit einhergehende Gefährdung der Stabilität in der Region verurteilt wurden. Die lokalen Organisationen der beiden Gewerkschaften vereinbarten gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der grundsätzlichen Probleme im gewerkschaftlichen Bereich und zur Förderung von Toleranz und Frieden in der Region.

Das Bauen von Brücken durch die Förderung des sozialen Dialogs zwischen den betroffenen Parteien wurde als zentraler Tätigkeitsbereich des EGB-Balkanforums und der Task Force definiert. Die ersten

Schritte waren ermutigend und könnten in verschiedenen Bereichen eine positive Dynamik schaffen, aber ihre Wirkung sollte nicht überschätzt werden. Der Mangel an echtem Spielraum für die soziale Entwicklung innerhalb des Reformprozesses und im Rahmen des Stabilitätspakts machen eine Realisierung der guten Intentionen schwierig. Nur vereinzelt konnten echte Erfolge erzielt werden, auch bedingt durch Mängel bei der Finanzierung längerfristiger Projekte. Bislang wurden die anfallenden Kosten durch den EGB mit Unterstützung durch die Friedrich Ebert-Stiftung gedeckt, manchmal leisteten auch die ECOSOC und einige westliche Gewerkschaften einen Beitrag. Die Hoffnungen konzentrieren sich auf Möglichkeiten effizienterer Arbeit in der Region innerhalb der Initiative für soziale Kohäsion des Stabilitätspakts.

Die Initiative für soziale Kohäsion (ISK)

Zentrum des Interesses des EGB-Fo-
rums und der Task Force blieb die Verwirklichung einer sozialen Dimension des Stabilitätspakts. Seit September 2000 lag der Fokus der Aktivitäten auf der Initiative für soziale Kohäsion, die gemeinsam durch den Stabilitätspakt, die ILO, den Europarat, den EGB, den IBFG, den WVA u.a. vorbereitet wurde. Die Initiative wurde auf dem Treffen des Working Table II im Oktober 2000 in Istanbul vorgestellt. Die Regierungen Deutschlands, der Schweiz sowie Regierungen Südosteuropas begrüßten das Projekt, während sich die USA dagegen stellten und die Europäische Kommission ihr Missfallen zum Ausdruck brachte. Die ISK wurde gemeinsam mit einem Aktionsplan letztendlich auf einem Treffen des Working Table im Mai 2001 in Tirana beschlossen. Sie hat fünf Schwerpunkte:

- Die Förderung der Beschäftigung unter Betonung der lokalen Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben. Sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen sollten gleiche Möglichkeiten des Zugangs zum Arbeitsmarkt in der Region gegeben werden.
- Die Entwicklung eines sozialen Dialogs, der die Konsensbildung erleichtern und den Sozialpartnern die Möglichkeit geben sollte, effektiv auf die Gestaltung der Politik in der Region Einfluss zu nehmen.
- Soziale Sicherheit, die allen bedürftigen Gruppen gleichermaßen den Zugang zu Dienstleistungen gewährleisten soll.
- Die Schaffung neuer Standards in den

Bereichen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz gemäß europäischer Richtlinien.

- Verbesserung des Gesundheitswesens.
- Die Entwicklung von Modellen für billige Sozialwohnungen, speziell für Flüchtlinge und ethnische Minderheiten.

Im Herbst 2001, nach der Vorbereitung und Auswahl von Projekten in den einzelnen Schwerpunktgebieten und ihrer Präsentation auf der Geberkonferenz im Oktober 2001 in Bukarest, trat die ISK in eine neue Phase. Somit konnte die Initiative teilweise die Kluft verringern, die sich zwischen den sozialen Spannungen einerseits und den erst in einigen Jahren spürbaren positiven Auswirkungen der großen Projekte zur Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung aufgetan hatte.

Das Konzept der Gewerkschaften war und ist, lokalen Akteuren – insbesondere den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft – die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme mit ihren eigenen Projekten zu geben und – gemäß der Erklärung von Sarajevo – ihnen das Gefühl zu vermitteln, den Reformprozess aktiv zu beeinflussen. Das gegenwärtige Profil der Projekte, die der nächsten Geberkonferenz unterbreitet werden sollen, folgt aber ebenso wie zahlreiche gute Intentionen noch immer einem bekannten Muster anderer sogenannter „Transitionsprogramme“ in den Staaten Ostmitteleuropas. Große europäische oder internationale Organisationen wie die ILO, der Europarat oder die WHO unterbreiten Ideen und Projekte, an denen sich dann lokale Akteure, vor allem Regierungen, als Partner beteiligen können.

Man sollte sich vom Prozess der Einbringung einer sozialen Dimension keine Wunder erwarten. Die Herstellung von Kontakten zwischen verschiedenartigen und oft miteinander rivalisierenden Interessensgruppen ist an sich schon schwer genug und ein Erfolg an sich. Die ISK kann die große Last an sozialen Problemen in der Region nicht lösen, schon gar nicht in kurzer Zeit. Was sie kann ist, unter Berücksichtigung der mittlerweile recht umfangreichen Erfahrungen der Reformstaaten Ostmitteleuropas neue Strategien zu entwickeln und dabei zu helfen, so weit wie möglich Fehler auf diesem Weg zu vermeiden.

Damit sollen die guten Ideen, die eingebracht wurden, nicht herabgewürdigt werden. Vielmehr soll die Bedeutung der Wahrnehmung des Reformprozesses in den einzelnen Gesellschaften vor Ort hervorgehoben werden. Es ist sehr vielsagend, dass mit

Ausnahme des Gesundheitssektors so gut wie kein Interesse von Seiten der Regierungen für die essentiellen Bereiche der Beschäftigung und des sozialen Dialogs besteht. Sogar ein gemeinsames Projekt des EGB-Balkanforums und der Internationalen Arbeitgeberorganisation über die Entwicklung des sozialen Dialogs hatte Probleme, auf der Geberkonferenz Gehör zu finden.

Schlussfolgerungen

Der gegenwärtige Stand der ISK stellt nur die Anfangsphase in der Entwicklung einer sozialen Dimension des Stabilitätspakts dar und war in dessen Rahmen ein echter Durchbruch. Um aber neben den internationalen Finanzinstitutionen ein echter Fokus für die Entwicklung neuer Strategien zu werden, bedarf sie noch größerer Unterstützung. Es muss verhindert werden, dass ihre Tätigkeit zu einem versteckten Instrument des Krisenmanagements und der humanitären Hilfe verkommt.

Bei allen gegenwärtigen und zukünftigen Problemen der Aktivitäten der Initiative und der Gewerkschaften hat die Strategie des EGB und ihres Balkan-Gewerkschaftsforums bereits wertvolle Resultate mit realen Chancen für weitere Entwicklungen geliefert. Der Ansatz, alle wichtigen Organisationen der Region an einen Tisch zu bringen und über eine gemeinsame Zukunft und über verstärkte regionale Zusammenarbeit, ja sogar über die Lösung nationaler Probleme zu diskutieren, ist in gewisser Hinsicht ein einzigartiges Phänomen in der Region. Dieser Prozess war weder einfach noch problemlos, aber er hat bereits angefangen Zentren der Stabilität in der Region zu schaffen und unterstützt den allgemeinen Trend hin zu einem konsensorientierten Miteinander zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und die Suche nach Lösungen im Rahmen des sozialen Dialogs. Wer die Bedeutung dieser Errungenschaften unterschätzt und sie an den Rand des politischen Prozesses drängt, könnte zu einer unnötigen Radikalisierung von Arbeitskonflikten und sozialpolitischen Fragen und damit zur Verzögerung des Transformationsprozesses beitragen. Obwohl die ISK keine Wunder vollbringen kann, könnte eine stärkere Unterstützung durch den Stabilitätspakt und internationale Geber ihre Arbeit signifikant beschleunigen und zur Entwicklung neuer Zentren der Stabilität in der Region führen.



ZEITUNG FÜR POLITISCHE ÖKOLOGIE
NR. 22 · NOVEMBER 2001

Kultur als Kampfbegriff der Politik

Das Gute gegen das Böse



Gut und böse haben nach dem 11. September 2001 Kategorien wie arm und reich, nord und süd oder demokratisch und undemokratisch als Elemente der Debatte abgelöst. Planet 22 macht sich auf die Suche nach Antworten auf Terror, Gewalt und Krieg jenseits von Gut und Böse.

MIT BEITRÄGEN VON:

Carl Conetta: Strategien gegen Terror / **Michael Pohly:** Optionen nach den Taliban / **Sabine Strasser:** Kultur als Mittel der Politik / **Ulrike Lunacek:** Raushalten - Nein danke! / **Franz Leldenmühler:** Ein Krieg ist ein Krieg / **Peter Steyrer:** Bestrafung statt Vergeltung / **Drehli Robnik:** Rache für Pearl Harbor

WEITERS:

Europäische Union: Überwachung und Abschottung / Grüne und der Krieg: Streifzug durch die Debatte um Krieg und Terror in Grünen Parteien / Körper: Kult und Begierde / Sozialabbau: Aufbegehren / Links, Literatur und noch vieles mehr

Probeexemplare & Abonnements

Abo ATS 60,-/Jahr, Förderabo ATS 350,-/Jahr + zwei Bücher) bei:
Grüne Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, A-1070 Wien, planet@gruene.at
Kontonr: Erste, 30001035171, BLZ 20111

Wenige Gewerkschaftsmitglieder, geringerer Schutz

von Frank Hantke

■ **Der Organisationsgrad
der polnischen
Gewerkschaften liegt bei 15
Prozent, in den meisten
Klein- und Mittelbetrieben
gibt es keine
Gewerkschaftsvertreter.
Eine Stärkung der
Gewerkschaften ist umso
notwendiger, weil es auch
keine gesetzlich festgelegten
ArbeiterInnenvertreterInnen
gibt und somit viele
ArbeiterInnen angesichts
steigender Arbeitslosigkeit
der Willkür der
Unternehmer weitgehend
schutzlos ausgeliefert sind.** ■

Frank Hantke ist Leiter des Projektes
„Regionale Gewerkschaftskooperation
für Mittel- und Osteuropa“
der Friedrich-Ebert-Stiftung
mit Sitz in Warschau.

Einleitung

Zu Anfang muss angemerkt werden, dass ein relativ kurzer Artikel kaum den vielen Facetten, Themen und Problemen gerecht werden kann, die eigentlich ausführlich betrachtet werden müssten, um die aktuelle Situation der polnischen Gewerkschaften hinreichend zu beschreiben. In der Kürze werden daher viele Faktoren nicht oder nur unzureichend genannt, andere nur stichwortartig aufgeführt, um einige Fragestellungen zu beleuchten, die für den Autor von besonderer Wichtigkeit scheinen. Dabei ist auch ein kurzer Rückblick bis in die 1980er Jahre sinnvoll, denn viele Positionen und Konfrontationen führen in diese Zeit zurück.

Natürlich schreibt die polnische Gewerkschaftsgeschichte auch Kapitel der freien Gewerkschaften in den beiden vergangenen Jahrhunderten. Die prägenden Strukturen, die auch heute noch großen und unterschiedlichen Einfluss auf die agierenden Gewerkschaften haben, wurden allerdings nach dem 2. Weltkrieg durch die kommunistische Machtübernahme eingeführt.

Kommunistische Einheitsgewerkschaften hatten vorrangig die Funktion der Übertragung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der herrschenden Partei auf die Betriebsebene. In ihnen waren nahezu alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer organisiert. Diese Gewerkschaften übten daneben auf der Betriebsebene viele sozialpolitische Funktionen aus – von Jugendreisen bis zur Beschaffung teilweise notwendiger Lebensmittel. Einige dieser Aufgaben haben sich übrigens bis heute gehalten.

Die Hauptfunktion der Gewerkschaften aber war gewiss die des Transmissionsriemens der Partei. Die Struktur der Gewerkschaften erlaubte es nämlich, politische Ziele bis in das kleinste Glied der Gesellschaft zu tragen – auch dorthin, wo die Hand der Partei oder ihrer Organisationen nicht mehr hin

reichte. Sofern sich diese Gewerkschaften während und nach der Wende einem inneren Reform- und Demokratisierungsprozess unterwarfen, konnte diese weitgefächerte Struktur übrigens nach der Wende auch ein unübersehbarer Startvorteil sein, den bis heute keine andere neue oder verbliebene Organisation aufholen konnte: ein Netzwerk von der nationalen Ebene bis hinunter auf die Betriebs- und/oder Ortsebene.

Entstehung der NSZZ Solidarność und ...

Bereits in den 1970er Jahren hatte es in Polen Aufstände von Arbeitern gegeben, die z.T. blutig niedergeschlagen wurden. Damals schon waren Arbeiter beteiligt, die sich auch Anfang der 80er Jahre anschickten, mit der NSZZ Solidarność den langen Kampf gegen das Regime aufzunehmen. Als sich 1980 die Lebensumstände der polnischen Arbeiter wesentlich verschlechterten, wurden Streiks in Gdansk und später in ganz Polen ausgerufen, zunächst um in erster Linie die Arbeits- und Einkommensbedingungen zu verbessern. Doch aus dieser Bewegung wurde rasch eine politische Bewegung, welche die Grenzen der Gewerkschaftsarbeit weit überschritt. Die im August 1980 offiziell anerkannte Gewerkschaft NSZZ Solidarność wandelte sich sehr schnell in eine übergreifende politische Bewegung gegen das herrschende Regime. Sie konnte sich der Unterstützung der katholischen Kirche ebenso wie der vieler liberaler und intellektueller Kreise (Laienlinke) sicher sein.

Gerade in dieser Stärke und in ihrem umfassenden Anspruch auf grundlegende Veränderungen lag – aus Sicht des Regimes – die große Gefahr, die von dieser Gewerkschaftsbewegung ausging und der sich auch viele Tausende anschlossen, die bis vor kurzem Mitglieder der bestehenden offiziellen Gewerkschaften gewesen waren. Mit Ausrufung des Kriegsrechtes 1981 wurde diese Bewegung wie auch die anderen Gewerkschaften aufgelöst und in den Untergrund getrieben. Sie konnte sich zwar weltweit der Unterstützung von Gewerkschaften und anderen politischen Organisationen erfreuen, sah sich aber gleichzeitig immer in der Rolle einer politischen Bewegung. Eine Rolle, die von außen durchaus auch teilweise kritisch betrachtet wurde. In dieser Doppelrolle sieht sich die NSZZ Solidarność bis heute gefangen, und gleichzeitig trug diese Doppelrolle wesentlich sowohl zu ihrem historischen Erfolg 1989 als auch zu ihren wachsenden Problemen nach der Wende bei.

... Gründung der OPZZ

Während des Kriegsrechtes aus den Reststrukturen der alten Staatsgewerkschaften eine neue Gewerkschaftsdachorganisation durch das herrschende Regime gegründet, die „Allpolnische Verständigung der Gewerkschaften“ OPZZ. Zu ihr fanden sowohl Anhänger der bestehenden Ordnung wie auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zunächst eher unpolitisch wieder einer Gewerkschaft beitreten wollten, darunter auch manche, die der NSZZ Solidarność angehört hatten. Allerdings blieb die OPZZ bis Ende 1997 fest im Lager der kommunistischen Gewerkschaften – auch als eines der letzten Mitglieder im kommunistischen Weltgewerkschaftsbund. Während man von der NSZZ Solidarność Zahlen der Mitglieder und Sympathisanten kennt – zu Beginn der 80er Jahre bis zu 10 Millionen, am Ende der 80er Jahre ca. 2,2 Millionen –, sind über die Mitgliedszahlen der OPZZ zur damaligen Zeit weniger klare Auskünfte zu erhalten (Mitte der 80er Jahre ca. 5 Millionen). Und auch heute noch variieren die Angaben über die Mitgliedszahlen sehr stark.

1989: Sieg der NSZZ Solidarność und der Massenbewegung

Als im Jahre 1989 der kaum erwartete Umsturz des politischen Gefüges in Polen gelang, hatte die NSZZ Solidarność den Zenit ihrer Beliebtheit in der Bevölkerung erreicht.

Nur dank dieser großen Unterstützung konnte es gelingen, einen vergleichsweise friedlichen Umsturz herbeizuführen. Aber schon wenige Zeit später wurde deutlich, dass die ursprüngliche Kraft auf einem einzigen, wirklich gemeinsamen Programmpunkt basierte: das bestehende Regime zu überwältigen.

Schon bald kristallisierten sich recht unterschiedliche Vorstellungen heraus, mit welchen politischen Prinzipien und Programmen ein Neuaufbau gestaltet werden sollte. Die einstige Massenbewegung zerfiel sehr schnell in recht unterschiedliche politische Gruppierungen, und übertragen galt dies auch für die NSZZ Solidarność als Gewerkschaft. Nachdem sich die führenden Intellektuellen der Bewegung aus der Organisation zurückgezogen hatten, verblieb als vorherrschende politische Orientierung eine eher konservativ klerikal orientierte Gruppe, die sich gleichwohl auch als Motor der wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Umwandlung verstand. Eine kleine Gruppe von eher linksorientierten Funktionären der NSZZ Solidarność gründete mit reformorientierten Postkommunisten eine sozialdemokratisch ausgerichtete Partei, die „Solidarität der Arbeit“ und spätere Arbeitsunion (UP).

Gewerkschaften: Unterstützerinnen „ihrer“ Parteien

Schon Lech Walesa wuchs aus seiner Rolle innerhalb der Gewerkschaft heraus, als er sich erfolgreich um das höchste Amt im Staate bewarb. Allerdings gab er damit auch seine Funktionen innerhalb der Solidarność auf, so dass es trotz großer inhaltlicher Nähe durchaus eine Trennung von politischer Macht und Gewerkschaft gab. Sein Nachfolger, Marian Krzaklewski, verfolgte dagegen recht früh eine Politik des sowohl als auch und brachte unmittelbar vor den Wahlen im Jahre 1997 ein rechtes Parteienbündnis unter seiner Führung zusammen, das mit einem Erdrutschsieg über die postkommunistische Linke gleich in die Regierungsverantwortung gelangte. Aber auch hier zeigte sich erneut, dass der konsequent vorgetragene Antikommunismus im Kampf um die Regierungsmacht als gestaltendes Programm kaum ausreichte. Mit großem Enthusiasmus wurden weitreichende Reformen eingeleitet, die wegen vieler Mängel in der Umsetzung an Unterstützung in der Bevölkerung verloren und eher für die von der Wahlaktion Solidarność (AWS) geführte Regierung zum Desaster führten (beide Regierungsparteien sind nach den Wahlen vom 23. September 2001 nicht einmal mehr im Sejm vertreten).

Gleichzeitig wurde die Gewerkschaft vor eine immer härtere Zerreißprobe gestellt, weil sie in vielen Fällen in einem direkten Interessenkonflikt steckte. Auf der einen Seite hatte man die Interessen der Mitglieder zu vertreten, die häufig genug im Rahmen der Umstrukturierungen um ihre Zukunftsperspektiven fürchten mussten. Auf der anderen Seite wollte man die Regierungspolitik unterstützen, die man als Solidarność in vielen Fällen maßgeblich mitgestaltet hatte. Der Konflikt wurde personifiziert in der Gestalt des Solidarność-Präsidenten Krzaklewski, der lange Zeit auch die graue Eminenz der Regierungskoalition war. Dieser Konflikt eskalierte in der Zeit der Präsidentschaftskandidatur Krzaklewskis im vergangenen Jahr, die gegen den Amtsinhaber Kwasniewski (Sozialdemokrat) laut allen Umfragen wohl schon aussichtslos schien.

Vervollständigt wurde das Bild durch die Aktivitäten der Konkurrenzorganisati-

on, der OPZZ. Diese näherte sich erst langsam und Schritt für Schritt der Politik des Europäischen Gewerkschaftsbundes an. Die OPZZ unterstützte die oppositionelle Partei Demokratisches Linksbündnis (SLD) in ihrer Politik gegen die AWS-Regierung mit ähnlicher Intensität, wie es die Solidarność für die Regierung tat. Die Konsequenz aus dieser Gesamtkonstellation war, dass sich die Gewerkschaftsmitglieder beider Organisationen immer weniger in ihren ureigenen Interessen vertreten sahen.

Die Folge waren Austritte und in einigen Fällen die Unterstützung politisch neutralerer Gewerkschaftsorganisationen. So bildeten sich gänzlich neue Gruppierungen, die zwar mit ihren punktuellen Forderungen durchaus für ihre Klientel Erfolge bringen konnten, damit einer geeinten Gewerkschaftsbewegung in Polen aber keinen Dienst erweisen konnten.

Schutzkompetenz der Gewerkschaften gesunken

In einer Untersuchung für die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1999 wurden einige Tendenzen deutlich. So entwickelte sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad stark zurück. Heute kann man – ohne auf vollständige Zahlen zurückgreifen zu können – etwa einen Organisationsgrad von ca. 15 % konstatieren. Dazu kam, dass die Gewerkschaften mehr und mehr nur im staatlichen Bereich oder in den ehemals staatlichen Großbetrieben präsent sind, während sie in den privatwirtschaftlichen Bereichen kaum einen Fuß in die Tür bekommen konnten. Dramatisch zeigte sich dies bei Klein- und Mittelbetrieben. Heute kann man davon ausgehen, dass in ca. 70 % aller polnischen Betriebe und Verwaltungseinheiten (vom Kleinst- bis zum Großbetrieb) keine Gewerkschaft existiert. Da es auch keine Betriebsräte oder ähnliche Schutzinstitutionen gibt, sind viele Arbeitnehmer angesichts einer steigenden Arbeitslosigkeit (aktuell ca. 16 % mit wachsender Tendenz) der Willkür der Unternehmer weitgehend schutzlos ausgeliefert.

Trotz geringer parlamentarischer Vertretung ...

Polen ist nach wie vor – zumindest in den Köpfen vieler Spitzenpolitiker – politisch gespalten. So fest gefügt, wie sich die beiden Lager – Antikommunisten und Postkommunisten – gegenüberzustehen scheinen, so zerbrechlich wirkt das Parteiengefüge, wie sich gerade angesichts der jüngsten

Wahlergebnisse zeigt. Die Partei bzw. das Parteienbündnis, das ursprünglich von der NSZZ Solidarność initiiert und getragen worden war, verschwand gänzlich aus dem Parlament, während rechte, erzkonservative oder populistische Gruppierungen neben einer wirtschaftsliberalen Plattform zusammen fast 30 % der Wählerstimmen bekamen.

Beide großen Gewerkschaftsdachverbände hatten Mitte des Jahres die Zeichen der Zeit erkannt und einen Rückzug aus der direkten Beteiligung an der jeweiligen Parteienarbeit eingeleitet. Im neuen Sejm gibt es wesentlich weniger Gewerkschaftsfunktionäre als in der vergangenen Wahlperiode. Zwar hatten Solidarność-Funktionäre auf den Listen der AWS kandidiert, scheiterten jedoch mit diesem Parteienbündnis gänzlich, während von Seiten der OPZZ nur noch Funktionäre der Regional- und Branchengewerkschaften kandidierten, da der Dachverband für seine führenden Funktionäre eine parlamentarische Abstinenz beschlossen hatte. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich eine neue Regierung unter der Führung der SLD an ihren engen Bindungen mit der Gewerkschaft orientiert. Wäre dies der Fall, kämen die Gewerkschaften – insgesamt gesehen – wieder in eine ähnliche Lage wie in der vergangenen Amtsperiode: Man würde sich in die politischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition hineinziehen lassen mit dem Ergebnis, dass wohl weitere Mitglieder diese Organisationen verlassen würden. Zur Zeit diskutieren offenbar einige Gewerkschaften die Gründung eines neuen, politisch neutralen Dachverbandes. Es ist allerdings kaum zu erwarten, dass dies zu einer größeren Zusammenarbeit der Gewerkschaften führen würde.

... herrscht ein strikter Glaube an Gesetze

Ein wesentlicher Grund für die starke Direktbeteiligung der Gewerkschaften an der parlamentarischen Arbeit liegt in der Auffassung begründet, dass die wesentlichen Fragen der Arbeitsbeziehungen per Gesetz zu lösen seien. So zeigt sich das Arbeitsgesetz Polens in seiner ganzen Vielfalt durchaus recht arbeitnehmerfreundlich, seine Durchsetzung am Arbeitsplatz ist jedoch eher schwach. Mit der Orientierung an der Gesetzgebung geht ein großes Manko bei bilateralen Vereinbarungen einher. Im privatwirtschaftlichen Bereich gibt es fast keine überbetriebliche Vereinbarung. So lässt sich die Strategie, die Arbeitsbeziehungen vornehmlich über direkte Parlamentsarbeit und Gesetze regeln zu wollen, rückblickend als scheinbare staatliche

Macht und wachsende betriebliche Ohnmacht zusammenfassen.

Aufschwung berufsständischer Organisationen

Im vergangenen Jahr zeigte eine ehemals kleine Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen, das Dilemma klar auf. Angesichts der chronischen Unterfinanzierung des Gesundheitswesens blieben die Löhne und Gehälter weit hinter den Zusagen der Regierung zurück. Diese Gewerkschaft, die keinem Dachverband angehört, erreichte durch lang andauernde Protest- und Streikaktionen einen Teilerfolg, während die Branchenorganisationen der beiden Dachverbände eher gebannt verfolgten, wie mit den Erfolgen der kleinen Konkurrenz ihre Mitglieder davonliefen. Zwar war das Ergebnis kaum mehr als ein Scheinerfolg für die vertretene Berufsgruppe, weil die Gewerkschaften gemeinsam eher eine grundsätzliche Finanzierung der Gesundheitsreform hätten fordern und durchsetzen können. Es zeigte sich aber deutlich die Gefahr der Zersplitterung in berufsständische Interessensorganisationen.

Sozialpartnerschaft auf polnisch

Wie in vielen anderen Reformstaaten wurde in Polen nach der Wende eine tripartite Kommission eingerichtet, allerdings aufgrund eines Vertrages der damals agierenden Sozialpartnerorganisationen und nicht auf Grund eines Gesetzes, das prinzipielle Vorgaben hinsichtlich der Repräsentativität oder auch der zu lösenden Aufgaben enthalten würde. Da sich besonders bei den Sozialpartnerstrukturen organisatorisch und strukturell in den vergangenen Jahren manches geändert hatte, ergab sich bei der gleich gebliebenen Besetzung der tripartiten Kommission ein zunehmend schräges Bild. In vielen Fällen konnte dieses Gremium, das einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen anstreben sollte, kaum wirkliche Lösungen erarbeiten. Besonders Gewerkschaften und Arbeitgeber monierten bei fast allen Regierungen, dass diese weniger den Kompromiss suchten, sondern das Gremium zumeist nur als Konsultationsorgane nutzten, um die eigenen Positionen durchzusetzen bzw. auch nur bekannt zu geben. Die Probleme eskalierten mit dem Auszug der OPZZ im Jahre 1999 und ihrer Klage bei der ILO, der in einigen Punkten recht gegeben wurde. In diesem Sommer aber wurden die Weichen

für eine gesetzlich verankerte tripartite Kommission gestellt, und es bleibt zu hoffen, dass die neue Konstruktion bessere Ergebnisse bringen wird. Allerdings – so glauben viele Experten – hat sich diese Lösungsebene mit der weitgehenden Privatisierung der Wirtschaft ohnehin überlebt. Sie fürchten sogar, dass damit die notwendige Entwicklung eines leistungsfähigen bilateralen Dialoges zwischen den Sozialpartnern eher gebremst wird.

Dies scheint sich in Polen in vielfältiger Weise zu bestätigen. Mit wenigen Ausnahmen gibt es im privatwirtschaftlichen Bereich keinen ausgeprägten bilateralen Dialog, damit auch keine Branchentarifvereinbarungen oder ähnliche Verträge. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpartner gerade in schwierigen Branchen sind damit begrenzt, auftretende Probleme konkretisieren sich auf der betrieblichen Ebene, wo – wenn überhaupt – oftmals eher betriebsbezogene Lösungen bei Umstrukturierungen und/oder Stilllegungen gefunden und vereinbart werden.

Geringe Repräsentanz in den Betrieben, ...

Wie bereits beschrieben sind die Gewerkschaften nur noch in der Budget-Sphäre besonders stark, d.h. in staatlichen Betrieben bzw. in Betrieben, die noch zur Privatisierung anstehen. Hier allerdings ist in den meisten Fällen – salopp gesagt – nicht mehr viel zu holen. Es handelt sich in diesem Bereich zumeist um eher defensiv angelegte Auseinandersetzungen um Anpassung von Löhnen und/oder Abfindungsgeldern bei Entlassungen. Nur selten sehen sich die Sozialpartner in der Lage zukunftsorientierte Lösungen auszuarbeiten, die auch Perspektiven für neue Qualifikationen und Arbeitsplätze einbeziehen.

Entsprechend der Schwäche der Gewerkschaften auf der Branchen- und Regionalebene haben sich auf der überbetrieblichen Ebene bislang mit wenigen Ausnahmen auch auf der Arbeitgeberseite keine starken Verhandlungspartner formiert. Wie die Präsidentin eines Arbeitgeberverbandes sagte, bekomme sie bei den Gesprächen mit Arbeitgebern, die sie zur Mitgliedschaft in ihrem Verband überzeugen wolle, häufig die Frage gestellt: Warum soll ich mich durch einen Verband und seine Vereinbarungen mit Gewerkschaften binden, wenn ich in meinem Betrieb schalten und walten kann, wie ich möchte? Dies wirft ein Licht einerseits auf die geringe Repräsentanz der Gewerkschaften in den KMU und im gesamten privatwirtschaftlichen Bereich und

andererseits auf den zu geringen überbetrieblichen Druck.

... jedoch Vereinbarungen zumeist auf betrieblicher Ebene

Dort, wo Gewerkschaften existieren, werden Tarifverhandlungen auf der betrieblichen Ebene geführt. In vielen, besonders in größeren Betrieben existieren mehrere Gewerkschaften, die in der letzten Zeit besser kooperieren, auch wenn sie konkurrierenden Dachverbänden angehören. Die Vereinbarungen beziehen sich zumeist auf Lohn- und Gehaltsfragen, weniger auf qualitative Aspekte. Hier gibt es eine Reihe von arbeitsgesetzlichen Regelungen, die nur sehr selten positiv erweitert werden konnten.

Entsprechend der nur sehr lückenhaften Arbeitsbeziehungen auf den verschiedenen Ebenen wird in der Alltagspraxis das vorhandene Regelwerk für streitige Auseinandersetzungen äußerst selten angewandt. Der Kompromiss zwischen den Sozialpartnern wird als Gestaltungsmöglichkeit nicht sehr häufig angestrebt. Die Eskalation von Streitigkeiten geht dann oft sehr rasch und manchmal auch unkontrolliert vor sich, die Praxis der stufenweisen Eskalation mit erneuten Verhandlungsmöglichkeiten findet man kaum. Daher erleben wir gerade in gefährdeten Branchen häufig schnell eskalierende Auseinandersetzungen mit Bahn- und Straßenbesetzungen oder auch Demonstrationen in Warschau, die aber nur selten wirklich ans Ziel geführt haben. Einige Gewerkschaften haben gelernt, dass öffentlichkeitswirksame Protestaktionen kurzfristige Erfolge bringen, wie z.B. im Bergbau, wo recht hohe Abfindungsgelder erstritten wurden. Allerdings wurden damit kaum mittel- und langfristige Probleme des jeweiligen Arbeitsmarktes angegangen – andere, die später kamen, gingen leer aus, da die Haushaltslage nichts mehr hergab.

Vielzahl von Betriebsgewerkschaften, ...

In Polen gibt es – so weisen unterschiedliche Untersuchungen übereinstimmend aus – weit über 20.000 Betriebsgewerkschaften, wenn auch viele davon nur noch auf dem Papier.

Eine Betriebsgewerkschaft kann von zehn Beschäftigten gegründet werden und ist zunächst eine eigenständige juristische Person, d.h. die Mitgliedsbeiträge werden bei der Betriebsgewerkschaft entrichtet. Diese kann sich einer regionalen oder auch

nationalen Organisation anschließen – entweder auf der Branchenebene oder auf der Ebene der Dachorganisation selbst. So gibt es bspw. bei der OPZZ einige Betriebsorganisationen, die direkt dem Dachverband OPZZ angeschlossen sind (z.B. weil sie explizit eine Mitgliedschaft in der entsprechenden Branchenorganisation ausschließen), während die meisten den zugehörigen Branchenorganisationen angeschlossen sind. Einige sehr große Betriebsgewerkschaften aber bleiben ohne Bindung an übergeordnete Organisationen. Es gibt keine genauen Zahlen, aber es kann geschätzt werden, dass ca. 30 % der Betriebsgewerkschaften keinem der beiden großen Dachverbände angehören. Daneben findet man eine Reihe von kleineren, auf der nationalen Ebene kaum bedeutenden Dachverbänden wie z.B. die Solidanosć-80 oder die KADRA, eine Organisation für leitende Angestellte.

... aber nur zwei große Dachverbände

Die Strukturen von NSZZ Solidarnosć und OPZZ unterscheiden sich wesentlich (die der anderen Organisationen werden nicht weiter behandelt). Bei der NSZZ Solidarnosć herrscht nach wie vor eine eher zentral orientierte Struktur vor. So sind die Branchenorganisationen nicht autonom und verfügen weder über finanzielle noch personelle Eigenständigkeit. Die Mitgliedsgelder gehen nur zu einem geringen Anteil an die Branchenorganisationen, zu einem etwas größeren Teil an die regionalen Strukturen. Ihr allergrößter Teil verbleibt auf der Betriebsebene. Anders stellt sich die Struktur der OPZZ dar, die eher als loser Dachverband agiert, dessen Branchenorganisationen sehr eigenständig arbeiten. Sie sind finanziell und personell autonom. Aber auch hier verbleibt der Großteil der Mitgliedsbeiträge auf der betrieblichen Ebene.

Die zwangsläufige Folge dieser Strukturen bei beiden Dachverbänden ist eine Schwäche der Branchenorganisationen, die sich vielfach äußert. So verfügen die Branchenorganisationen nur über sehr wenig Personal und sind somit auch nur selten in der Lage, übergeordnete Handlungsstrategien zu entwickeln, die branchendeckend auf der Betriebsebene umgesetzt werden können. Lediglich in großbetrieblichen Strukturen mit mehreren Einzelbetrieben und bei multinationalen Unternehmen können sich weiter reichende strategische Ansätze entwickeln. Daher bestimmen betriebliche Abwehrkämpfe das Bild der Gewerkschaftspolitik.

Deutlich wird das Manko auch, betrachtet man die zunehmende Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Gewerkschaftsstrategie in den meisten Branchen, die längst durch multinationale Unternehmen und deren Politik geprägt werden. Die Probleme wurden allerdings längst erkannt, und in beiden Organisationen werden Diskussionen über Strukturreformen geführt. Dies gilt auch in Hinblick auf notwendige Fusionen kleinerer Branchenorganisationen.

Neuere Entwicklungen und Ausblick

In jüngster Zeit haben sich die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit von NSZZ Solidarnosć und OPZZ in grundlegenden Fragen wohl verbessert. Ein wesentlicher Hintergrund der Streitigkeiten beider Organisationen ist neben deren parteipolitischen Bindungen die ungelöste Frage der Verteilung des Gewerkschaftsvermögens, das während der Kriegezeit einbehalten wurde. Dabei handelt es sich um sehr komplexe und vielfältige Fragen, die nur z.T. auf der Dachverbandsebene geklärt werden können. Hier ist man allerdings zu einer ersten Einigung gekommen, was durchaus auch als Startschuss für weitere Einigungen auf Regional- und Branchenebene gewertet werden kann.

Diese Annäherungen scheinen auch notwendig, denn es mehren sich die Gewerkschaften, die – grundlegend unzufrieden mit der bisherigen politischen Beeinflussung beider Dachverbände – eigene Wege gehen wollen und einige Male für ihre kleine Klientel sogar Erfolge verbuchen konnten. Allerdings sind derartige Entwicklungen für eine einheitliche gewerkschaftspolitische Mitgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umwandlungsprozesses kaum hilfreich.

Die OPZZ hat an den Europäischen Gewerkschaftsbund einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, der in den kommenden Monaten zur Diskussion steht. Sie wäre die letzte größere Dachorganisation in den Beitrittsstaaten, die den Weg in den EGB fände. Die meisten Erfahrungen in ähnlich gelagerten Fällen (CGT in Frankreich oder CC.OO. in Spanien, aber auch DAG in Deutschland) haben gezeigt, dass eine Mitarbeit auf der europäischen Ebene auch zu einem besseren Miteinander auf der jeweiligen nationalen Ebene führen kann. Insofern ist die aktuelle EGB-Mitgliedsdiskussion gewiss auch eine Chance für die polnischen Gewerkschaften, erneut an Stärke und Gestaltungskraft zu gewinnen.

... hat ihre Schuldigkeit getan?

von Béla Galgóczi

■ Während des Übergangs zur Marktwirtschaft waren die ungarischen Gewerkschaften in Sozialpartnerstrukturen eingebunden. Mit dem Erstarken des Unternehmertums und dem Wahlsieg der Konservativen wurden einige dieser Strukturen abgeschafft. Die Gewerkschaften – bisher fixiert auf die „nationale Politik“ – trifft dies umso mehr, als der Aufbau von Basisstrukturen vernachlässigt wurde und die Schwäche in den Betrieben nunmehr auch ihre Legitimität aushöhlt. ■

Béla Galgóczi ist Soziologe und Ökonom und derzeit freiberuflich tätig.

Elf Jahre nach dem politischen Umbruch ist die wirtschaftliche Transformation Ungarns beinahe abgeschlossen und der EU-Beitritt in greifbare Nähe gerückt. Die strukturellen Veränderungen führten zu ernsthaften Einschnitten im Sozialsystem. Die im großen Stil durchgeführten Privatisierungen brachten eine Gruppe von Privateigentümern hervor und die Wirtschaft wurde auf einen schnellen und anhaltenden Wachstumskurs gebracht. Obwohl die schwierigste Phase der Transformation bereits überwunden ist, steht der kritischste Abschnitt, in dem sich die Zukunft der Gesellschaft einer der hoffnungsvolleren Regionen Zentral- und Osteuropas entscheiden wird, noch bevor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bildet sich eine Zwei-Drittel-Gesellschaft heraus, die eine ihren westeuropäischen Pendanten entgegengesetzte Struktur aufweist. Wenn wir den Trend zu einer raschen Differenzierung innerhalb der Gesellschaft und die generelle Entsolidarisierung berücksichtigen, könnte das Auseinanderdriften der Gesellschaft noch krassere Formen annehmen. Um diese Polarisierung unter Kontrolle zu bringen, ist ein gesellschaftlicher Dialog nötiger denn je.

Die Periode der Transformation war keine „normale Phase“ der sozio-ökonomischen Entwicklung, die nach westlichen Maßstäben einfach beschrieben und verstanden werden kann. Sie war vielmehr so etwas wie ein „Ausnahmestand“, in dem die wichtigsten Stränge der Entwicklung oft durch äußere Faktoren determiniert waren. Erst jetzt tritt die Gesellschaft in die Normalität, eine organische Entwicklung, ein, in der jene Verhaltensmuster, wie sie in etablierten Marktwirtschaften vorherrschen, zur Entfaltung kommen. Die Gewerkschaften können jetzt wie wirkliche Gewerkschaften agieren und sind nicht mehr die multifunktionalen sozialen Akteure, die sie in den Jahren der Transition waren. Damals hatten sie mit ersten Legitimationsproblemen zu kämpfen, da ihre Prioritäten darin lagen, den Reformprozess zu unterstützen, was zu Interessenskonflikten führte, da dies manchmal im Wider-

spruch zu ihrer Funktion als Interessensvertretung der Werktätigen stand.

Der Aufbau der Gewerkschaften nach der „Wende“

Die Umgestaltung der Gewerkschaften von parteinahen, staatlich gelenkten Massenorganisationen hin zu freien und unabhängigen Organisationen verlief in jedem Land anders.

In Ungarn war die Gewerkschaftsbewegung seit 1989 zersplittert. Acht Gewerkschaftsverbände kämpften um Anerkennung und politischen Einfluss, sechs von ihnen waren in die landesweiten „sozialpartnerschaftlichen“ Institutionen eingebunden. Diese sechs Verbände unterscheiden sich durch ihre Geschichte, ihre Mitgliederstärke, ihre politischen Verbindungen. Die größte von ihnen, der Nationale Verband Ungarischer Gewerkschaften (MSZOSZ, 720.000 Mitglieder), ist die reformierte Nachfolgeorganisation der ehemaligen kommunistischen Gewerkschaft (Nationaler Gewerkschaftsrat, SZOT). Einige Teilorganisationen haben ihre Bindungen an den monolithischen SZOT-Block gelockert oder sich als unabhängige Gewerkschaften neu gegründet:

- Der Verband Autonomer Gewerkschaften (ASZSZ, nach eigenen Angaben 222.000 Mitglieder)
- Die gewerkschaftliche Kooperative „Forum“ (SZEK, nach eigenen Angaben 530.000 Mitglieder)
- Der Gewerkschaftliche Berufsverband (ÉSZT, nach eigenen Angaben 95.000 Mitglieder).

Zwei Gewerkschaften, die Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften (98.000 Mitglieder) und die Nationale Assoziation der Betriebsräte (70.000 Mitglieder), wurden zwischen 1988 und 89 gegründet und haben keinerlei Wurzeln im Realsozialismus.

Ungarn folgte also weder der Tschechoslowakei, wo die alten Gewerkschaften zerschlagen wurden, noch dem polnischen Modell, in dem sich die neue, alternative Solidarnosc zum Rivalen der alten Gewerkschaften entwickelte. Die alten Gewerkschaften in Ungarn, die in Verbindung mit dem SZOT-Block standen, behaupteten nach einigen grundlegenden Reformen ihre dominierende Position und konnten sich auf einen bemerkenswerten Rückhalt unter den Arbeitern stützen. Die Wahl des Vorstands des Sozialversicherungsfonds und die Wahl des landesweiten Arbeitsrates 1993, die von der Öffentlichkeit als „Gewerkschaftswahlen“ wahrgenommen wurden, verfestigten die Dominanz der MSZOSZ bei einer abso-

luten Mandatsmehrheit. Gleichzeitig war es der Schlusspunkt der heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften. Es wurde deutlich, dass ein bipolares Modell „alter“ und „neuer“ Gewerkschaften in Ungarn nicht funktionieren kann.

Restriktionen während der turbulentesten Jahre

Die erste Phase der Transition war in den meisten osteuropäischen Staaten eine Zeit des relativen sozialen Friedens und der Zurückhaltung der Gewerkschaften, obwohl sich der Lebensstandard der meisten arbeitenden Menschen radikal verschlechterte. Die Reallöhne sanken innerhalb von 3 bis 4 Jahren um 20 bis 30 Prozent und die Arbeitslosigkeit kletterte von beinahe null auf 10 Prozent. Unter solchen Bedingungen wäre ein harter Konfrontationskurs auf Basis der traditionellen Werte der Arbeiterbewegung zu erwarten gewesen. Ob die Gewerkschaften so schwach waren oder ob sie weise genug waren, auf den langfristigen Erfolg der Reformen zu vertrauen und dabei auf kurzfristige Forderungen zu verzichten, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. In den nächsten Abschnitten will ich versuchen, das zurückhaltende Vorgehen der Gewerkschaften in Ungarn zu erklären.

Das Erbe des Realsozialismus kann als ein Faktor betrachtet werden, da die staatlichen Gewerkschaften in ihrer Rolle als Interessensvertretung der arbeitenden Menschen versagt haben. Die offiziellen Gewerkschaften begünstigten die gesellschaftliche Atomisierung und den wachsenden Individualismus durch informelle „Tauschgeschäfte“. Das führte nicht nur zu einem Legitimitätsverlust der Gewerkschaften, sondern beschleunigte vor allem auch die Herausbildung solcher informeller Beziehungen unter den Arbeitnehmern, die den politischen Klimawechsel überlebt hatten.

Ein zweiter wichtiger Faktor ist die Tatsache, dass die Gewerkschaften zu politischen Akteuren im Transformationsprozess wurden. In Ungarn spielten die Gewerkschaften während der gesamten Periode der Transition landesweit eine aktive Rolle. Da die politischen Veränderungen behutsamer vonstatten gingen als in den meisten anderen osteuropäischen Ländern und die marktwirtschaftlichen Reformen sich auf eine gewisse Kontinuität mit den reformkommunistischen Experimenten der 1980er-Jahre stützen konnten, hatte kein politischer Akteur die Gelegenheit, sich als die Verkörperung revolutionärer Veränderungen zu präsentieren. Es gab eine neu gegründete Gewerkschaft, die Liga, die eine aktive Rolle bei den Umwälzungen zwischen 1988

und 1990 spielte. Da sie eine kleine, intellektuelle Bewegung ohne starke Wurzeln in der Arbeiterschaft war, konnte sich die Liga keine Hoffnungen machen, die Hegemonie der postkommunistischen Gewerkschaft zu brechen. Andererseits spielte die MSZOSZ während des Umbruchs eine defensive Rolle und sah ihre Legitimität erschüttert, nachdem sich 1990 ein neues politisches System etabliert hatte. Ihr Überleben verdankt die MSZOSZ der bereits 1988 von der reformkommunistischen Regierung durchgeführten sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung der Gewerkschaft. Dadurch sollte eine neue Legitimationsbasis für Gewerkschaften, insbesondere für die MSZOSZ, geschaffen werden.

Die erste frei gewählte konservative Regierung hatte kein großes Vertrauen in die Gewerkschaften und nahm anfangs eine feindselige Haltung gegenüber der MSZOSZ ein. Es war die bittere Erfahrung der Taxiblockade im Herbst 1990 (bei der die Gewerkschaften paradoxerweise keine zentrale Rolle spielten), welche die Regierung veranlasste, gegenüber den Interessensvertretungen einschließlich der Gewerkschaften eine kooperativere Haltung einzunehmen. Das zeigte sich besonders in der Anerkennung des Nationalen Komitees zur Versöhnung als landesweites Forum zum Interessensausgleich. Der Zeitraum bis 1992 war von internen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften und von erneuten Versuchen der Regierung, die MSZOSZ im Zaum zu halten, gekennzeichnet. Gleichzeitig war es für die MSZOSZ höchste Zeit, um ihre Anerkennung zu kämpfen. Es waren aber weniger die nicht sehr glücklich verlaufenden Kampagnen, welche die Macht der Gewerkschaften sichtbar machen sollten, als vielmehr die organisatorische Ausrichtung auf sozialpartnerschaftliche Strukturen, die der Gewerkschaft zu höherer Akzeptanz und gewachsenem Selbstvertrauen verhalf. Nach dem Abkommen über den Besitz der Gewerkschaften und nach den „Gewerkschaftswahlen“ hatte sich eine gewerkschaftliche Landschaft mit sechs großen Organisationen, darunter die dominierende MSZOSZ, herauskristallisiert und die Regierung akzeptierte diese Realität.

In den ersten turbulenten Jahren der Transition waren die Gewerkschaften mit ihrem eigenen Überleben und ihrer Selbstlegitimation beschäftigt. Ihre Aktivitäten konzentrierten sich zuerst auf das Feld der Politik, wofür organisatorisch die besten Voraussetzungen bestanden. Sie nahmen eine aktive Rolle im Bereich der Gesetzgebung ein, vernachlässigten aber die Basisarbeit am Arbeitsplatz. Es ist bemerkenswert, dass die Betriebe für die Gewerkschaften

lediglich Orte waren, die sie für die Mobilisierung für landesweite politische Kampagnen nutzten. Einer der letzten großen Versuche der Regierung, die Gewerkschaften zu schwächen, war die Einführung von gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsräten, was als Manöver gegen die Präsenz von Gewerkschaften in den Betrieben verstanden wurde und auch so gemeint war. Damit wurden auch die Betriebsratswahlen zu einem Test für die Gewerkschaften, der mit einem Erdrutschsieg der MSZOSZ endete. In dieser Periode, in der die Last, welche die Arbeitnehmer zu tragen hatten, am schwersten war, charakterisieren die Ausdrücke „schwach“ und „gespalten“ die Gewerkschaften am besten. Das Schweigen der Gewerkschaften war wohl in der Schwäche der Arbeiterbewegung insgesamt begründet.

Die Situation änderte sich nach den zweiten Wahlen (1994) dramatisch, als die mit der MSZOSZ verbündete Sozialistische Partei die absolute Mehrheit gewann. Mehrere Vorsitzende von MSZOSZ-Teilgewerkschaften waren nun Parlamentsabgeordnete der Sozialistischen Partei. Diese Neuverteilung der politischen Macht änderte jedoch nicht viel am Verhalten der Gewerkschaften, der Hintergrund war allerdings ein anderer.

Zu dieser Zeit wurde es zur Doktrin der großen Gewerkschaft, nationale Wirtschaftspolitik und gewerkschaftliche Interessensvertretung miteinander zu verknüpfen, es wurde also bewusst ein konzilianter Weg gewählt. Die extreme Härte eines Belastungspakets der sozialistischen Regierung, das 1995 zu einer zwölfprozentigen Kürzung der Reallöhne innerhalb eines Jahres führte, wurde zum Prüfstein für diese Politik – seitens der Betroffenen gab es weder Proteste noch Streiks. Die Situation war paradox: Eine linksgerichtete Regierung verfolgt eine liberale Währungspolitik, die an Härte sogar jene von Margaret Thatcher in Großbritannien übertraf. Es ist aber auch wahr, dass der Handlungsspielraum für die Regierung sehr beschränkt war, da der Staatshaushalt am Rande des Bankrotts stand. Die Wiederherstellung der Stabilität der Wirtschaft hat sich als die richtige Strategie erwiesen, um langfristig die Voraussetzungen für eine tiefgreifende Strukturreform und für dauerhaftes Wachstum zu schaffen. Von 1996 an gehörte Ungarn durch seine rekordverdächtigen Wachstumsraten, v.a. im Export, zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Ländern in Zentral- und Osteuropa, obwohl die Arbeiter noch nicht viel davon spüren. Natürlich waren es die engen Verbindungen zwischen den großen Gewerkschaften und der Regierungspartei, die dieses Klima möglich gemacht hatten.

Nach den Wahlen 1998 veränderte sich die Situation wieder, als die neu gewählte konservative Regierung eine feindselige Haltung gegenüber den Gewerkschaften einnahm, da sie die MSZOSZ als Anhängsel der Sozialistischen Partei, der sie den Kampf angesagt hatte, betrachtete. Die selbstverwalteten Körperschaften des Sozialversicherungsfonds wurden per Erlass abgeschafft, der gewerkschaftliche Einfluss bei Gehaltsverhandlungen wurde drastisch eingeschränkt.

Kurz gesagt: Es ist erstaunlich, dass die Gewerkschaften während der Transition, als „traditionelles“ gewerkschaftliches Verhalten unvermeidbar erschien, eine äußerst zurückhaltende Vorgangsweise wählten. Dass unterschiedliche Rahmenbedingungen oft zum selben Resultat führten, ist genauso bemerkenswert. Andererseits sollte nicht übersehen werden, dass die Gewerkschaften mit ihren eigenen Umstellungsproblemen und ihrer schwachen Legitimität zu kämpfen hatten, die zu ihrer Schwächung als Interessensvertretung führten.

Sozialpartnerschaft als Hauptbetätigungsfeld

Im Zuge der politischen Umwälzungen in den meisten osteuropäischen Staaten wurden sowohl Interessensvertretungen der Wirtschaft als auch der Arbeitnehmer in die politische Entscheidungsfindung eingebunden. Sozialpartnerschaftliche Strukturen wurden von den Regierungen aktiv unterstützt. Verständlicherweise wollten die Regierungen die Sozialpartner in entscheidenden Fragen der Transformation mit einbeziehen, um den sozialen Frieden zu sichern, als die Lage explosiv zu werden drohte. Sozialpartnerschaftliche Beziehungen waren daher ein Hauptmittel der Repräsentation der Arbeitnehmer in den Ländern Zentral- und Osteuropas, Ungarn mit eingeschlossen.

Die Einführung entsprechender Körperschaften, die in Ungarn 1988 abgeschlossen worden war, war ein Bestandteil des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses. Das Nationale Versöhnungskomitee stellte den institutionellen Rahmen für Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowie für Gesetzesbegutachtungen und Abkommen über Wirtschafts- und Arbeitsfragen dar. Dass der dramatischste Arbeitskampf des vergangenen Jahrzehnts, die Taxiblockade, die das Land 1990 drei Tage lang gelähmt hatte, doch noch auf dem Verhandlungsweg – mittels einer eintägigen öffentlichen Debatte, die sogar vom Fernsehen übertragen wurde – gelöst werden konnte, war ein herausragender Erfolg der Sozialpartnerschaft. Dieses Ereignis verhalf der Sozialpartner-

schaft und deren Potenzial zur Lösung sozialer Konflikte auch gegenüber der zu diesem Zeitpunkt regierenden konservativen Koalition zum Durchbruch. In den darauf folgenden Jahren schuf das Versöhnungskomitee auch die Voraussetzungen für die Einbeziehung der Gewerkschaften in die Gesetzgebung, z.B. bei den Arbeitsgesetzen, dem Gesetz über den Status von Staatsbediensteten oder bei den Bestimmungen über die Privatisierung.

Es ist nicht zu leugnen, dass die Sozialpartnerschaft große Erfolge aufweisen kann. Eben diese sozialpartnerschaftlichen Körperschaften waren es, die den Gewerkschaften den Weg ebneten und gleichzeitig den Arbeitgeberverbänden gestatteten, auf nationaler Ebene zu agieren und Einfluss auf den Transformationsprozess auszuüben. Manchmal missbrauchten die Regierungsvertreter die Sozialpartner, indem sie bei schwierigen Entscheidungen den Ball an diese weiter spielten. Die Sozialpartner gewannen dadurch ihrerseits an öffentlicher Akzeptanz.

Häufig wurde kritisiert, dass Vereinbarungen auf sozialpartnerschaftlicher Ebene die Souveränität des Parlaments einschränken würden. Tatsächlich wurden die Kompetenzen der Sozialpartner nie klar definiert, ihre Abkommen waren aber auch nicht bindend für das Parlament, obwohl dort nie Entscheidungen getroffen wurden, die im Widerspruch zu den Ergebnissen sozialpartnerschaftlicher Übereinkommen standen.

Es kann auch nicht geleugnet werden, dass das überproportionale Gewicht, das die Sozialpartner in den Wirtschaftsbeziehungen haben, selbst ein Produkt der Transition in den osteuropäischen Ländern ist. Absehbar ist jedenfalls, dass die Bedeutung dieser Strukturen in den betroffenen Ländern zukünftig geringer werden wird. Die konservative Regierung Ungarns, die seit 1998 im Amt ist, hat bereits die ehemalige sozialpartnerschaftliche Körperschaft zum Interessenausgleich abgeschafft und durch ein multilaterales Organ mit bloß formellen Funktionen ersetzt.

Gewerkschaften am Arbeitsplatz

Der Organisationsgrad der Arbeitnehmer hat sich durchschnittlich von 90 Prozent in den 80er-Jahren auf 40 % Mitte der 90er-Jahre verringert, am Ende des Jahrzehnts hat er sich bei 25 bis 30 % eingependelt. Die direkte Vertretung am Arbeitsplatz ist in einem noch größeren Ausmaß zurückgegangen, wofür mehrere Faktoren verantwortlich sind.

An erster und wichtigster Stelle sind die fundamentalen Umwälzungen in der Wirt-

schaft und in der Arbeitswelt zu nennen. Zuerst ging den Gewerkschaften eine große Zahl von Mitgliedern durch die Zerschlagung der ehemaligen großen staatlichen Unternehmen verloren. Die neu gegründeten Klein- und Kleinstunternehmen konnten von den Gewerkschaften nicht abgedeckt werden, von den vielen neuen Selbständigen ganz zu schweigen. Rückschläge mussten die Gewerkschaften auch überall dort hinnehmen, wo ausländisches Kapital im Spiel ist.

Die meisten zentral- und osteuropäischen Länder, darunter auch Ungarn, hatten mit dem realsozialistischen Erbe der informellen Wirtschaft und der sozialen Atomisierung zu kämpfen. Die aus jener Zeit übernommenen Verhaltensmuster schufen kein günstiges Klima für eine gewerkschaftliche Vertretung am Arbeitsplatz. Frühere Mitbestimmungsrechte, die aus der Ideologie der Selbstverwaltung abgeleitet worden waren, wurden zu Beginn der 90er-Jahre abgeschafft. Betriebsräte wurden in Ungarn 1992 per Gesetz eingeführt, konnten aber nicht jenes Maß an Mitbestimmung ausüben, das von den Gewerkschaften erhofft worden war. Die neuen ökonomischen Strukturen, die das Ergebnis von Dezentralisierung und Privatisierung waren, haben also den traditionellen Strukturen gewerkschaftlicher Präsenz am Arbeitsplatz den Boden entzogen. Obwohl diese Entwicklung unausweichlich gewesen zu sein scheint, haben die Gewerkschaften auch nicht angemessen auf die Herausforderungen des neuen Wirtschaftssystems reagiert. Als sich die neuen gewerkschaftlichen Handlungsmuster nach den politischen Veränderungen der frühen 90er-Jahre herauskristallisierten, dominierten in den meisten osteuropäischen Ländern noch große, staatseigene Konzerne. Die Gewerkschaften waren einfach nicht darauf vorbereitet, mit neuen Strategien auf eine völlig veränderte wirtschaftliche Situation zu reagieren, was charakteristisch für die Sozialisation der in den Strukturen des alten Systems verwurzelten Gewerkschaftsfunktionäre war. Neben diesen „unvorteilhaften“ wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollte auch nicht übersehen werden, dass ein weiterer Grund für die Schwäche der Gewerkschaften die Vernachlässigung der Basisarbeit und die ausschließliche Konzentration der Kräfte auf die nationale Politik war. Das war zwar in der ersten Phase der Transition notwendig, da die Akzeptanz der Gewerkschaften nicht hoch genug war. Das schwerwiegendste Hindernis für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit ist jedoch deren Schwäche in den Betrieben selbst, was die Legitimität der Gewerkschaften heute auch auf der übergeordneten politischen Ebene aushöhlt.

Aus dem Englischen von Georg Fuchs.

„Sozialer Dialog“ in weiter Ferne

von Darko Marinković

■ Der Sturz

Slobodan Miloševićs ließ unter den Gewerkschaften die Hoffnung aufkommen, dass sie in Zukunft eine größere Rolle spielen werden. Aber bisher hat die neue Regierung die Zusammenarbeit nicht gesucht. Darüber hinaus erschwert die wirtschaftliche Krise im Lande die gewerkschaftliche Arbeit. ■

Darko Marinković ist Assistenzprofessor an der Fakultät für Weltökonomie der Universität für angewandte Wissenschaften, Belgrad, und Direktor des Zentrums für Gewerkschaftsbildung und -forschung UGS „Nezavisnost“.

Einleitung

Die alte Weisheit, wonach die Geschichte die Lehrerin des Lebens sei, wird auch von Geschichte und Gegenwart der Gewerkschaftsbewegung bestätigt. Die Gewerkschaften sind schon seit Jahrzehnten ein wichtiger Teil der wirtschaftlichen und politischen Strukturen der entwickelten demokratischen Gesellschaften und der Marktwirtschaft in Europa und auf der Welt, ohne die eine stabile sozioökonomische und politische Entwicklung unmöglich wäre und auf die sich der soziale Frieden begründet. Ebenso zeigt die Erfahrung derjenigen Länder, die vor mehr als zehn Jahren mit dem Fall der Berliner Mauer in den Reformprozess eingetreten sind, dass die bei weitem positivsten Resultate im wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Bereich dort erzielt wurden, wo den Gewerkschaften eine aktive Teilnahme an den Reformprozessen ermöglicht wurde.

Ein Jahr nach den Protesten des vergangenen Oktobers und dem Sturz des autoritären Milošević-Regimes unterstreicht auch die aktuelle Entwicklung in Serbien die Bedeutung und die Notwendigkeit der Gewerkschaften im Transformationsprozess. Leider wird sie allerdings auf eine sehr spezielle und widersprüchliche Weise bestätigt, nämlich dadurch, dass die Marginalisierung der Gewerkschaften unvermeidlich zu einer Verschärfung der sozialen Konflikte führt und den sozialen Preis der Reformen erhöht. Gleichzeitig erlaubt die Analyse der Rolle der Gewerkschaften auch, einige Besonderheiten sowie theoretische und praktische Kontroversen zu beleuchten, die mit dem Transformationsprozess einher gehen.

Die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Serbien

und ihre Akteure – die Gewerkschaften eingeschlossen – bilden einen Sonderfall des Transformationsprozesses, der sich deutlich von den Vorgängen in den anderen Ländern Zentral- und Osteuropas unterscheidet. Das serbische Beispiel hat gleichzeitig eine breitere theoretische und praktische politische Bedeutung. Es zeigt, wie und warum gesellschaftliche Entwicklungen eine extrem negative und rückwärtsgewandte Wendung nehmen können, mit Folgen, deren Bewältigung Jahrzehnte dauern wird. Gleichzeitig erweist es sich, dass die Gesellschaft und ihre Akteure sich nur sehr langsam und schwer vom ideologischen, politischen und moralischen Erbe der Vergangenheit, von den Lebensgewohnheiten der vorausgegangenen Periode und von vermeintlichen und tatsächlichen Privilegien zu befreien vermögen. Diesen gesamten widersprüchlichen und konfliktträchtigen Prozess kann man als schmerzhaften Bruch mit der Vergangenheit definieren. Allen ist klar, dass nichts mehr wie früher bleiben kann, da der gesellschaftliche Wandel definitiv begonnen hat und es keine Macht gibt, die ihn aufzuhalten vermag. Die Frage ist nur, welche Folgen, positive und negative, dieser Wandel mit sich bringen wird.

Gleichzeitig versucht jeder einzelne Akteur der politischen Szene – politische Parteien, Unternehmer und Gewerkschaften – gemäß seinen ideologischen Werten und praktischen materiellen und politischen Interessen, einen kleineren oder größeren Teil des vergangenen Systems zu erhalten. Mit anderen Worten: Es besteht keine so deutliche Polarisierung der politischen und gewerkschaftlichen Szene in Serbien mehr wie sie noch unter Milošević anzutreffen war. Es ist daher nur logisch zu erwarten, dass diese Vielschichtigkeit des politischen und gewerkschaftlichen Lebens ein dauerhafter Faktor und Ausdruck des Pluralismus bleiben wird.

Die Rolle des Staates

Der Staat hat in der Auflösung der erwähnten Widersprüche eine Schlüsselrolle; gleichzeitig ist er aber auch eine der Hauptursachen der gesellschaftlichen Konflikte. Er hält alle Hebel der Macht in seinen Händen und nur er ist in der Lage, die unvermeidlichen radikalen Maßnahmen durchzusetzen, die zum endgültigen Bruch mit der Vergangenheit und zum Aufbau eines neuen Systems nötig sind.

Das war eines der entscheidenden Wahlversprechen aufgrund dessen die Mehrheit der Wähler im Jahr 2000 der früheren Opposition und heutigen Regierung ihr Ver-

trauen geschenkt hat. In diesem Hinblick befindet sich der Staat bzw. die Regierung in einer widersprüchlichen Position. Wie in allen anderen Bereichen auch waren die Reformen mit dem Sturz von Milošević noch lange nicht abgeschlossen – sie hatten vielmehr erst begonnen. Die neue Regierung hat alle Hebel der Macht übernommen, die zuvor das alte Regime kontrolliert hatte – die Armee, die Polizei und die Wirtschaft, in der nach wie vor das gesellschaftliche Eigentum dominiert –, woraus eine Dominanz der Politik über die Wirtschaft resultiert. Ein echter Systemwechsel, also nicht nur ein Wechsel der politischen Parteien oder Gruppen von Personen an der Macht, würde bedeuten, dass sich die aktuelle Regierung selbst entmachten müsste, beziehungsweise dass sie die absolute Macht in der Gesellschaft, über die sie heute verfügt, auf andere Akteure innerhalb der Gesellschaft – in Übereinstimmung mit der Aufteilung wirtschaftlicher und sozialer Funktionen in entwickelten demokratischen, marktwirtschaftlichen Gesellschaften – verteilen würde. Hat eine Regierung aber erst einmal einige Hebel der Macht unter ihre Kontrolle gebracht, gibt sie diese nur mehr ungern ab – zumindest kaum freiwillig. Es ist unerlässlich, dass die Opposition und alle gesellschaftlichen Kräfte, also die Zivilgesellschaft, zu der auch die demokratischen Gewerkschaften gehören, von außen massiven Druck ausüben. Auf dieser Grundlage müssen die Funktionen, die gesellschaftliche Macht und die objektiven Leistungen der Gewerkschaftstätigkeit innerhalb der Gesellschaft eingeschätzt werden. In der ersten Phase der Transition muss der Staat eine entscheidende Rolle spielen, indem er durch Gesetzesänderungen ein neues politisches und ökonomisches Umfeld schafft. Dabei ergibt sich die Gefahr, dass die Hebel gesellschaftlicher Macht dauerhaft in den Händen der neuen Machthaber konzentriert bleiben, wodurch der Reformprozess verlangsamt oder gar aufgehalten zu werden droht.

Für die Gewerkschaftsbewegung in Serbien als Ganzes heißt das, dass sie eine größere Rolle spielen muss, die deutlich über den gewöhnlichen Rahmen der Aufgaben einer Gewerkschaft hinausragt. Dabei darf nicht aus den Augen verloren werden, dass sich in entwickelten Demokratien die Rolle der Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten nicht mehr nur im klassischen Bereich gewerkschaftlicher Aktivität abspielt, sondern sie aktiv am politischen Entscheidungsfindungsprozess und an der Bestimmung der Leitlinien der sozioökonomischen und poli-

tischen Entwicklung beteiligt sind. In Serbien ist diese Rolle noch schwieriger, weil der Aufbau neuer Institutionen des Mehrpartei-Parlamentarismus und der Marktwirtschaft erst im Gange ist. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften gezwungen sind, um ihren eigenen Fortbestand beziehungsweise um die Schaffung eines gesellschaftlichen Umfelds zu kämpfen, in denen die Gründung und die Tätigkeit demokratischer Gewerkschaften und Reformen im Interesse der Arbeitnehmer möglich sind.

Die Wirtschaftskrise

Die ungünstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die durch Armut, hohe Arbeitslosigkeit, allgemeine Unsicherheit und die Zunahme sozialer Konflikte gekennzeichnet sind, verkomplizieren die Rolle der Gewerkschaften noch zusätzlich.

Die katastrophale Wirtschaftslage des gesamten Landes ist die größte Quelle der Unzufriedenheit innerhalb der serbischen Bevölkerung. Die Wirtschaft und die Bevölkerung durchleben die sogenannte „Transitionsphase“, die – mit unterschiedlichem Erfolg – auch alle anderen Reformstaaten hinter sich gebracht haben. Im Falle Serbiens schließt diese Entwicklung an Jahre der Krise, des Kriegs und der Ausplünderung der Wirtschaft an. Die verarmte Bevölkerung musste bereits seit Jahren auf verschiedenste Weise um das tägliche Überleben kämpfen. Diese Einschätzung wird auch durch die folgende Tabelle gestützt:

Diese Indikatoren zeigen sehr konkret die katastrophale Situation, in der sich die

schaftsdaten ist eine beschleunigte Wirtschaftsentwicklung wohl nur schwerlich zu erwarten. In einer Zeitspanne von sechs Monaten (Jänner bis Juni 2001) stiegen die Preise um 25 Prozent. Werden dazu auch die Preissteigerungen seit dem 5. Oktober [dem Tag des Sturzes von Slobodan Milošević im Jahr 2000, Anm. d. Übersetzers] addiert, ist das Bild der Lage noch düsterer. Die Lebenshaltungskosten sind im betrachteten Zeitraum sogar stärker angestiegen als das Preisniveau insgesamt (plus 30 %) – ein äußerst harter Schlag angesichts der niedrigen Löhne der Arbeiter.

Dieses Bild wird noch ergänzt durch die Daten über den Durchschnittsverdienst: Er betrug im Juni 2001 rund 180 DM und im Jänner desselben Jahres rund 130 DM; die Differenz entspricht in etwa dem Anstieg des Preisindex und der Lebenshaltungskosten. Das Hauptproblem besteht darin, dass das Lohnniveau in absoluten Zahlen extrem niedrig ist – weit unter dem aller Nachbarstaaten. Dies zeigen auch die Daten über den zum Überleben eines Arbeiters und seiner Familie absolut notwendigen Warenkorb, der rund 60 Produkte umfasst. Die Kosten für diesen minimalen Warenkorb belaufen sich auf rund 400 DM; d.h. das Zwei- bis Dreifache eines Monatslohns ist nötig, um die Grundbedürfnisse einer vierköpfigen Familie zu decken. Eine derartig niedrige Kaufkraft ist ein großes Hindernis für die gesamte Wirtschaftsentwicklung. Hinzu kommt noch die hohe Arbeitslosigkeit, die laut Angaben des staatlichen Instituts für Statistik etwa 30 % beträgt. Zählt man noch die etwa 700.000

Grundlegende Wirtschaftsindikatoren der Republik Serbien

BSP in Millionen (USD)	1989: 30.731	2000: 14.292
BSP pro Kopf (USD)	1989: 2.935	2000: 1.341
Preisindex	gegenüber Vormonat (Juli/Juni '01): 102,4	gegenüber Dezember 2000: 127,7
Index der Lebenshaltungskosten	gegenüber Vormonat (Juli/Juni '01): 101,8	gegenüber Dezember 2000: 131,7
Zahl der Beschäftigten	Juni '01: 1.559.610	Jänner '01: 1.576.909
Zahl der Arbeitslosen	Juni '01: 845.670	Jänner '01: 819.386
Durchschn. Nettolohn	Juni '01: 4.976 Dinar	Jänner '01: 3.821 Dinar

Arbeiterschaft ebenso wie die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung befinden. Das Bruttosozialprodukt erreichte im Jahr 2000 nicht einmal die Hälfte des Werts aus dem Jahr 1989. Auch 2001 hat sich die Lage nicht verbessert. Im Gegenteil: Die Rezession – eine unvermeidliche Begleiterscheinung der ersten Phase der Wirtschaftsreformen – hat alle Wirtschaftszweige hart getroffen. Bei derartigen Wirt-

Arbeiter auf Zwangsurlaub hinzu, ergibt sich eine reale Arbeitslosenrate von circa 50 %. Hinter diesen Daten verbirgt sich nichts anderes als eine tickende soziale Zeitbombe.

Verzögerte Reformen

Diese Gefahr steht in engem Zusammenhang mit der erwarteten und der tatsächlichen Dynamik der sozialen und wirt-

schaftlichen Reformen. Aber nicht das Auseinanderklaffen zwischen Versprechen und Erwartungen ist das Hauptproblem – das ist auch kein Kriterium für die Beurteilung des Erfolgs von Wirtschaftsreformen –, sondern der Kern des Problems liegt darin, dass die Reformen im Vergleich zu den Anforderungen, die sich aus den gesellschaftlichen Problemen ergeben, nur sehr langsam vorankommen. Besonders die nicht zu rechtfertigenden Verzögerungen im Kampf gegen Korruption und die organisierte Kriminalität rufen Unzufriedenheit hervor. Nicht nur vom Gesichtspunkt der Moral und der Rückkehr des Vertrauens in das System, sondern auch aus materiellen Gründen ist dies inakzeptabel. Es existiert weder eine Technologie noch eine derartig hohe Produktivität, die soviel zu produzieren in der Lage wäre, wie jemand stehlen kann. Der Regierung und allen anderen Faktoren des Reformprozesses muss klar sein, dass jeder verlorene Tag die Zeit der Armut und der Not um ein Vielfaches verlängert. Es ist unbestritten, dass dieser verspätete, zehn Jahre lang gewaltsam unterbrochene Prozess einen sehr hohen sozialen Preis hat. Heute tritt eine völlig zerstörte Volkswirtschaft und eine total verarmte Bevölkerung in diesen Prozess ein – wie ein Patient, der an medizinische Geräte angeschlossen ist und dessen Leben am seidenen Faden hängt. Aber in einer ganzen Reihe von Bereichen und Fragen gehen die nötigen Reformen ohne jede Begründung entweder nur langsam vonstatten, oder aber sie wurden noch nicht einmal in Angriff genommen, was die Reformen als Ganzes gefährdet. Dafür sind zweifellos die neuen Machthaber verantwortlich.

Besonderen Unmut und Zweifel innerhalb der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften ruft berechtigterweise das Fehlen einer umfassenden und transparenten Antwort auf die Frage nach dem sozialen Preis der Transition und ihren sozialen Folgen hervor. Es ist offensichtlich, dass es nicht ausreicht einfach nur darauf zu warten, dass die Strukturreformen anfangen konkrete Resultate im Sinne einer Verbesserung des Lebensstandards der einfachen Menschen zu bringen. Daher muss eine optimale Kombination struktureller, langfristiger und spezifischer Reformschritte vor Ort unternommen werden, die auch in kurzer Zeit konkrete und sichtbare Resultate im Bereich der wirtschaftlichen Aktivität auf betrieblicher Ebene, der Beschäftigung und der Entlohnung bringen. Hier müssen die Regierung und die Sozialpartner weit mehr

Initiative zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, zur Schaffung flexibler Beschäftigungsformen und zur Einrichtung von Ausbildungsprogrammen zeigen, um die Menschen zur Arbeit in der Privatwirtschaft zu befähigen.

Probleme der Gewerkschaftsbewegung

Der Kern des Konflikts zwischen Regierung und Gewerkschaften liegt also in den Fragen nach dem Ausweg aus der Krise, nach den sozialen Kosten der Transition und nach der Aufteilung der Kosten auf die einzelnen sozialen Schichten. Leider legen viele Schritte und Entscheidungen der Regierung den Schluss nahe, dass sie die Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften im Reformprozess nicht versteht. Die Regierung scheint den Gewerkschaften gegenüber nicht sehr freundlich gesinnt zu sein. Sie will sie offenbar marginalisieren und Entscheidungen über Fragen, welche die materielle und soziale Situation der Beschäftigten direkt betreffen, komplett ausschließen. Das wird in vielen Fällen deutlich, in denen die gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte verletzt, Gewerkschaftsaktivisten verfolgt, ratifizierte Konventionen gebrochen und die neue Arbeitsgesetzgebung grundlos verzögert wurden. Ein Beispiel: Kragujevac war früher Zentrum der Automobilindustrie im ehemaligen Jugoslawien und beschäftigte 40.000 Arbeiter. Die Stadt war im Juli tagelang Fokus von Arbeiterdemonstrationen wegen der angekündigten Privatisierung und Massenentlassungen und stellt ein soziales Pulverfass dar. Gleichzeitig ist der gesellschaftliche Einfluss der Gewerkschaften sehr bescheiden und bleibt weit hinter der Rolle zurück, welche die Gewerkschaften in der Transition eigentlich spielen sollten. Die Gewerkschafter sind untereinander zerstritten und es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Gewerkschaften, was aber nicht mit gewerkschaftlichem Pluralismus zu verwechseln ist.

Die Hauptgründe dafür sind:

- das generell ungünstige Umfeld für Organisation und Aktivitäten von Gewerkschaften
- restriktive und repressive Gesetze
- die Verletzung der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten
- Konflikte in der Gewerkschaftsführung
- die Verteidigung von Partikularinteressen
- Spaltungen entlang politischer Bruchlinien

Die Verabschiedung grundlegender Gesetze für die gewerkschaftliche Arbeit wird ungerechtfertigter Weise verzögert. Noch immer ist ein altes Gesetz in Kraft, das die Institution einer sogenannten „Mehrheitsgewerkschaft“ fest schreibt, die allein dazu berechtigt ist Kollektivverträge auszuhandeln – ein eindeutiger Fall von Diskriminierung der Gewerkschaften. Auch das Gesetz über die Vertretung der Gewerkschaften ist noch nicht angenommen worden – dies wäre erst die Grundlage für die Ordnung der Verhältnisse in der gewerkschaftlichen Szene.

Einen wahren Sturm der Entrüstung hat die Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes ausgelöst. Die Regierung hat dieses Gesetz von enormer strategischer Bedeutung eingebracht und das Parlament hat es angenommen – den Gewerkschaften wurde keine Möglichkeit geboten sich dazu zu äußern. Die undemokratische Art der Beschlussfassung hat die Ängste und die Unsicherheit unter den Arbeitern im Hinblick auf die sozialen Folgen dieses Gesetzes noch verstärkt. Der Gewerkschaftsverband „Nezavisnost“ („Unabhängigkeit“) hat vom Parlament gefordert, Abänderungen und Ergänzungen zu diesem Gesetz zu verabschieden, welche folgende Elemente beinhalten sollten:

- mehr Transparenz bei der Privatisierung bzw. eine klare Definition der Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozess
- ein umfassendes Sozialprogramm für die Privatisierung und die Bereitstellung von Mitteln für seine Umsetzung
- die Auszahlung der ausständigen Löhne gemäß dem Kollektivvertrag vor Beginn der Privatisierung

Die Unzufriedenheit der Arbeiter wurde durch Verbote und Hindernisse in der gewerkschaftlichen Betätigung noch verstärkt. Letztere bestanden aus Obstruktionen in so sensiblen Bereichen wie der Anwerbung neuer Mitglieder und der Formierung von neuen gewerkschaftlichen Organisationen sowie der allgemeinen Gewerkschaftstätigkeit, der Nichterfüllung von Verpflichtungen im Hinblick auf technische Voraussetzungen gewerkschaftlicher Arbeit, die sich aus den Kollektivverträgen ergeben, und aus verschiedenen Formen des Drucks auf Mitglieder und Aktivisten der einzelnen Gewerkschaften. Viele Informationen sprechen sogar dafür, dass die Fälle der Verletzung gewerkschaftlicher Rechte und Freiheiten jetzt zahlreicher sind als unter Milošević. Besonders schlimm ist die Lage in den Betrieben, in denen die Ge-

werkschaftsmitglieder von staatlichen Organen Interventionen im Kampf gegen Korruption und Kriminalität seitens des Arbeitgebers gefordert haben. Diese Angaben müssen in engem Zusammenhang damit gesehen werden, dass eine der häufigsten Ursachen von Streiks seit dem 5. Oktober 2000 Korruption und Missbrauch innerhalb der Unternehmen darstellt. Obwohl diese Missstände ein Erbe des früheren Regimes sind, setzen sie sich in unveränderter Intensität fort.

Gewerkschaftsorganisationen

In der gespaltenen und fragmentierten Gewerkschaftsszene (an den Verhandlungen mit der serbischen Regierung im August 2001 über die Entlohnung der Angestellten des Bildungssektors nahmen beispielsweise rund 60 Gewerkschaften teil) dominieren gemäß ihrer Mitgliederzahlen und ihres Einflusses drei Gewerkschaftsverbände:

Der „*Savez Sindikata Srbije*“ (SSS, zu Deutsch „Gewerkschaftsbund Serbiens“) war eine der Säulen des Milošević-Regimes und trägt als solche einen bedeutenden Teil der Verantwortung für dessen verheerende Politik und den Niedergang der Arbeiterschaft. Nach dem 5. Oktober verlor diese Organisation die Unterstützung der Regierung und trat in eine Phase von inneren Konflikten und Chaos, woraufhin massenhaft unzufriedene Mitglieder austraten. Untersuchungen zeigen, dass diese Gewerkschaft etwa 800.000 Mitglieder hat.

Die „*Asociacija Slobodnih i Nezavisnih Sindikata*“ („Vereinigung Freier und Unabhängiger Gewerkschaften“) ist ein Gebilde, das sich nur schwer als Gewerkschaft im üblichen Sinne definieren lässt. Diese Organisation hat sich seit ihrer Gründung weniger der Arbeiterschaft als vielmehr einzelnen politischen Parteien verbunden gefühlt. Die Organisation ist Mitglied der regierenden Koalition DOS und nimmt aktiv an der Regierungstätigkeit teil. Zahlreiche Funktionäre dieser Gruppierung nehmen hohe Posten im Staatsapparat ein, den des gegenwärtigen Arbeitsministers der Republik Serbien eingeschlossen. Gleichzeitig hat diese Gewerkschaft nicht systematisch für die Ausweitung ihrer Strukturen und für die Anwerbung neuer Mitglieder gearbeitet. Schätzungen zufolge verfügt sie über nicht mehr als 30.000 Mitglieder.

Die Gewerkschaftsvereinigung „*Nezavisnos*“ wurde vor zehn Jahren aus Protest gegen die kriegsgerische und nationalistische Politik des Milošević-Regimes und der damals einzigen Gewerkschaft, der SSS, ge-

gründet. Sie war ständig Verfolgung, Druck und Einschüchterungsversuchen durch das Regime ausgesetzt, sodass für diese Gewerkschaft die letzten zehn Jahre ein permanenter Überlebenskampf waren. Sie ist die einzige Gewerkschaft in Serbien, die nach den Prinzipien einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung organisiert ist, was ihre Vollmitgliedschaft im IBFG und ihr internationales Ansehen bestätigen. Nach der Wende und dem Wegfall von Angst und Repression hat sich ihre Mitgliederzahl deutlich erhöht und beläuft sich jetzt auf mehr als 600.000 Mitglieder, die in 2.500 lokalen Organisationen zusammengefasst sind.

Es war nicht wirklich zu erwarten, dass es zwischen solch unterschiedlichen Organisationen auch nur irgendeine Form der Zusammenarbeit gäbe, und tatsächlich existiert eine solche de facto auch nicht. Natürlich hat das negative Auswirkungen auf die reale Macht der Gewerkschaftsbewegung als Ganzes und auf ihren Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Gesellschaft, was folglich zu einer Verstärkung der Intensität der Arbeitskonflikte in der Industrie und zu Instabilität in der gesamten Gesellschaft führt.

Auch die Tatsache, dass die Gewerkschaften keine relevanten Verbündeten unter den politischen Parteien haben, wirkt sich auf Entwicklung und Leistung der gewerkschaftlichen Aktivität aus. Die politischen Parteien, die jetzt in der Opposition sind (SPS, JUL, SRS) sind aus ihrer Regierungszeit noch so diskreditiert, dass jede Form der Zusammenarbeit mit ihnen die Gewerkschaften als ernstzunehmenden Faktor disqualifizieren würde. Auch die ehemalige Opposition – das heutige Regierungsbündnis DOS – macht keine Anstalten, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten oder sich offen für deren Anliegen einzusetzen. Diese aus 18 sehr unterschiedlichen Parteien bestehende Koalition wurde nur durch ein Ziel vereint: die Milošević-Diktatur zu stürzen. Nachdem dieses Ziel erreicht worden ist, treten innere Konflikte immer deutlicher an die Oberfläche. Charakteristisch dabei ist, dass die Gegenstände dieser Konflikte nicht die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten, die neue Arbeitsgesetzgebung oder andere Themen des gewerkschaftlichen Kampfes sind. Das gilt auch für die Parteien sozialdemokratischer Orientierung, die doch eigentlich natürliche Verbündete der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft sein müssten. Aber diese Parteien haben nur weni-

ge Mitglieder und nach Meinung unabhängiger Analysten könnte keine von ihnen aus eigener Kraft die Fünf-Prozenthürde für den Einzug ins Parlament überspringen. Auch untereinander sind diese Gruppierungen zerstritten, wofür schon allein das Faktum spricht, dass sich vier Parteien „sozialdemokratisch“ nennen. Diese Parteien sind nicht auf die gleiche Weise entstanden wie die entwickelte, westliche Sozialdemokratie, also aus der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften als deren politischer Flügel, sondern als Initiative kleiner Gruppen von Intellektuellen. Auch nach ihrer Formierung haben sie keine Bindung an die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften gefunden. Die anderen politischen Parteien haben ebenfalls keine Verankerung in den ihren Bezeichnungen entsprechenden sozialen Schichten, was zu einer Vielzahl von theoretischen und praktischen Widersprüchen und Dilemmas führt, einschließlich der Frage der direkten Einbindung der Gewerkschaften in die politische Auseinandersetzung.

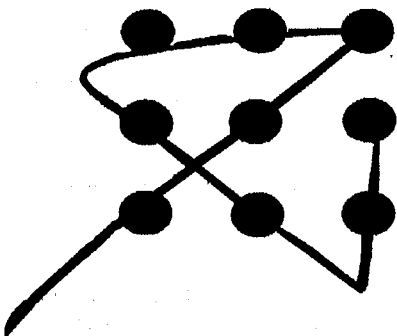
Resümee

Alle diese Widersprüche gab es schon unter Milošević, aber erst nach dem Wandel vom 5. Oktober kamen sie zur vollen Entfaltung. Sowohl die Regierung als auch die Opposition haben kein Alibi mehr. Die ehemalige Regierung hat für alle Probleme, welche die Arbeiter und die Bevölkerung als Ganzes durchleben mussten, die Sanktionen und die grundsätzlich antiserbische Haltung der internationalen Staatengemeinschaft verantwortlich gemacht. Die Opposition wiederum sah in Milošević die Ursache für alle Probleme. Nun sind diese beiden Rechtfertigungen weggefallen. Ebenso haben die jeweiligen Formen ideologischer und vor allem nationalistischer Manipulation an Einfluss verloren. Der wirtschaftliche Niedergang, Armut und Arbeitslosigkeit haben dazu geführt, dass sich die Bevölkerung immer stärker Fragen der Wirtschaft und des Alltagslebens zuwendet. Der Erfolg der einzelnen Politiker wird an der Lebensqualität gemessen, wie dies schon seit Jahrzehnten in den entwickelten Demokratien Europas und der Welt der Fall ist.

Die Analysten sind sich in der Einschätzung einig, dass der Reformprozess begonnen hat und nicht aufzuhalten ist. Alle Meinungsumfragen zeigen eine deutliche Mehrheit für die Fortsetzung der Reformen und die Erwartung, dass es zu Veränderungen kommen wird. Unklar ist nur, in welche Richtung dieser Reformprozess verlaufen

wird, wie viele Konflikte er mit sich bringen und wie hoch sein sozialer Preis sein wird. Der Minimalkonsens aller beteiligten Akteure ist, dass die Übergangsperiode mit so wenig sozialen Erschütterungen und Konflikten wie möglich verlaufen sollte. Soziale Konflikte sind teuer, sowohl in materieller als auch in politischer Hinsicht, und sie erschweren und verzögern nur die politischen und gesellschaftlichen Reformen. Ebenso klar ist, dass von Verlauf und Resultaten der Transformation die Zukunft der jetzigen Akteure der politischen und gewerkschaftlichen Szene abhängt. Die Erfahrung der erfolgreichen Reformstaaten wie auch der entwickelten Staaten in Europa und der Welt zeigt, dass eine dauerhafte Lösung der Reformschwierigkeiten nur durch die Initiierung eines Dialogs der drei Sozialpartner – des Staats, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer – zu erreichen ist. Die größte Verantwortung hierfür trägt der Staat. Er verfügt über alle Hebel der Macht und ist objektiv als einziger in der Lage den ersten, notwendigen Schritt in diese Richtung zu machen: die Schaffung der nötigen gesetzlichen und übrigen Vorbedingungen für einen funktionierenden sozialen Dialog. Jeder Tag der Verzögerung vergrößert das Risiko, dass die immer zahlreicheren Streiks und öffentlichen Proteste in wesentlich radikalere Konfliktformen ausarten, die dann keiner der gesellschaftlichen Akteure mehr kontrollieren könnte.

Aus dem Serbischen von Martin Prochazka.



Diese Zeitschrift wird mit finanzieller Unterstützung durch die Grüne Bildungswerkstatt hergestellt.

Jörg K. Hoensch/Hans Lemberg (Hg.) „Begegnung und Konflikt“. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989. Klartext Verlag, Essen 2001. 327 Seiten; 288.- öS, 38,90.-DM, 19,89.-€, 37,60 sFr.

Als am 23. Dezember 1989 der Stacheldraht zwischen der bayrischen und der damals tschechoslowakischen Grenze von den Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Jiří Dienstbier mit großen Zangen demonstrativ zerschnitten wurde, wurde von beiden gleichzeitig der Entschluss gefasst, eine Historikerkommission zu gründen, welche „die gemeinsame Geschichte der Völker beider Länder, vor allem in diesem Jahrhundert, gemeinsam erforschen und bewerten“ solle.

Von Beginn an war den Mitgliedern der Kommission bewusst, dass ihre Aufgabe die Erfassung einer grenzüberschreitenden Problematik darstellt, die über das heiße Eisen der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zwischen 1938 und 1948 hinausgehen musste. Die gemeinsame Kommission brachte in den folgenden Jahren stattliche Forschungsergebnisse zutage, die sie in vier Bänden jeweils in Deutschland und in der Tschechischen Republik mit leider zu geringem Erfolg in der Leserschaft veröffentlichte. Der vorliegende Band bringt das Kunststück zustande, aus den vier bereits erschienenen Konferenzbänden Schlaglichter zusammenzufassen, welche den Zeitraum zwischen 1815 und 1989 beleuchten. Die ausgewählten neunzehn Beiträge sind, wie es den Veröffentlichungen der Historikerkommission entspricht, durchwegs von den bedeutendsten Experten der jeweiligen Fachgebiete verfasst.

Die Klammer wird mit deutschen wie tschechischen Untersuchungen zur Identitätsbildung im frühen 19. Jahrhundert eröffnet – Dieter Langewiesche „Frühliberalismus, Frühkonstitutionalismus und die Entstehung der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ in Deutschland“ (23-38) sowie Jiří Koralika „Nationsbildung und nationale Identität der Deutschen, Österreicher, Tschechen und Slowaken um die Mitte des 19. Jahrhunderts“ (39-54). Etliche Studien über Probleme der deutsch-tschechischen Beziehungen konzentrieren sich besonders auf die widersprüchlichen 1920er Jahre und die dramatischen 1930er Jahre sowie auf die Phase der „Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1948“ (207-230, von Tomáš Stanek). Mit Radko Brachs „Bedeutung des Prager

Vertrags von 1973 für die deutsche Ostpolitik“ (285-304) endet die Rundschau über eine spannungsvolle Nachbarschaft. Nicht unerheblich für die neuere Psychologie der gegenseitigen Verständigung sind die eindrucksvollen Studien von Edita Ivaničková zur „Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR im Zusammenhang mit der Intervention von 1968“ (271-284), sowie von Eva Hahn „Die Sudetendeutschen in der deutschen Gesellschaft: ein halbes Jahrhundert politischer Geschichte zwischen ‚Heimat‘ und ‚Zuhause‘“ (249-270). Ihre sensible Einfühlbarkeit vermag Hahn mit wissenschaftlich korrektem Vorgehen in der Themenbearbeitung wohltuend zu verbinden. Nachdenklich stimmt daher auch ihr Fazit: „Der verständliche und legitime Wunsch vieler vertriebener Sudetendeutscher nach der Anerkennung des von ihnen erlittenen Unrechts, auch durch die tschechische Gesellschaft, darf deshalb nicht mit den selbstauferlegten Zielen und Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft gleichgesetzt werden“. Ein Reflex setzt sich hier oft in Gang, der nicht zuletzt auch in der tschechischen Öffentlichkeit unüberlegt übernommen wird.

Erstaunlicherweise hat das wissenschaftliche Niveau die Lesbarkeit der Beiträge nicht beeinträchtigt. Die Spannung ist im Gegenstand der untersuchten Thematik angelegt. Das Mosaik Deutsch-Tschechisch-Slowakischer Beziehungen birgt gewaltige Vexierbilder, die sich aus der historischen Distanz heraus noch deutlicher abzeichnen. Jetzt hat der Leser die Gelegenheit Tore zu öffnen, um Licht in die nachbarschaftliche Angelegenheit zu bringen.

Volker Strebel



»...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen...«

Karl Marx

Die **SoZ · Sozialistische Zeitung**

- ★ bringt alle 14 Tage auf mindestens 16 Seiten Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.
- ★ steht für eine demokratische sozialistische Alternative.
- ★ sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.

Kostenlose Probeausgabe bestellen!

SoZ-Verlag, Dasselstr. 75-77, D-50674 Köln
Fon: (02 21) 9 23 11 96 · Fax: (02 21) 9 23 11 97
E-Mail: sozkoeln@aol.com